

TAGESSCHAU

POLITIK

Bundeswehr: Bundeskanzler Kohl will heute Minister Wörner zu einer Unterredung über die Entwicklung im Fall Kießling empfangen. Gleichzeitig treffen sich die CSU-Minister in München mit Parteichef Strauß; auch hier wird über diesen Fall gesprochen werden. (S. 1)

Brandt warnt AfD: Der SPD-Vorsitzende reagiert mit Kritik auf den Beschluß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen seiner Partei, die die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien fordert. (S. 4)

U-Boote: Die Sowjetunion hat nach Angaben aus dem Pentagon mit Atomwaffen bestückte U-Boote näher vor die Küste Nordamerikas beordert.

Brief an Jaruzelski: In einem privaten Brief an den Parteichef beklagt sich Waleśa über Schikanen, bezeichnet den General aber gleichzeitig als „Partner“ und nicht als Feind. (S. 4)

Verschönerung: Der peronistische Abgeordnete Pedrini berichtet von einer Verschönerung der mehr als 40 Offiziere gegen die neue zivile Regierung Präsident Alfonsín.

Luftangriff: 40 Menschen starben und 50 wurden verletzt, als afghanische MiG-Bomber ein Flüchtlingslager in Pakistan angriffen.

Freund Israels: Er sei als Freund des jüdischen Staates gekommen und er verlasse Israel als Freund, erklärt Bundeskanzler Kohl vor seinem Abflug aus Jerusalem. In seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Shamir konnte der Kanzler keine Einigkeit über die eventuellen deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien erzielen.

Scharif Tüser: Die „DDR“-Volksbildungsministerin Margot Honecker wirft der Bundesrepublik Deutschland vor, sie wolle Mitteldeutschland „zurückerobern“. Die Ehefrau des SED-Chefs fordert auch, der Jugend im SED-Staat nicht nur eine „kommunistische Erziehung“ zu geben, sondern ihr auch eine „kommunistische Moral“ zu vermitteln. (S. 1)

General ermordet: Der frühere Kommandeur der Militärregion Madrid, General Quintana, ist ermordet worden. Er hatte wesentlich Anteil an der Verhinderung des Putschversuchs im Februar 1981.

Heute: Bundeskanzler Kohl nimmt Amtsgeschäfte wieder auf, Unterredung mit Wörner. Präsident Reagan gibt Entscheidung über nochmalige Kandidatur bekannt (04.55 Uhr MEZ). - Jour fixe der CSU in München ohne die übliche Pressekonferenz. - FDP-Spitze setzt Klausurtagung in Heilbronn fort.

ZITAT DES TAGES



„Persönliche Verantwortung, Entscheidungs- und Gestaltungs-freiheit, Ehrfurcht vor dem Leben, Hochachtung der Ehe und Familie sind die Leitbilder.“

Joseph Kardinal Hoffner in einer Predigt zum Todestag Karls des Großen in Aachen

WIRTSCHAFT

Verkaufsebene gescheitert: Die 1983 zwischen dem VW-Konzern und Porsche für den US-Markt geschlossene Verkaufsebene ist zerbrochen. (S. 11)

US-Handelsdefizit: Im Außenhandel haben die USA 1983 das höchste Defizit ihrer Geschichte erwirtschaftet; es betrug 89,4 Milliarden Dollar gegen 42,7 Milliarden im Vorjahr. (S. 9)

Sowjetwirtschaft: Die Industrieproduktion sei 1983 gegenüber 1982 um vier Prozent gewachsen (Planansatz: 2,2 Prozent), heißt es in dem Wochenende in Moskau veröffentlichten Daten der Zentralstatistik.

Vebo-Aktien: Finanzminister Stoltenberg sieht den jetzt beendeten Verkauf von Vebo-Aktien

KULTUR

Golden Globes: Der Film „Terms of Endearment“ ist vielfach mit dem von der Auslandspresse in Los Angeles jährlich vergebenen Preis „Golden Globe“ ausgezeichnet worden.

SPORT

Ski Alpin: Verpatzte Olympia-Generalprobe für die deutschen Damen: Irene Epple und Marina Kiehl belegten beim Abfahrtslauf in Megève die Plätze 49 und 50. (S. 14)

Eishockey: Die deutsche Nationalmannschaft besiegte Kanadas Olympiateam 4:0. Der sechste Sieg im 40. Länderspiel; der erste ohne Gegentor.

AUS ALLER WELT

Vorhersagen: Langfristige Wettervorhersagen mit einer heute noch kaum vorstellbaren Präzision werden nach Ansicht einer Arbeitsgruppe von 120 Wissenschaftlern aus 16 Ländern in Zukunft durch mit Radar ausgerüstete Wettersatelliten möglich sein. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Melungen: Therapie für die jüngeren Jünger Askulaps - Zur Ausbildung der Mediziner S. 2
- Teilzahlung: „Stotterbanken“ zwischen Anlage und Verteidigung - Warum sie teuer sind S. 3
- Hesse-Preis: Von Weizsäcker ist ein Vorbild für guten politischen Stil - Aus der Laudatio S. 4
- Portugal: Cunha stellte Soares' Sozialisten eine Falle - Koalition gefährdet S. 5
- Ettlingen: Das Erfolgsrezept einer badischen Stadt - Effektiver Verwaltungsapparat S. 6 u. 7
- Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8
- Harrods: 45 Prozent des Umsatzes wird mit Ausländern erzielt - Erwartungen übertroffen S. 10
- Fernsehen: Interview mit Gerold Seymour, Autor des TV-Films „Das tödliche Pat“ S. 16
- Kreutz-Stück: Wie sich die Wirklichkeit in den Köpfen der Intellektuellen abbildet S. 17
- Aus aller Welt: Europapolitiker bringen Licht ins dunkle Geschäft mit der Abtreibung S. 18

Wörner: Die Entscheidung lege ich in die Hände des Kanzlers

„Spiegel“: Ziegler erhielt doch Geld, Wörner sprach stundenlang mit ihm

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Spätestens bis morgen ist eine Entscheidung des Bundeskanzlers darüber zu erwarten, ob der durch die Affäre Kießling stark belastete Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) im Amt bleiben kann. Vom Bundeskanzleramt wurde dazu gestern erklärt: „Am Montag oder Dienstag muß die Sache endgültig über die Bühne gehen.“ Wörner selbst, der noch am vergangenen Freitag seinen Sprecher hatte erklären lassen, er werde nicht um seine Entlassung bitten, ließ gestern gegenüber Freunden erkennen, er lege die Entscheidung über seine Zukunft in der Regierung Kohl/Genscher ganz in die Hände des Kanzlers.

Wie sich Helmut Kohl entscheidet, wird, war gestern offen. Der Kanzler hatte seinen Abflug von Israel um eine halbe Stunde vorverlegt, um Zeit zu gewinnen für die Lösung der von der Affäre Kießling ausgelösten Regierungskrise. Kohl landete kurz nach 15.00 Uhr auf dem amerikanischen Militärflugplatz Ramstein in der Pfalz und fuhr danach unverzüglich in sein Haus in Ludwigshafen-Oggersheim. Journalisten waren bei der Ankunft Kohls in Ramstein nicht zugelassen.

Gestern wurde damit gerechnet, daß der Kanzler von Oggersheim aus eine Reihe von Ferngesprächen mit wichtigen Mitgliedern der Koalition und mit seinen engsten Beratern führen würde. Wie es hieß, wollte er Kontakt mit dem FDP-Vorsitzenden, Vizekanzler Genscher, halten. Heute nimmt Kohl seine Amtsgeschäfte in Bonn wieder auf. Er wird dann so gleich zu einer ausführlichen Unterredung mit seinem Verteidigungsminister zusammenkommen, um die, so die offiziellen Angaben, Wörner nachgesucht hatte. Für Dienstag ist auch eine Begegnung mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß vorgesehen.

Die Diskussion um Wörner beeinflusst möglicherweise den Arbeitsplan des Kabinetts: denn für Mittwoch ist seit langem eine Sitzung der Regierung im Verteidigungsministerium auf der Hardthöhe geplant. Thema: Bericht Wörners über die Planung der Bundeswehr bis in die neunziger Jahre. Falls es aber bis Dienstagabend zu einem Chef-Wechsel im Verteidigungsressort kommen sollte, müßte die Sitzung auf der Hardthöhe verschoben werden, da ein möglicher Nachfolger Wörners Wochen, wenn nicht Monate benötigten würde, sich in die Sachfragen der Bundeswehrplanung einzuarbeiten.

Unterdessen sind neue Einzelheiten über die umstrittene Begegnung des Verteidigungsministers mit dem Schweizer Homosexuellen Alexander Ziegler bekannt geworden. Über sie soll Kohl durch den Chef des Bundeskanzleramts, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, voll informiert gewesen sein, bevor Kohl am Montag vergangener Woche gemeinsam mit dem gesamten CDU-Bundesvorstand Wörner das „Vertrauen ausgesprochen“ und ihm „volle Unterstützung zugesagt“ hatte. Im Bundesvorstand der CDU war, so die Version des Magazins „Spiegel“, Kohl der einzige, der zu dem Zeitpunkt von Wörners Gespräch mit dem Schweizer gewußt habe.

Nach der Darstellung des „Spiegel“ war Ziegler am 20. Januar mit der Frühmaschine der „Swissair“ von Zürich nach Köln/Bonn geflogen und dann zusammen mit seinem „Sekretär“ vom Adjutanten Wörners im Dienstwagen auf die Hardthöhe gebracht worden. Ziegler gab an, er sei mit Wörner „Stunden“ zusammen gewesen, Wörners Adjutant hingegen sprach von lediglich 50 Minuten.

Bonn wartet jetzt auf detaillierte Einwände Israels gegen Waffengeschäft

Kohl aus Jerusalem zurück / „Im Bewußtsein der geschichtlichen Verantwortung“

BERNT CONRAD, Jerusalem
Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern nach einem abschließenden Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir in Jerusalem versichert, daß beide Seiten an einem guten und engen Verhältnis interessiert seien und die Beziehungen fortentwickeln wollten. „Ich bin als Freund Israels gekommen, und ich verlasse Israel als Freund“, sagte Kohl während einer Pressekonferenz unmittelbar vor seinem Rückflug nach Bonn.

Gleichzeitig ließ der Kanzler allerdings keinen Zweifel daran, daß die Differenzen zwischen ihm und Shamir in der Frage deutscher Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien fortbestehen. Der Ministerpräsident und andere israelische Gesprächspartner hätten ihm ihre Sorge über Bonns Absichten eindringlich vorgetragen, bemerkte Kohl. „Ich habe bekräftigt, daß meine Regierung alle Entscheidungen auf diesem Gebiet in voller Berücksichtigung der legitimen Interessen der mit der Bundesrepublik befreundeten Länder der Region und im Bewußtsein der gemeinsamen

Verantwortung für den Frieden treffen wird. Unsere besondere Verantwortung für die Sicherheit des befreundeten Israel war mir schon vor meiner Reise nach Israel bewußt.“ Eine Konkretisierung dieser Aussage lehnte der Kanzler ab.

Offen meinte Kohl: „Um es drastisch zu sagen: Das war keine Verzichtungsreise. Und einige Leute in

SEITE 2
RECHNUNG
Im Heiligen Land

Bonn hätten mir gewünscht, daß ich mir dabei politisch das Genick gebrochen hätte.“ Andererseits seien manche kritischen Kommentare in Israel innenpolitisch motiviert gewesen.

Generell befürwortet der Kanzler eine „realistische und ausgewogene“ Nahostpolitik in Zusammenarbeit mit den USA. Er wolle sich persönlich dafür einsetzen, daß die besonderen engen Beziehungen zu Israel noch weiter ausgebaut würden. Dies sage er „im Bewußtsein der deutschen geschichtlichen Verantwortung“.

Ein israelischer Journalist fragte, wie das mit Äußerungen von Kanzler-Mitarbeitem (Staatssekretär Peter Boenisch) zu vereinbaren sei, man dürfe Auschwitz nicht zur Instrumentalisierung tagespolitischer Fragen nutzen. Kohl bemerkte dazu, Israel und die Bundesrepublik könnten gar nicht genug Freunde haben. Natürlich dürfe man die Barbarei des Holocaust nicht vergessen. „Unser Wille ist, aus der Geschichte zu lernen.“ Aber man müsse „nach vorn blicken“. Dies sei der Sinn des erwähnten Zitats.

Sehr beeindruckt zeigte sich der Kanzler „von der existentiellen Sorge“ Shamirs über die negativen Folgen des geplanten EG-Beitritts Spaniens und Portugals für die israelischen Agrarausführungen. „Ich habe dem Ministerpräsidenten zugesagt, daß ich mich persönlich bei meinen Partnern dafür einsetzen werde, daß wir in diesem Zusammenhang die Lebensinteressen Israels berücksichtigen“, versicherte Kohl. Auf Fragen fügte er hinzu: Man sollte „eine Art

Fortsetzung Seite 8

China wirft Vietnam Provokation vor

dpa/AFP, Peking
Die Volksrepublik China hat Vietnam vorgeworfen, im vergangenen Jahr rund „1000 bewaffnete Provokationen“ an der gemeinsamen Grenze verursacht zu haben. Dabei seien 270 chinesische Soldaten und Zivilisten getötet, verwundet oder von den Vietnamesen verschleppt worden. In 650 Fällen sei chinesisches Gebiet von Vietnam aus beschossen worden. Seit einigen Tagen wird in jedem Jahr beim Herannahen des Neujahrstages der beiden Länder ein Aufkommen der Grenzzwischenfälle verzeichnet. Wie die chinesische „Volkszeitung“ meldete, sollen es zwischen dem 12. und 25. Januar fünf neue Übergriffe gegeben haben.

In der vergangenen Woche übergab Hanoi den Pekinger Behörden neun chinesische Staatsbürger, die illegal nach Vietnam eingedrungen sein sollen. Seit 1979 wurden insgesamt 187 chinesische und 88 vietnamesische Gefangene ausgetauscht.

Popularität Reagans weiter gestiegen

DW, Bonn
Die Popularität des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ist in der amerikanischen Bevölkerung weiter gestiegen. Wie eine Meinungsumfrage der „New York Times“ und der Fernsehgesellschaft CBS ergab, äußerten sich 57 Prozent der Befragten als zufrieden oder sehr zufrieden mit seiner bisherigen Amtsführung. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch eine Erhebung des Gallup-Institutes, die ein 56prozentiges Votum für Reagan erbrachte.

Die Rekordegebnisse wurden kurz vor der angekündigten Entscheidung Reagans veröffentlicht, noch einmal für das Amt des Präsidenten kandidieren zu wollen. Das gestiegene Ansehen Reagans wird vor allem auf die positive wirtschaftliche Entwicklung in den USA zurückgeführt. Reagan ist damit der erste Präsident, der zu Beginn seines vierten Amtsjahres weit über die Hälfte der Amerikaner hinter sich weiß.

„Eine Elite für den Geheimdienst“

DW, Bonn
Der ehemalige Bundesverfassungsrichter und SPD-Politiker Martin Hirsch hat in einem Gespräch mit „Bild am Sonntag“ vorgeschlagen: „Wir müssen eine Elite junger Leute heranziehen, für die die Arbeit im Geheimdienst die Krönung ihrer Lebensaufgabe ist.“ Hirsch äußerte die Ansicht, daß das Konzept der deutschen Geheimdienste „von vornherein falsch angelegt“ sei. Bisher sei es so, daß häufig nur solche Beamte in Geheimdienste gingen, die es beim Militär, in der Verwaltung oder bei der Polizei „zu nichts gebracht haben“. Pannen wie im Fall Kießling könnten nach Hirschs Meinung vermieden werden, wenn hochqualifizierte Universitätsabsolventen im Sicherheitsbereich tätig würden. Für den Geheimdienst zu arbeiten, sei in keiner Weise anrüchig. „Wenn es um den Schutz... unserer demokratischen Gemeinschaft geht, gibt es doch gar nichts Erstrebenswerteres.“

Frau Honecker definiert „Moral“

hrt/dpa, Berlin
Erich Honeckers Ehefrau Margot, Volksbildungsministerin in Ost-Berlin, hat der Bundesrepublik Deutschland in einer überlieferten geäußerten aggressiven Wortwahl vorgeworfen, die „DDR“ zurückerobern und sich der imperialistischen BRD einverleiben zu wollen. Für die „DDR“-Jugend sei „Treue zu ihrem Vaterland, der DDR“, jedoch kein leeres Begriff. „Dieses Vaterland ist uns heilig im wahren Sinne des Wortes.“

Die über ihren Fachbereich hinausreichenden Äußerungen der Ministerin fielen auf einer Tagung des FDJ-Zentralrats. Ihrem ideologisch motivierten scharfen Trennungsstrich gegenüber dem, was die Bundesrepu-

Arbeit, Hilfsbereitschaft.“ Seit vier Jahren bemühen sich die evangelischen Kirchen in der „DDR“ vergebens, in einem Spitzengespräch zu klären, ob kommunistische Erziehung künftig noch Raum für christliche Motivationen läßt.

In ihrem Referat räumt Frau Honecker Schwierigkeiten in der politischen Überzeugungsarbeit bei Schülern ein. Probleme einzelner Jugendlicher dürften nicht vorschnell als „politisch unklar“ beurteilt werden, sondern müßten „geklärt“ werden. Toleranz sei jedoch gegenüber „falschen Auffassungen, widerkehrenden aufgewärmten Fragen, die der Gegner stellt, die ohne Nachdenken nachgeplappert werden“, fehl am Platz.

DER KOMMENTAR

Kohl muß handeln

HERBERT KREMP

Sogleich nach der Rückkehr aus Israel beginnt für den Bundeskanzler die schwierigste Woche seiner Regierungszeit: Er muß Schaden nicht nur von der Koalition, sondern von sich selbst abwenden. Er steht vor der bisher ernstesten Probe seiner Entscheidungsfähigkeit. Die Krise, die er vorfindet, ist über die Bastion des Verteidigungsministeriums und seines unglücklichen Ministers vorgedrungen. Sie bedroht zentrale Positionen.

Erste Gefahr: Verschleiß des Ansehens. Der Fall Kießling/Wörner hat eine politische und publizistische Dynamik erreicht, die nicht mehr durch „Halten“, sondern nur noch durch Handeln gewendet werden kann. Wenn Helmut Kohl sich entscheidet, den Minister zu entlassen, endet die Affäre schnell. Entschleunigt er sich nicht, frisst sie sich weiter.

Zweite Gefahr: Verlust der Vorteile. Die Bundesregierung hat auf finanzpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet Erfolge vorzuweisen. Sie stehen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, werden aber durch Krisen-Gerede überdeckt. Der Kanzler muß das graue Gespinnst zerreißen, um die Prioritäten seiner Politik freizulegen. Für

ihn gilt es jetzt, den Sinn seiner Regierung zur Geltung zu bringen.

Dritte Gefahr: Selbstblockade der Koalition. In Sachen Wörner droht, wie vorher schon in Sachen Lambsdorff, der Eindruck zu entstehen, daß Helmut Kohl alle Erwägungen unter das Hauptkriterium stellt, Franz Josef Strauß von Bonn fernzuhalten. Der Eindruck mag falsch sein, aber er wird vermittelt. So entsteht die schiefe Schlachtrichtung einer Vorkoalition Kohl/Genscher innerhalb des großen Regierungslagers, das ohne die bayerische CSU nicht existieren würde.

Strauß ist seit Mitte vergangener Woche mit Überlegungen hervorgetreten, wie die erste Krise der Regierung Kohl überwunden und die Initiative auf den Gebieten des Erfolges wiedergewonnen werden könnte. Er plädiert für eine große Kabinettsumbildung, die das Krisenbild beseitigt, und er hietet seine Mitarbeit in vorderster Linie an. Die Argumentation des CSU-Vorsitzenden besitzt zumindest innere Logik. An ihr können der Kanzler und der FDP-Vorsitzende Genscher heute nicht mehr vorbeigehen.

Strauß dringt auf schnelle Beendigung der Affäre

CSU-Chef bekräftigt Position zu Kabinettsumbildung

fac/rmc, Bonn
Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat abends zu erkennen gegeben, daß er für eine große Kabinettsumbildung plädiert, sollte Verteidigungsminister Wörner aus dem Kabinett ausscheiden. In der „WELT am Sonntag“ äußerte sich Strauß zwar mit vorsichtigen Formulierungen, die aber die Position des CSU-Vorsitzenden klar beschreiben: „Alles, was der Kanzler tun kann, ist die Frage des Rücktritts Wörners auf einen Minister begrenzt zu lassen.“

„Ich bin nicht sein Ratgeber“, sagte Strauß, fügte allerdings hinzu: „Aber natürlich taucht in der Union die Frage auf und sie ist unvermeidlich: Wenn der Verteidigungsminister den Rücktritt zieht oder vom Kanzler zur Entlassung gemeldet wird, wie steht es dann mit dem Wirtschaftsminister? Das ist nicht meine Erfindung. Die Frage ist nicht von mir, sondern eine Reihe von politischen Freunden haben bei mir angerufen und gefragt: Sind Sie der Meinung, daß es dann dabei allein bleibt. Kann der Kanzler den Verteidigungsminister entlassen und den anderen, der unter der Anklage der Staatsanwaltschaft steht (gemeint ist Wirtschaftsminister Lambsdorff, die Redaktion), mit einer allerdings offenbar dünnen Anklageschrift im Amt belassen?“ Strauß: „Das muß sich der Kanzler überlegen wie er zurecht kommt.“ Auch müsse die CDU entscheiden, ob Familienminister Geißler seine Doppelaufgabe als Minister und CDU-Gesamtschreiber weiterführen könne. Erstmals hatte Strauß in der vergangenen Woche in einem WELT-Gespräch diese Position beschrieben.

In dem Interview forderte Strauß, es müsse endlich Klarheit in der Angelegenheit Wörner/Kießling geschaffen und die Bundeswehr vor einer Identitätskrise bewahrt werden. Er äußerte „ernste Zweifel“, ob die Unterredung Wörners mit dem Schweizer Homosexuellen Alexander Ziegler auf der Bonner Hardthöhe „der Weisheit letzter Schluß“ war.

Der CSU-Vorsitzende verlangte die volle „Rehabilitation“ Kießlings für den Fall, daß dem entlassenen General „Aktivitäten dieser Art“ (gemeint ist Homosexualität, die Redaktion.) nicht bewiesen werden können. Strauß hat sich damit auf die Seite derer geschlagen, die Wörners Unterredung im Fall Kießling nicht akzeptierten. Der Minister hatte immer wieder erklärt, für den Entschluß, den General vorzeitig in den Ruhestand zu entlassen, sei nicht ausschlaggebend gewesen, ob Kießling homosexuell veranlagt sei oder nicht. Er habe vielmehr den Verdacht zur Kenntnis nehmen müssen, Kießling bewege sich in einem solchen Milieu, was Bedenken über ihn als Geheimnisträger ausgelöst habe.

Aus gutem Grund, so Strauß weiter, habe er im März 1983 die Übernahme des Verteidigungsressorts abgelehnt. Auch heute sei die Meinung falsch, er habe ein Interesse an diesem Amt. Andererseits, so der CSU-Vorsitzende, habe er sich noch nie einer Pflicht entzogen.

Washington: Über sowjetische U-Boote nicht beunruhigt

„Teil der psychologischen Kriegführung Moskaus“

AP/dpa, Washington
Das amerikanische Verteidigungsministerium hat die Verlegung sowjetischer raketentragender Unterseeboote in den Atlantik nahe der amerikanischen Küste als Teil der „psychologischen Kriegführung“ Moskaus bezeichnet. Es sei zwar richtig, daß die Vorwärtsschiebung der Vereinigten Staaten durch die Verlegung der U-Boote erheblich verringert würden, sagte ein Sprecher. Dennoch bliebe im Falle eines überraschenden Atomschlages Zeit genug, die meisten strategischen US-Bomber zu starten und in Sicherheit zu bringen. Außerdem seien die sowjetischen U-Boote in der Nähe des amerikanischen Kontinents bei amerikanischen Angriffen viel verwundbarer.

Nach Angaben der US-Regierung sind mindestens zwei sowjetische U-Boote der Delta-II-Klasse von ihrem normalen Einsatzgebiet im nördlichen Eismeer nach Süden in Richtung US-Küste verlegt worden. Der Schritt wird als Antwort auf die Aufstellung neuer Atomraketen vom Typ Pershing 2 in der Bundesrepublik Deutschland gesehen. Moskau hatte

vor der Stationierung dieser Systeme angekündigt, daß es Gegenmaßnahmen ergreifen werde, die auch die Vereinigten Staaten zu spüren bekommen würden. Normalerweise patrouillieren vor den Küsten der USA ein oder zwei atomgetriebene sowjetische U-Boote der „Yankee“-Klasse mit Raketen mittlerer Reichweite.

Die USA unterhalten seit Jahren im Atlantik und Pazifik ein Horchsystem zum Aufspüren der - relativ leisen - sowjetischen U-Boote. Angeblich ist es damit möglich, die Bewegung der U-Boote aus mehreren hundert Kilometern Entfernung zu verfolgen. Wie die USA hat sich die Sowjetunion auf die Entwicklung von strategischen U-Booten mit Langstreckenraketen konzentriert. Die große Entfernung vom Zielgebiet bietet den Schiffen größere Möglichkeiten, ihre Position zu verbergen und sich feindlichen Angriffen zu entziehen.

Analysten in Washington haben damit die Frage, ob der sowjetische Schritt eher politischen oder militärischen Charakter habe, zugunsten des ersten entschieden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diesseits der Loire

Von Heinz Barth

Liebe auf den ersten Blick war es nicht, die das Verhältnis zwischen den Sozialisten Frankreichs und Spaniens bisher bestimmte. Seit François Mitterrand und Felipe Gonzalez zur Macht gelangten, hatten die Beziehungen der ideologisch verwandten Regierungen zu einer Abkühlung geführt, die noch unter dem Gefrierpunkt der Franco-Ära lag.

Daran hat die Aussprache Mitterrand - Gonzalez, die kurz vor Weihnachten stattfand, mehr geändert als man zunächst vermuten dürfte. Die Enttäuschung der Spanier über die Nachlässigkeit, mit der die französischen Behörden den baskischen Terroristen unbeschränkte Bewegungsfreiheit für ihre grenzüberschreitenden Verbrechen gewährten, ist im Abklingen. Man spricht von einer „neuen Spanienpolitik Mitterrands“.

Zu dieser Klima-Verbesserung trug der Eindruck bei, den die energische, aber auch flexible Behandlung des Baskenproblems durch Felipe Gonzalez in Paris hinterließ. Ob es ihm durch seine Amnestie-Zusagen gelingt, einen Teil „reuer“ Terroristen vom harten Kern der Fanatiker abzusprenken, ist zu bezweifeln. Doch muß es Mitterrand zu denken geben, daß sich in den Antiterror-Gruppen, die in Frankreich operieren, eine Zusammenarbeit zwischen französischen Aktivisten und spanischer Polizei (wie auch Militärs in Zivil) entwickelt hat.

Es ist dem spanischen Sozialismus glücklich, sein Verhältnis zu den Streitkräften zu konsolidieren. Frankreichs Staatschef hätte gute Gründe, diesen Prozeß nicht zu stören. Felipe Gonzalez dürfte ihm klar gemacht haben, daß Frankreich nicht interessiert sein kann, durch Tolerierung von Terror-Stützpunkten auf französischem Boden die Empörung der spanischen Militärs zu schüren. Offenbar realisieren auch die Franzosen, die sich auf die ehrbare Tradition ihres Asylrechts viel zugute halten, daß jetzt die Grenze solcher „Ehrbarkeit“ erreicht ist.

Der Zwangsaufenthalt, den die Franzosen neuerdings notorischen ETA-Tätern nördlich der Loire anweisen, kommt spät, ist aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Brüderliche Warnung

Von Gernot Facius

Wer sich auf Kommuniké versteht, wird schnell begriffen haben: Die jüngste Stellungnahme der Bischöfe Polens zur innenpolitischen Lage und zur angestrebten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan spiegelt Spannungen im Episkopat wider.

Die „Normalisierung“, heißt es darin, „würde unserem Land dienen“. Aber: „Dies verlangt jedoch geduldige Verhandlungen.“ Primas Glomp und der polnische Papst hatten den Eindruck entstehen lassen, die Formalisierung der Beziehungen sei schon in absehbarer Zeit zu erwarten.

In der Erklärung eine direkte Kritik am Primas oder gar am Papst zu vermuten, würde zu weit gehen. Aber sie ist sicher eine brüderliche Warnung, die Politik der „Verständigungsbereitschaft“ nicht zu weit zu treiben. Denn der Kardinal muß seit zwei Jahren mit dem Vorwurf, vor allem von Seiten der jungen Priester, leben, er lasse sich im Sinne der Warschauer Regierungspolitik zu leicht instrumentalisieren.

Zwar kann Glomp seinen Kritikern entgegenhalten, kein Geringerer als Karol Wojtyla habe seinen Kurs abgesegnet, aber im Episkopat gibt es viele, die es eher mit dem 1981 verstorbenen Primas Wyszyński halten. Für Wyszyński war die Vorstellung, daß eines Tages ein Nuntius in Warschau residiert, daß damit ein von der nationalen Bischofskonferenz unabhängiger Kontakt der polnischen Regierung zum Vatikan ermöglicht wird, kein Wunsch, sondern ein Alptraum.

So trägt das Kommuniké mit seinen unmißverständlichen Hinweisen auf die Spannungen im Lande eher die Handschrift von Bischöfen, die Glomp mit Skepsis begegnen. Die Frage, wer mehr von der „Normalisierung“ haben wird, das Regime oder die Kirche, ist nämlich noch nicht beantwortet. Und wird nicht eine vom Staat „honorierte“ Verständigungsbereitschaft die Kirche ihrer Basis entfremden?

Das Problem wird auch vom Primas nicht geleugnet. Es war Glomp, der am 7. Dezember 1982 vor Priestern seiner Diözese sagte: „Es scheint, daß uns eine Gefahr von unserer allzu passiven Haltung vor ‚Solidarnosc‘ droht, aber gleichzeitig eine andere von den uns vom Staat verliehenen Privilegien.“ Diese Bemerkung ist plötzlich wieder aktuell.

Eiserner Schmetterling

Von Manfred Neuber

Die Verfassungsänderungen auf den Philippinen, die jetzt in einer Volksabstimmung gebilligt worden sind, fallen unter die Kategorie des „Zu wenig und zu spät“. Wenn Präsident Marcos in der Zustimmung einen „Vertrauensbeweis“ für sein autoritäres Regime sieht, ist er einem Trugschluß erlegen.

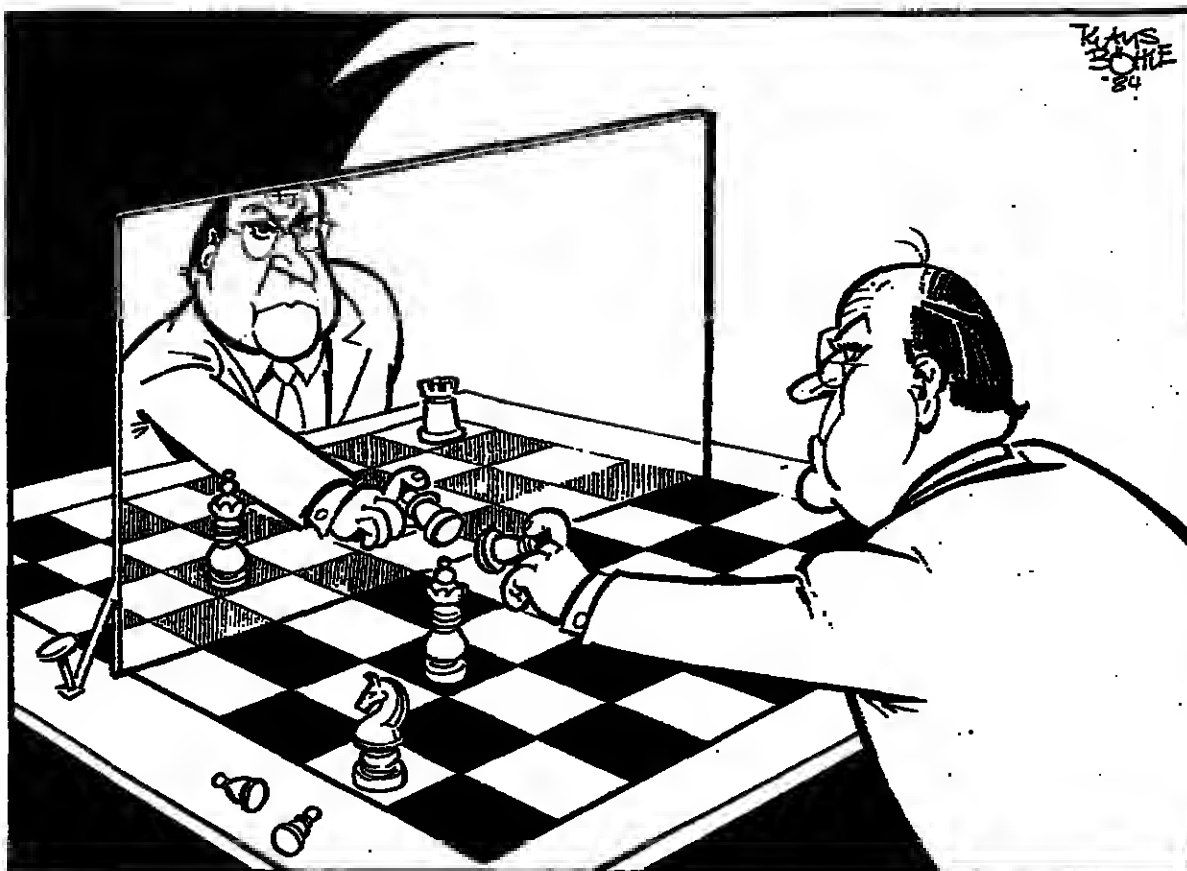
Mit ein paar Reformen am System gibt sich die demokratische Opposition nicht mehr zufrieden. Sie verlangt - unterstützt von katholischer Kirche und Geschäftswelt - grundlegende Änderungen bis hin zum Rücktritt des Staatschefs.

Der labile Gesundheitszustand Marcos' hat die Nachfolgefrage aufgeworfen. Trotz aller Abrede können die Ambitionen seiner Frau Imelda und eines mit ihr verwandten Militärs nicht ausgeschlossen werden. Darüber sorgt sich auch die Regierungspartei, auf deren Drängen der Präsident entgegen früher erklärter Absicht einräumte, den erst vor kurzem abgeschafften Posten des Vizepräsidenten wieder zu etablieren.

Besetzt wird dieses Amt bei den 1987 fälligen Präsidentschaftswahlen. An die Berufung eines Nachfolgers zu einem früheren Datum will Marcos nicht denken. So bleibt es einstweilen bei der Regelung, daß bei Amtsunfähigkeit des Präsidenten der Ministerpräsident einspringt und Neuwahlen ansetzt. Durch die Verfassungsänderungen hat der Herrscher im Malacañang-Palast vorläufig keinen Boden aufgegeben.

Anders verhält es sich bei der Neueinteilung der Wahlkreise für die Parlamentswahl im Mai. Die einseitige Begünstigung der Regierungspartei wird abgeschächt; die Opposition hätte bessere Chancen, wenn sie geschlossen auftreten würde. Damit ist kaum zu rechnen, wie der Streit um einen Wahlboykott zeigt. Marcos kann also auch hier fürs erste noch sicher sein.

Mehr Gefahr droht ihm von der Untersuchung über den Aquino-Mord. Endlich kam ein halbwegs unabhängiger Ausschuß zustande. Die Ironie der Geschichte wäre nicht zu überbieten, wenn der Präsident über seinen „Eisernen Schmetterling“ stolperte.



„Endlich einer, der meine Schachzüge versteht!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rauhreif

Von Matthias Walden

Als er beim Landeanflug die Küste Israels erblickte, sagte der Kanzler: „Seht mal, da, das Gelobte Land!“ Die Frage ist nun, wer oder was nach dieser Reise wessen Lob verdient.

Nach fast einem Jahrzehnt vergeblichen und peinlichen Wartens auf den Besuch eines deutschen Regierungschefs, füllte Helmut Kohl das Vakuum mit einem hohen Maß an Gutwilligkeit, die bis an die Grenzen eines arglosen Optimismus ging. Er hat in Yad Vashem die Knie gebeugt vor jüdischem Leid, hat sich im Weizmann-Institut vor jüdischem Geist verneigt und in der Knesset vor jüdischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Respekt bezeugt. Sein Kenntnisreichtum in jüdischer Geschichte verblüffte die Gastgeber auf das angenehmste.

Am zweiten Tage fand der Kanzler an der Seite Teddy Kolkels auf den Zinnen des Jerusalemer Rathauses vor der Freundlichkeit zur Warmherzigkeit. Strahlend absolvierte er fortan alle Stationen des Besuchsprogramms, genötigt, daß er überall mit offenen Armen empfangen wurde und schien, wo Schatten sich auf seinen Weg legten, nie zu frösteln. Außerlich unbewegt hatte er zugehört, als der Direktor des Mahnmals für die Opfer des Holocaust als einer der Überlebenden von seinem Sohn sprach, der in der Armee dient, und es unvorstellbar nannte, daß auf ihn einst mit deutschen Waffen geschossen werden könnte. Die Toten, so hatte Premierminister Shamir am ersten Abend gesagt, fehlten dem israelischen Volk an jedem Tage. Aber sie waren mahnend präsent zu jeder Stunde dieser Reise und ihres schließlich doch problematischen Verlaufes.

Nicht das armselige Häuflein verblüffter Demonstranten trübte das fruchtbare Klima der Kanzler-Visite, sondern die unbeinnehmbare Absicht eines deutschen Waffen-geschäftes mit Saudi-Arabien. Die Rede Helmut Kohls am Tage seiner Ankunft - in ihrem ersten Teil eindringend gelungen - fiel in der politischen Aussage wie Rauhreif auf die Erwartungen der Israelis. Die Freundschaft zu Israel und zu den arabischen Ländern gleichlautend betont und die ethische Besonderheit der verpflichtenden Beziehungen zum Staat der Juden nicht

ziehungen zum Staat der Juden nicht berücksichtigt zu haben, bewirkte Beklemmung. Kohls Berufung auf Pläne und Deklarationen, die von Israel als unzumutbar oder verhängnisvoll empfunden werden, ließen einen Fehlstart befürchten. Doch die Hoffnung der Gastgeber, der Kanzler werde im Verlauf der Gespräche Verständnis gewinnen und seine Haltung ändern, trug beide Seiten zunächst erleichtert über die Klippen. Diese Hoffnung trug.

Hinter allem Ermutigenden, was durchaus nicht nur Kollisse war, hörte man von israelischer Seite Sorgenvolles: Bedeutende israelische Köpfe äußerten die Befürchtung, das Volk könnte in eine „Festungs-Mentalität“ verfallen, sich nur noch von Haß, Feindschaft und Treulosigkeit umgeben sehen. Das schloße die Gefahr einer neurotischen, im schlimmsten Falle psychotischen Entwicklung ein. Aber entscheidend ist dabei: Diese Symptome sind nicht die Folge einer Halluzination, die Gespenster sieht, sondern das Resultat bitterer Wirklichkeiten.

Das Pulverfaß Libanon, die Aggressivität des von den Sowjets hochgerüsteten, expandierenden Syrien, der Fanatismus Libyens, die lauernde Feindschaft Iraks und die Unzuverlässigkeit Ägyptens summieren sich zu einem nicht unbegründeten Gefühl der Verlassenheit - vor allem, dann, wenn Amerika sich irritiert und die Bundesrepublik Deutschland sich entschlossen zeigt, das labile Räd mit modernsten Waffen auszustatten.



Die Toten fehlen an jedem Tage: Bundeskanzler Kohl und israelischer Premier Shamir

FOTO: DPA

Bei allem Widerstreit divergierender israelischer Meinungen, die sich im Parlament entzündeten und erlitten, sind sich in Jerusalem alle Parteien einig in der Überzeugung, daß die Saudis im Falle eines neuen Krieges gegen Israel auf der Seite der Aggressoren stehen, ihnen die Waffen weitergeben oder sich gar zur Beteiligung am Angriff verführen ließen. Wo deutsche Interessen sich am Öl orientieren, konzentrieren sich saudiarabische Interessen opportunistisch und zu Lasten Israels an der Erhaltung des Reichthums. Das war so, das ist so, und das wird so sein.

Gegen Ende der Kanzler-Reise entlud sich diese Besorgnis in dem brisanten Stichwort vom Risiko eines israelischen Präventivschlags gegen ein wesentlich aufgerüstetes Saudi-Arabien. Der Staatssekretär beim Premierminister hatte das in einem Interview gesagt und nur als seine persönliche Meinung deklariert. Deutsche Waffen für Räd, so hatte eine israelische Zeitung geschrieben, würden die israelisch-deutschen Beziehungen hinter den Status zurückwerfen, den Ben Gurion und Adenauer historisch vollbracht hatten.

Das alles mag übertrieben erscheinen und in Israel selbst auch ein ungünstiges Echo finden. Den Kanzler focht es nicht an. Seine Unbefangenheit, die aus sehr subjektiver Überzeugung bester Absichten erwächst, hat den Anschein des Unerschütterlichen. Doch seine Reise des guten Willens, auf der er sich nicht ohne Erfolg große Mühe gab, ließ schließlich vieles zu wünschen übrig - nicht nur auf jüdischer Seite. Denn die Tragödie der Vergangenheit flammte auf in der Verstrickung der Gegenwart. Auch wer sich von einem übermaß israelischer Egozentrik distanzieren und deutsche Eigenständigkeit geltend machen zu müssen meint, kann die in Jerusalem aus gutem Grund als selbstmörderisch empfundene Forderung nach Preisgabe der besetzten Gebiete nicht ganz gewissens als vereinbar mit der Pflicht deutscher Wiedergutmachung empfinden. So begannen manche guten Früchte dieser Reise zu faulen, bevor sie reifen konnten.

IM GESPRÄCH K.-F. Brodeßer

Mal rodeln, mal rudern

Von Stefan Heydeck

Schon vor den vertraulichen Beratungen des FDP-Präsidiums über personelle Änderungen in der Parteiführung war bekannt geworden, wer der Favorit von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher für das Amt des Generalsekretärs ist: Karl-Friedrich Brodeßer. Mit ihm scheint Genscher voraussichtlich wie schon im November 1982, als er Irmingard Adam-Schwaetzer zur Nachfolgerin des zur SPD übergewechselten Günter Verheugen machte, ein weiteres Mal eine Überraschung voll gelungen. Denn der 52-jährige ist bisher parteipolitisch wenig in Erscheinung getreten. Einen Namen hat sich der gebürtige Essener vielmehr als Regierungsmitglied in Düsseldorf gemacht.

Genscher und Brodeßer haben viel gemeinsam: Beide sind Rechtsanwältinnen. Beide begannen ihren „Bonner Weg“ in der FDP-Fraktion als Assistenten. Und beide waren jahrelang für die Innenpolitik zuständig - Genscher als Minister in Bonn, Brodeßer als Staatssekretär in Düsseldorf.

1980, sofort nach seinem zweiten Staatsexamen, war Brodeßer in den Dienst des Genscher-Vorgängers Erich Mende getreten. Bis 1987 arbeitete er als persönlicher Referent des damaligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Er hatte dabei eng mit Genscher, der ein Jahr zuvor Fraktionsgeschäftsführer geworden war, zu kooperieren.

Brodeßer wechselte dann 1970, nach der Gründung des sozial-liberalen Regierungsbündnisses, als Leiter der Abteilung Innenpolitik ins Bundeskanzleramt über. Den Posten, auf dem er vor allem für die Koordinierung und Abstimmung innenpolitischer Themen zwischen dem Kanzleramt und den zuständigen Ministerien zuständig war, hatte er Genscher (zu der Zeit Innenminister) zu verdanken. Als „Mann der FDP“ hielt er dort auch den Kontakt der unter



Genschers langjähriger Weggefährte: Karl-Friedrich Brodeßer

FOTO: DIE WELT

dem SPD-Kanzler Willy Brandt arbeitenden Behörde zur liberalen Fraktion.

Vier Jahre später, im November 1974 - Genscher war Außenminister, Brandt wegen der Affäre Guillaume abgetreten - holte ihn NRW-Innenminister Willi Weyer als Staatssekretär. Das blieb er dort unter dessen Nachfolgern Burkhard Hirsch (beide FDP) und Herbert Schnoor (SPD) bis nach dem Bonner Koalitionswechsel im Oktober 1982. Die Sozialdemokraten hatten die „Wende“ übernommen. Seitdem arbeitete Brodeßer als Rechtsanwältin in Siegbild direkt vor den Toren Bonns.

Jetzt will Genscher den kinderlos Verheirateten, dessen Leistungen und Erfolge vor allem in den Bereichen Organisation und Personalverwaltung unumstritten sind, zum zweiten Mal auf einen wichtigen Posten holen. Hoffentlich haben die Hobbys von Brodeßer - Skifahren und Rudern - keinen Symbolwert: Beim einen geht's bergab, beim anderen kann man ins Wasser fallen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

„Warum auf Kohl? Überschrift des Briefs eines Kommentars zur Lage in Bonn“

Den Bundeskanzler mögen die jüdischen Ausflüge im Heiligen Land wie ein letztes Atemholen vor seiner Rückkehr nach Bonn anmuten. Denn was am Rhein auf Helmut Kohl zu kommt, ist unausweichlich und nicht von Puppe. Der Kanzler, verärgert und aus dem sonst so sicheren pfälzischen Tritt gebracht, hat Meldungen über eine geplante Amtsenthebung von Verteidigungsminister Wörner als „Quatsch und Blödsinn“ bezeichnet. Wörner seinerseits ließ mitteilen, er werde seinen Rücktritt nicht anbieten. Die Wirklichkeit sieht natürlich ganz anders aus. Zumindest der Kanzler weiß, daß Wörner nicht mehr zu halten ist. Kohl muß nun, ob er will oder nicht, seine Führungsqualität entschieden unter Beweis stellen: Er muß einen neuen überzeugenden Chef für die Hardthöhe präsentieren, ohne daß zugleich das große Personalräussell im Kabinett sich zu drehen beginnt... Strauß steht jetzt wirklich ante portas.

SUNDAY TELEGRAPH

Die Londoner Zeitung meint an Präsident Reagan Interesse an einer zweiten Amtszeit

Dies mag für Leute diesseits des Atlantiks der angemessene Moment sein, wenn er auch spät kommt, den Mann nicht für eine vorübergehende Verirrung zu halten, der aus dem Blickwinkel verschwindet, sobald das amerikanische Volk des schlechten Witzes müde wird, den es sich vor vier Jahren geleistet hat. Es ist ganz klar, daß Amerika Ronald Reagan nicht satt hat. Niemals seit den Tagen

Dwight Eisenhowers ist ein amerikanischer Präsident offenbar so sicher in den Herzen der Menschen verankert gewesen. Da das der Fall ist, sollte es für Amerikas Verbindende zur schlechtesten Vermutung gehören, zu verschleppen, Reagan's Sicht der Welt zu verstehen, statt sie herblässend als simple Denkwürdige eines früheren Hollywood-Stars abzutun.

HAARETZ

Die israelische Zeitung schreibt zum Kohl-Besuch:

Der deutsche Regierungssprecher hat erklärt, daß die Tragödie von Auschwitz nicht zu politischen Zwecken ausgeschlachtet werden darf, und es scheint, als ob Kanzler Kohl dies in etwa Yitzhak Shamir erklärt hat, um ihm zu bedeuten, daß die BRD nicht von ihrer Waffentransaktion mit Saudi-Arabien abgehen werde... Nichtsdestoweniger gibt es keinen Hinweis dafür, daß Saudi-Arabien sich nicht mehr als Feind Israels betrachten und daß es von seiner Seite kein Engagement gibt, daß diese Waffen nicht später an Syrien, Irak, die PLO oder Libyen weitergeliefert werden. Was im Westen als die „saudische Mäßigung“ bezeichnet wird, ist nichts als äußerste Vorsicht und eine schreckliche Furcht vor den „arabischen Brüdern“, die Räd äußerst verwerdbar gegenüber Pressionen von Extremisten macht... Unsere deutschen Gäste müssen wissen, daß ihre Argumentation uns nicht überzeugt hat. Sollten sie letzten Endes diese Transaktion vornehmen, werden sie eine Krise in den israelisch-deutschen Beziehungen bewirken, die alle positiven Ergebnisse des Kanzler-Besuchs zunichte machen wird.

Therapie für die jüngeren Jünger Askulaps

Wie man die Qualität der Nachwuchs-Mediziner verbessern will / Von Albert Müller

Über die Qualität der Ausbildung von Ärzten ist fast nur noch Negatives zu hören. Quelle dieser Beurteilung sind die medizinischen Fakultäten und das ärztliche Establishment. Besorgnisse verbreiten sich in der Bevölkerung. Denn für den Kranken ist nicht nur die Krankheit, sondern auch der Arzt sein Schicksal. Unter dieser Bedingung einer vitalen Abhängigkeit ist Kritik an der Zukunft ärztlicher Behandlung mit großer Verantwortung verbunden.

Der Chirurg und Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, sagte kürzlich scherzhaft, vielleicht sollte man Patienten importieren, damit jeder Medizinstudent an die Kranken herankomme. In den Kliniken gebe es Kränke, die ein Viertel ihrer Patientenzeit für Ausbildungszwecke zur Verfügung stellen müßten, das sei auf die Dauer nicht zumutbar.

Einen Vorhang vor die allgemeine Ratlosigkeit zieht jetzt der Gesetzgeber. Novellen wurden auf

den Weg gebracht: für die Zulassung, die Ärzte und die Approbationsordnung. 1984 soll das Jahr sein, in dem zielbewußt begonnen wird, die Tüchtigkeit der Ärzte zu steigern.

Da ist zuerst die Zulassung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Von der Mitte dieses Jahres an gewinnt das Recht auf Niederlassung in eigener Praxis nur, wer sich in 18 Monaten, davon mindestens sechs Monate bei einem Kassenzahnarzt, auf praktisch auf seine künftigen Pflichten vorbereitet hat. Das war der einen Ärztesgruppe zu wenig, der anderen zuviel, der Bundesrat hat sich für einen Kompromiß entschieden.

Von 1988 an wird dem Studium für alle eine Praxisphase von 24 Monaten draufgesetzt, auf die erst die volle Approbation, vor Weiterbildung und Niederlassung, folgt. Bald also keine Angst mehr vor den jüngeren Jüngern Askulaps? Man möchte es hoffen. Freilich sind viele Fragen noch offen, wie etwa die nach genügend Ausbildungsstellen

bei etablierten Ärzten, sei es für den „Arzt in Vorbereitung“ oder später den „Arzt im Praktikum“, dann die Frage der Bezahlung der Praktikanten, die Anrechenbarkeit des Praktikums auf die Weiterbildung, schließlich der Bedarf an Klinikausbildung, die sich gerade für diese Funktion besonders eignen. Für Euphorie besteht also noch kein Anlaß, aber: Wir haben es endlich wieder einmal mit Gesundheitspolitik zu tun. Es bahnt sich mehr an als ein neues Kostendämpfungsgesetz. Den jungen Leuten wird nicht ihre Unfähigkeit, nicht nach- oder vorausgesehen, sondern die Aussicht, ein guter Arzt zu werden, steigt. Berufsfreiheit und Berufshoffnungen bleiben unangestastet. Wer Arzt werden will und dafür im Rahmen des Möglichen zufriedenstellend ausgebildet ist, der wird Arzt.

Im Praktikum hat er Gelegenheit, sich selbst gründlich zu prüfen. Spezialisierung im engeren Sinne, wie sie der strukturellen Entwicklung der Ärzteschaft un-

verändert den Stempel aufdrückt, oder vertiefte Ausbildung in Allgemeinmedizin? Das gesundheitspolitisch Wünschenswerte, die Verbreiterung des Angebots an hochqualifizierten Allgemeinmedizinern, ist die Chance der Jungen. Aus der Allgemeinmedizin als Ausbildungsfach und Berufszweig wächst der erfahrene Arzt, der Vertrauen verdient, weil er nicht nur Glückseligkeit ist.

Nimmt man nun an, daß die juristische Fleißarbeit in Form novellierter Ordnungen - für Ausbildung, Approbation, Zulassung - die beabsichtigte Wirkung erzielt, so bleibt doch immer noch unbefriedigend, daß dies allenfalls sehr spät geschieht. Nicht auszuweichen ist der Eindruck, daß viel Zeit nutzlos verschwendet wurde. Die etablierte Führungsschicht der Ärzteschaft hat versäumt, rechtzeitig den Zuständen vorzubeugen, die sie mit Klagen über die jüngere Generation charakterisiert.

Schon 1970 gab es eine neue Approbationsordnung. Auch sie woll-

te den praktischen Teil des Studiums hervorheben. Das Vorhaben wurde von der Flut der Medizinstudenten zunichte gemacht. Die WELT hatte schon 1975 vor den Folgen einer „Ärztesschwemme“ gewarnt.

Es gab Widerspruch, doch längst ist das Wort zum gängigen Begriff geworden. Inzwischen haben sich die Zahlen der Ärzte, der Erstsemester und der Approbationen mehr als verdoppelt - trotz Numerus clausus. Dann schrieb 1976 Professor Hans Joachim Sewering, damaliger Präsident der Bundesärztekammer, in der WELT: „Schon heute zeigt sich, daß es weniger die absoluten Zahlen der Ärzte sind, die uns beschäftigen müssen, sondern die Verteilungsprobleme. Dies gilt sowohl für die geographische Verteilung als auch für die innerärztliche hinsichtlich des Zahlenverhältnisses der Allgemeinärzte zu den Ärzten der verschiedenen Fachgebiete. Hier müßten verantwortliche Überlegungen einsetzen.“

Helmut Kohl als katholischer Pilger im Heiligen Land

„Nicht als Bundeskanzler, sondern als Helmut Kohl“ besuchte der Staatsgast aus Bonn zwei Tage lang die heiligen Stätten in Galiläa und Ost-Jerusalem. Hier schüttelte der katholische Pfälzer alle politischen Erwägungen ab: Er betete, staunte, ergriff viele Hände und lachte.

Von BERNT CONRAD

Helmut Kohl nahm viel auf sich, um am Freitag, dem Beginn des Sabbat in Israel, einen Ausflug in die klassische Landschaft des neuen Testaments, Galiläa, zu unternehmen. Morgens um 6.55 Uhr, bei Sturm und Wolkenbruch, startete die Wagenkolonne vom Jerusalemer King-David-Hotel zum Ben-Gurion-Flughafen in Tel Aviv. Eigentlich hatte ein Hubschrauber den Kanzler transportieren sollen. Doch ein plötzlicher Wettersturz zwang zur Umdisponierung. So mußte Kohls Delegation mit einem kleinen Verkehrsflugzeug in eine viermotorige Hercules C-130 klettern.

Lauf dröhnend, im Sturm heftig schaukelnd, aber sicher brachte der gewaltige Transporter den Kanzler - der ungerührt im Cockpit ein Nickerchen machte - zum Galiläischen Märlingplatz Machanayim.

Von dort ging es, wieder bei Donner und Blitz, nach Nazareth. In Sturzschritten schloß das Wasser durch die engen Straßen der Stadt, in der Jesus Christus seine Jugend verbracht hatte. Doch das alles störte den Kanzler nicht. Jenseits der Politik, die ihm in den letzten Tagen soviel zu schaffen gemacht hatte, genoß er diesen „privaten Tag“ als katholischer Pilger und heiliger Tourist. Gestört wurde er dabei nur von Fotografen und Kameraleuten. „Jetzt noch ein Bild, dann ist Schluss. Ich will mir hier Kirchen ansehen und keinen Film machen“, rief er ihnen zornig zu.

An der Mariengrotte der Verkündigungs-Basilika betete der Pfälzer, ebenso wie an allen anderen heiligen Orten, zu denen er in Galiläa und am nächsten Tag in Jerusalem kam. „Verehrung und Zerstreuung“, das kommt zusammen, meinte er, als ihn der Franziskanerabt Mariano Farinelli entschuldigend auf die in fast 2000 Jahren an der Grotte entstandenen Schäden hinwies. Draußen vor der Kirche winkten ihm arabische Bewohner Nazareths zu. „Schilfjungen warteten am Straßenrand. Hier nun war Kohl wirklich in seinem Element: strahlend, winkend, händeschüttelnd. Durch tiefe Pfützen wadete er zur Josephskirche, doch das „Bad in der Menge“ entschädigte ihn für die Nässe.

Ein Reporter des örtlichen arabischsprachigen Fernsehens erkundigte sich beim Kanzler: „Haben Sie denn auch für den Frieden im Nahen Osten gebetet?“ Darauf Kohl lachend: „Natürlich - das ist ja der Sinn meiner Reise.“ Während einer kurzen Andacht in der Grotte der Heiligen Familie erscholl draußen wieder ein Donnerschlag. Auf die Frage: „Hat das symbolische Bedeutung?“ meinte Kanzlerberater Horst Telschick: „Ja, wir bringen Israel Glück.“

In biblischem Geist ging es dann vom nahen Tiberias mit dem Schiff über den See Genezareth nach Caper-

naum, wo Jesus einst seine ersten Jünger, Simon und Andreas, gefunden und ihnen gesagt hatte: „Folgt mir nach. Ich will euch zu Menschenfischern machen.“ Vor der Kulisse der Golanhöhen trafen sich Kohl und der israelische Botschafter in Bonn, Ben-Ari, zu einem längeren Gespräch unter vier Augen im Bug des Schiffes.

Die Ruinen der Synagoge in Capernaum, die Kirche in Tabga, wo Jesus der Überlieferung nach die Speisung der fünftausend vollzogen hatte, der Berg der Seligpreisungen - Kohl (auf eine etwas befängene, fast schlichter Weise fromm, wie ein politischer Freund formuliert) sog das alles beeindruckt und zugleich fröhlich in sich auf. Er langte auch kräftig zu, als ihm am Mittag im nahegelegenen Kibbuz Ginossar ein schmackhaftes Essen vorgesetzt wurde. „Ich muß wieder abnehmen“, stellte der Kanzler mit einem Seitenblick auf seine sich rundende Taille fest. Dann verzehrte er wohlgerührt noch eine Banane mit Schokoladenguß.

In Ginossar hatte jahrzehntelang der ehemalige israelische Außenminister Yigal Allon gewirkt. Kohl besuchte zum Abschluß seiner Visite das Grab dieses bedeutenden Politikers und Militärs.

Hinter dem Jaffa-Tor verschwand der Stander

Am Samstag folgte dann der zweite Teil der Pilgerfahrt: die Altstadt Jerusalems. Durch das Jaffa-Tor, das einstmalig Kaiser Wilhelm II. passiert hatte, fuhr der Kanzler noch mit israelischem Stander an seiner schwarzen Limousine. Dann ließ er ihn abnehmen. Er hatte auch den deutschen Botschafter, Niels Hansen, und den israelischen Protokollchef gebeten, ihn nicht in das von den Arabern zurückgeforderte Ost-Jerusalem zu begleiten. Er wollte damit den privaten Charakter seines Besuchs unterstreichen und - so ein Delegationsmitglied - die völker-



Zum Besuch Ost-Jerusalems gehörte für den „Privatmann“ Helmut Kohl auch eine Visite des muslimischen Felsendoms. FOTO: AP

rechtlich umstrittene Lage berücksichtigen.

Der „Privatmann“ Kohl kaufte als erstes seiner Frau ein goldenes Kettenchen. Dann kam eine für Kanzler und Privatmann Kohl gleichermaßen erfreuliche Überraschung: Der Patriarch von Jerusalem verlieh ihm das Großkreuz vom Heiligen Berg, eine hohe Auszeichnung, die zuletzt Präsident Ronald Reagan erhalten hatte. Dabei pries der Patriarch Kohls Bemühungen um Frieden und Versöhnung. Die israelische Armee hatte den Gang des Kanzlers durch die Altstadt mit großem Aufwand gesichert: Überall in den Straßen und auf den Dächern wachten schwerbewaffnete Soldaten, teilweise mit Zielfernrohr. Passanten wurden energisch weggeschoben. Dennoch fanden sich noch genug Menschen, die Kohl zuwinkten. Er schüttelte Hände, er suchte den persönlichen Kontakt. Sei es mit arabischen Ladenbesitzern im malerischen Suk (Basar), mit jüdischen Passanten oder mit ausländischen Touristen.

In der Grabeskirche verlas ein Pfarrer die Kreuzigungsgeschichte, Kohl

verabschiedete sich hier besonders herzlich von den Vertretern aller christlichen Konfessionen. Später meinte er: „Ich hielt es für wichtig, daß mancher Geistliche aus Deutschland einmal nach Jerusalem käme und sich an der hier praktizierten Ökumene ein Beispiel nähme.“

„Vater-Unser“ in Arabisch und Deutsch

Vor der evangelisch-lutherischen Erlöserkirche demonstrierten etwa zwanzig junge Deutsche (meist Theologiestudenten), gegen Nachrüstung und Waffenexporte. Im Inneren spielte eine Organistin Bach. In Arabisch und Deutsch wurde das Vaterunser gebetet. Beim Weitergehen fragte Staatsminister Alois Mertes: „Was haben Gerolstein und Jerusalem gemeinsam?“, und gab lächelnd die Antwort: „In beiden Städten ist die evangelische Kirche von Kaiser Wilhelm II. eingeweiht worden.“

Jenseits des Basars, vor dem muslimischen Felsendom, begrüßte der greise Großmufti von Jerusalem den Bonner Gast. Mit wohlgesetzten Worten pries er die lange traditionelle Freundschaft zwischen Arabern und Deutschen. Kohl hielt sich zurück und erklärte nur lapidar: „Ich freue mich, hier zu sein.“ Auf dem einstigen jüdischen Tempelberg winkten und lachten junge und alte Moslems dem Kanzler zu. „Wie geht's?“ fragte einer auf deutsch. „Gut“, erwiderte Kohl verblüfft. „Bitte“, riefen einige fröhlich - es war wohl das einzige deutsche Wort, das sie kannten.

Nun umgab echter Orient den Pfälzer. Die goldene Kuppel des Felsendoms, eines der großen Heiligtümer der Mohammedaner, glänzte in der an diesem Vormittag wieder zum Vorschein gekommenen Januar-Sonne. Kunstvoll verzierte blaue Kacheln kontrastierten zu rot leuchtenden Glasfenstern. Mit einem Besuch in der El Aqsa-Moschee endete der Abschied in eine für Kohl fremdartige Welt.

Am Abend - nach der Teilnahme an einer katholischen Messe - betete Kohl noch an der Klagemauer, jenem uralten Relikt jüdischer Standhaftigkeit, die niemals den Glauben an die Rückkehr nach Jerusalem aufgegeben hat. Tief nachdenklich kehrte der Kanzler in das King-David-Hotel zurück.

„Stotterbanken“ zwischen Anklage und Verteidigung

Ratenkredite von Teilzahlungsbanken sind teuer. Erheblich teurer als bei Banken oder Sparkassen. In vielen Fällen, so die Verbraucherschützer, seien Wucherzinsen verlangt und sittenwidrige Kreditverträge abgeschlossen worden. Die Stotter-Banken sind erobert ob dieser Vorwürfe. Sie bezeichnen die Verbraucherschützer der Irreführung.

Von CLAUD DERTINGER

Das schwere Geschütz der Verbraucherschützer-Verbände richtet sich nicht gegen die heutige Praxis der Ratenkredit-Banken. Aus den letzten drei Jahren seien ihnen nur noch wenige sittenwidrige Verträge auf den Tisch gefallert, betont Frau Annette Kähler, Leiterin der Abteilung Verbraucherschutz der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, gegenüber der WELT. Das ist eine Feststellung, die freilich nichts an der Tatsache ändert, daß es zwischen Konsumentenkrediten der unter allen möglichen - nicht immer eindeutigen Firmierungen arbeitenden - Teilzahlungsbanken und den Ratenkrediten der Banken und Sparkassen auch heute noch ein erhebliches Preisgefälle gibt.

Sittenwidrigkeit, die zur Folge hat, daß die Geschäfte nichtig sind, wollen die Verbraucherschützer bei vielen Ratenkreditverträgen von Teilzahlungsinstituten aus den Jahren 1975 bis 1980 festgestellt haben. Im Rahmen ihrer Aktion „Verbraucher-Rechtsberatung“ gingen in der Düsseldorf Verbraucherzentrale rund 18 000 Verträge von Ratenkredit-Kunden ein, von denen gut 4000 Verträge mit 130 Teilzahlungsinstituten unter die Lupe genommen wurden.

Das Ergebnis, so die Verbraucherschützer, sei verheerend gewesen. Mehr als 45 Prozent der Verträge seien eindeutig sittenwidrig, ein Tatbestand, der nach Auffassung der Verbraucher-Zentrale dann gegeben ist, wenn der effektive Jahreszins den von der Bundesbank ermittelten Durchschnittszins für Ratenkredite um 85 Prozent übersteigt und wenn die sonstigen Kreditbedingungen deutlich von den am Markt üblichen abweichen.

Unter den „belastenden Bedingungen“ hebt Frau Kähler vor allem überhöhte Verzugszinsen, Verzugsfolgenregelungen, überhöhte Mahnkosten, Gebühren- und Inkassokosten hervor. Und sie kritisiert zudem viele Bestimmungen im Kleingedruckten, deren konkrete Folgen sich juristisch unbelektete Kreditnehmer nicht ausmalen könnten. Von den Vorwürfen der Verbraucherschützer ist vor allem der Marktführer im Teilzahlungsgeschäft, die Kunden-Kredit-Bank (KKB), Düsseldorf, betroffen.

Die Ratenkredit-Kunden, denen die KKB das Fell über die Ohren gezogen habe, dürften das nicht einfach hinnehmen, meinen die Verbände. Und so haben denn die Verbraucherzentralen, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und die Arbeiterkammer Bremen der Kunden-Kredit-Bank angeboten, eine pauschale Regelung für die in den Jahren 1975 bis 1980 geschlossenen Ratenkreditverträge zu treffen, die eine Wiedergutmachung für die KKB-Kunden vorsehen.

Die KKB ist bereit, über Einzelfälle mit sich reden zu lassen und dort zu helfen, wo es erforderlich sei, aber ansonsten geht die KKB und mit ihr der Teilzahlungsbankenverband auf die Barrikaden. Sie bestreiten nicht nur, daß die Verbraucherverbände für ihre Aktion legitimiert sind; sie werfen ihnen vor allem vor, die

Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in irreführender und falscher Weise zitiert und angewandt zu haben. Außerdem hätten sie die Verbraucher durch falsche und irreführende Vorschläge verunsichert. Die KKB hält den Verbraucherzentralen vor, sie berücksichtigten überhaupt nicht, daß Sittenwidrigkeit nur dann vorliege, wenn die Bank wesentlich und vorsätzlich die Notlage eines Kreditnehmers ausnütze, was wohl in der Tat nur schwer zu beweisen ist.

Auch wenn die Aktion der Verbraucherschützer ausgeht wie das Hornberger Schießen: Es kann nicht schaden, wenn die Bürger wieder einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß Ratenkredite bei Teilzahlungsbanken einiges mehr kosten als bei Banken und Sparkassen, die etwa 10,5 bis zwölf Prozent verlangen. Allerdings ist es nicht nur Unwissenheit, die das Geschäft der Stotterbanken blühen lassen läßt; manch einer zahlt freiwillig 15 oder vielleicht auch 20 Prozent und mehr für den Ratenkredit einer Teilzahlungsbank, sei es aus Angst, die Bank oder Sparkasse nebenan wahre nicht die selbstverständliche Diskretion oder - weil das Renommee darunter leiden könnte - wenn der Vereins- oder Stadtratsrat weiß, daß der teure Wagen nicht mit Barem bezahlt und eigentlich eine Nummer zu groß ist. Viele Bürger werden oft dadurch zu Kunden von Teilzahlungsbanken, daß sie Ratenzahlungsangebote von Kaufhäusern nutzen.

Bleibt freilich noch die Frage, warum Teilzahlungsinstitute teurer sind als Banken und Sparkassen. Die Hauptgründe: Weil ihre Kredite meist nicht bankmäßig abgesichert sind, müssen sie beim Geldeinkauf höhere Zinsen zahlen. Ihre Kreditrisiken sind höher als die anderer Banken. Das Geschäft ist wegen der meist nur kleinen Kreditbeträge sehr kostenintensiv.

Italien macht für Pertini mobil

Geht es nach dem Willen der Italiener, dann steht der Träger des nächsten Friedensnobelpreises bereits fest: Staatspräsident Sandro Pertini. Damit dieser Wunsch wahr wird, werden die Massen mobilisiert.

Von F. MEICHNER

Der augenblickliche Zustand Italiens wäre wohl am treffendsten mit Generalmobilmachung zu umschreiben, hätte das Wort nicht einen so ausgesprochen kriegerischen Klang. Von Südtirol bis nach Sizilien werden die Bürger bis nach Sizilien werden die Bürger mit Appellen überschüttet, sich freiwillig zu stellen. Überall im Land haben Meldebüros eröffnet - vom Ersten Programm des staatlichen Rundfunks bis hin zu den kleinsten Gemeinden. Ein Telefonanruf genügt, in Rom beispielsweise unter den Nummern 6 78 27 05 oder 6 78 27 94. Wer will, kann aber auch zur Feder greifen.

In die Hunderttausende geht die Zahl derjenigen, die innerhalb weniger Tage „unter die Fahnen“ geeilt sind. Die Begeisterung scheint keine Grenzen zu kennen. Im Unterschied zu früheren Zeiten hat sich die Mobilisierungsdynamik diesmal aller-

dings nicht an einem kriegerischen, sondern an einem friedlichen Ziel entzündet: am Wunsch nach einem Friedenspreis.

Italiens Sozialisten haben das Volk aufgerufen, die von ihnen lancierte Kandidatur des 87-jährigen Staatspräsidenten Sandro Pertini für den Friedensnobelpreis zu unterstützen. Da der Altsozialist im Quirinalspalast wahrscheinlich der einzige zeitgenössische Politiker des Landes ist, den das Volk wirklich gern hat, und da seine Friedensliebe außer jedem Zweifel steht, findet der Aufruf ein überwältigendes Echo.

Daß Sandro Pertini ein aufrechter, stets um die Ausbreitung einer „Kultur des Friedens“ bemühter Mann ist, hat sich längst auch außerhalb Italiens herumgesprochen. Überall, wo er hinkommt, schlägt ihm die Sympathie der Menschen entgegen, weil jeder seine menschliche Wärmeherzigkeit fühlt und seine Offenheit schätzt. Was er denkt, das sagt er, ohne Rücksicht auf Opportunität und politische Durchsetzbarkeit.

Damit ist er sicherlich eine Ausnahmeerscheinung unter den zeitgenössischen Politikern. Niemand zweifelt an seiner Aufrichtigkeit, ganz gleich, ob er nun - wie in einem WELT-Interview 1979 - im Blick auf Berlin

versichert, daß er sich, wenn Rom geteilt wäre, für dessen Wiedervereinigung schlagen würde, oder ob er sich - wie in seiner letzten Silvester-Ansprache - mit der für den Frieden demonstrierenden Jugend solidariert. Mit seinem „Freund“, dem polnischen Papst, verbindet ihn neben vielem anderen die gemeinsame Überzeugung, daß der Frieden ein unersetzbares Gut ist, die innere Friedensbereitschaft des Menschen Voraussetzung sowie von Gerechtigkeit und Freiheit getragen werden muß.

Es ist Sache des Friedensnobelpreis-Komitees, zu entscheiden, inwieweit Pertinis Haltung - auch in ihrer gelegentlichen UnDIFFERENZIERtheit und Naivität - preiswürdig ist im Sinne der Statuten. Einer Kampagne als Entscheidungshilfe bedarf es dazu sicherlich nicht. Wer sie entfesselt, beschwört eher die Gefahr herauf, den Preiskandidaten ins Zwielicht der politischen Manipulation zu bringen.

Pertini selbst reagiert jedesmal, wenn er direkt auf seine Kandidatur angesprochen wird, mit einem fast verlegen klingenden „um Gottes willen“. Den Promotoren seiner Kampagne aber scheint jede Zurückhaltung fernzuliegen. Sie entfalten eine Geschäftigkeit, die schon beinahe peinlich wirkt.

Wie interessant kann der Krügererrand-Preis noch werden?

Wann der Krügererrand-Preis für Sie interessant wird, kann nur Ihre Entscheidung sein. Aber wir können Ihnen dabei helfen.

Hinter dem Rat, den Sie von uns bekommen, steht langjährige Erfahrung: 1970 haben wir den Krügererrand in Deutschland eingeführt.

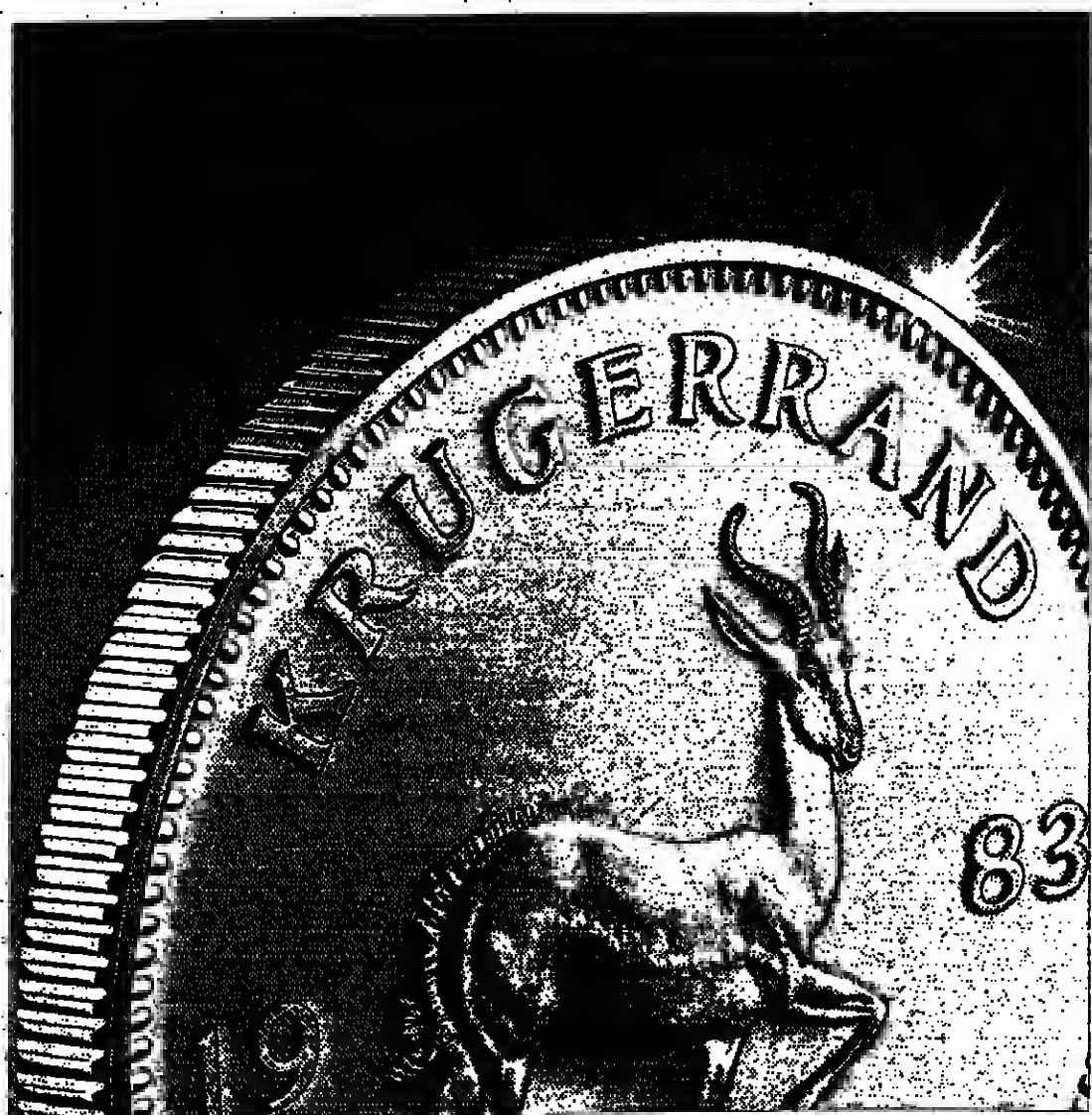
In jeder unserer Geschäftsstellen ist der Krügererrand leicht zu kaufen - selbstverständlich auch zur Mehrwertsteuerfreien Auslieferung in Luxemburg.

Die Anlage in Gold dürfte jetzt eine rational gut fundierte Entscheidung sein. Nutzen Sie deshalb unsere große Erfahrung, auch wenn Sie kein Konto bei uns haben.



Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Walesa wehrt sich gegen Hetzkampagne

AFP, Warschau
Der polnische Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa hat in einem vertraulichen Brief an Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski die gegen ihn eingeleitete Hetzkampagne angeprangert. Sie zielen auf seine „Kaltstellung“ ab.

Walesa betont in dem Brief, der vom 29. Dezember datiert ist, er werde den Inhalt des Schreibens bei Ausbleiben einer Antwort binnen einem Monat veröffentlicht. In einem Telefongespräch bestätigte der Führer von „Solidarität“ am Wochenende die Echtheit des Schreibens, das der Presse in Warschau zugegangen war.

„Herr General“, so leitet Walesa seinen Brief ein, „ich schreibe Ihnen aus Achtung vor der Uniform, die Sie tragen, und weil ich mich weigere zu glauben, daß Sie es sein könnten, der den Befehl zur Anwendung derart niedriger Methoden gegen meine Person gibt... Ich nehme an, daß Sie das Problem auf folgende Weise dargestellt haben: Versucht, Euch mit Walesa zu verständigen, und wenn nicht, dann schaltet ihn aus. Dies ist verständlich. Wir haben uns nicht verständigen können, denn die gestellten Bedingungen waren, vor allem aus moralischen Gründen, unannehmbar. Es blieb also nur die Ausschaltung.“

In seinem Brief zählte Walesa eine lange Liste juristischer Schikanen, Fälschungen und direkten und indirekten Drucks auf seine Verwandten auf. Für alle diese Anschuldigungen habe er Zeugen und Dokumente, die sich an einem sicheren Ort befinden. „Ich wende mich an Sie, weil die mit meiner Ausschaltung beauftragten Personen ungeduldig und immer gegläubter werden“, heißt es in dem Brief weiter.

Zum Abschluß seines Schreibens fordert Walesa Jaruzelski auf, dieser „unnützen Energieverschwendung“ ein Ende zu bereiten und den Dialog zum Wohl der gesamten polnischen Nation wieder aufzunehmen.

„Herr General, wie Sie zweifellos feststellen, habe ich mich bislang nur verteidigt. Ich habe so gehandelt, weil ich glaube, daß wir früher oder später in unserem eigenen Haus miteinander auskommen müssen. Ich bin kein Gegner, sondern nur ein anspruchsvoller Partner, dessen Ziel es ist, jene Irrtümer und Verzerrungen zu vermeiden, die uns nächsten Mal sehr teuer zu stehen kommen würden.“

Streit zwischen Zoll und Grenzschutz

BERND HUMMEL, Eschwege
Gegen eine Auflösung des etwa 2000 Beamte zählenden Grenzschutz-einzelinstanzes (GSE) zugunsten der Wahrnehmung grenzpolizeilicher Aufgaben durch den Zoll hat sich der Vorsitzende des Bundesgrenzschutzverbandes (BGV), Helmut Pfeiffer, ausgesprochen. Pfeiffer sagte, sein Verband sei nicht bereit, diesen Preis als Gegenleistung für die angestrebte Übernahme von jährlich 700 BGS-Beamten durch den Zoll zu zahlen (WELT v. 26. 1. 84).

Bereits im März 1983 hatte der Bund der deutschen Zollbeamten in einer Entschließung die Wahrnehmung grenzpolizeilicher Aufgaben an den Grenzübergängen durch die Zollverwaltung sowie die Übernahme der Beamten des Einzelinstanzes bei gleichzeitiger Auflösung der Grenzschutzämter gefordert. Demgegenüber erklärte der BGV-Bundesvorsitzende Helmut Pfeiffer, die grenzpolizeilichen Aufgaben gehörten in die Hand des Grenzschutzes. Langfristig trete der Verband für eine Personalverteilung von 2000 auf 4000 Einzelinstanzbeamte ein.

Allein in diesem Jahr benötige der GSE durch die Einrichtung acht neuer Grenzübergänge zusätzliches Personal in einer Größenordnung von 400 Mann. Aufklärungsquoten von annähernd 60 Prozent hätten den Einzelinstanz schon jetzt als ein hoch qualifiziertes und erfolgreiches Instrument ausgewiesen. Pfeiffer: „Der Zoll ist von der Ausstattung und Ausbildung nicht in der Lage, Aufgaben wie etwa die Bekämpfung der Banden- oder Rauschgiftkriminalität im erforderlichen Umfang zu erfüllen.“

Brandt sieht keine Gefährdung Berlins

DW, Berlin
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sieht auch nach der NATO-Nachrüstung keine „gesonderte Gefährdung“ Berlins durch etwaige östliche Gegenmaßnahmen. In einem Interview mit dem „Volksblatt Berlin“ sagte Brandt, Berlin könne sich so sicher fühlen, „wie wir alle es tun können unter den derzeitigen Bedingungen der Großwetterlage“. Grundvoraussetzung für diese Lage sei, „daß die geschlossenen Verträge gehalten und nicht an ihnen herumgeknüttelt wird“.

DIE WELT (Ausg. 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 98.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 520 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Brandt warnt die Genossen vor dem Wunsch nach Verstaatlichung

Arbeiter-Flügel will Schlüsselindustrien „vergesellschaften“ / Neue Parteizeitung?

PETER PHILIPPS, Karlsruhe
Der große Vorsitzende übte sich erst einmal in Lob und Milde, strich Aufgaben und Verdienste der Arbeitgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) vor den mehr als 300 Delegierten dieser SPD-Gruppe in Karlsruhe heraus und sagte, daß er „nicht dazu da“ sei, die Beschlüsse des Kongresses „zu zensieren“. Aber dann schlug Willy Brandt gestern morgen doch die Pflöcke ein: Gerade in Westeuropa habe es sich doch „herumgesprochen, daß eine zentral geleitete Planwirtschaft nicht funktionieren kann“. Eine „Verstaatlichung“ berabgewirtschafteter Unternehmen“ führe zu nichts.

Die Delegierten auf den Boden der Realität gestellt

Die mit Verständnis („Ich wundere mich nicht über solche Forderungen, wenn die Regierung die Arbeitnehmer ohne Perspektiven läßt“) abgemilderte Kritik Brandts richtete sich gegen zwei Beschlüsse, die von den Delegierten am Vortag mit übergroßer Mehrheit verabschiedet worden waren. In ihnen wird die SPD-Bundestagsfraktion zu parlamentarischen Initiativen aufgefordert, die zu einer „Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum“ und zur „Schaffung einer nationalen, paritätisch mitbestimmten Stahl AG“ führen. Vom Vorstand der Partei sei „ein geschlossenes Konzept zu erarbeiten, das die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und der Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung den Mitgliedern verständlich darstellt“.

Scheel: Von Weizsäcker ist ein Vorbild für guten politischen Stil

Regierender Bürgermeister wurde mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet

KING-HU KUO, Stuttgart
Der Regierende Bürgermeister von Berlin und designierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) ist mit dem diesjährigen Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet worden. In einer Feierstunde der überparteilichen „Stiftung Theodor-Heuss-Preis e. V.“ im Stuttgarter Neuen Schloß hob Alt-Bundespräsident Walter Scheel, der 1971 diesen Preis erhielt, die Verdienste des Preisträgers für einen fairen politischen Stil in der demokratischen Auseinandersetzung hervor.

Scheel, Ehrenvorsitzender der im Januar 1964, wenige Wochen nach dem Tode des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss gegründeten Stiftung, sagte in Anwesenheit des Bundespräsidenten Carstens, daß von Weizsäcker ein „Vorbild für guten politischen Stil“ sei.

Unter großem Beifall der mehr als 1000 Gäste zitierte Scheel eine „kleine Auswahl“ von Pressekommentaren über den voraussichtlich künftigen Bundespräsidenten von Weizsäcker: Er habe die „Fähigkeit, Spannungen abzubauen, Integrationskraft über Parteigrenzen hinaus“, er „trennt nicht, sondern führt zusammen“.

Scheel betonte, es sei deshalb wohl kein Zufall, daß bei Bekanntwerden der Kandidatur von Weizsäcker für das höchste Amt die SPD auf einen eigenen Kandidaten verzichtet habe. Er bescheinigte dem Preisträger, daß dieser ein „toleranter Liberaler“ sei, der wisse, „daß kein Mensch alleine im Besitz der Wahrheit ist, daß auch die Argumente der anderen zu beachten, vor allem jedoch der Mensch zu achten ist“.

Das Arbeitsförderungsgesetz war das legislative Lieblingskind von Katzer

Hans Katzer, einer der bekanntesten CDU-Sozialpolitiker, wird morgen 65 Jahre. Der gebürtige Kölner, im Geiste der christlichen Gewerkschaften aufgewachsen, war dem Kreis um Jakob Kaiser verbunden, dessen Tochter er heiratete. Weiter aus seiner politischen Vita: Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der Sozialausschüsse, Bundestagsabgeordneter seit 1967, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, heute Europa-Parlamentarier.

Als Nachfolger von Anton Storch und Theodor Blank wurde Katzer 1985 dritter Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, bis er 1989 seinen Stuhl für Walter Arendt (SPD) räumen mußte. Sozialpolitik verstand Katzer allezeit als unlöslich verbunden mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Man dürfe ihr, war sein Glaubenssatz, zwar nicht die Gleichrangigkeit verwehren, sie aber auch nicht ohne Rücksicht auf Geldwert, Investition und Wirtschaftswachstum betreiben. Besonders nicht vor Neuwahlen.

Wie recht er hatte, zeigte sich nach seinem Ausscheiden. Bei der Sozialreform von 1972 fügte Katzer dem

Kampfbereitschaft war es vor allem was diesen AFA-Bundeskongress am Wochenende prägte. Wohl selten hat man in der jüngsten Vergangenheit auf einer SPD-Veranstaltung so häufig die Worte „Machtprobleme in der Wirtschaft“, „Entsolidarisierung“ und „Kampfansage“ gehört. In dem dadurch noch verstärkten Wir-Gefühl der Genossen, in diesem zeitweiligen Überschwang konnte es dann schon passieren, daß die Bundestagsabgeordnete Anke Fuchs so mit dem Geld gedanklich von einem Topf zum anderen zauberte, daß sie die Rentenversicherung „in Gedanken schon saniert“ sah.

Brandt jedenfalls holte bei aller Begeisterung, die er wieder einmal unter den Delegierten weckte, manches auf dem Boden der Realität zurück: Die SPD bleibe zwar eine Arbeiterpartei, aber in ihr hätten auch intellektuelle traditionell ihren Platz. „Es war eben kein Zufall, daß der Handwerksmeister Bebel und der rechtskundige Doktor Lassalle vor 120 Jahren an der Spitze von je einem Zweig der jungen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung standen.“ Die Richtung der anstehenden Arbeit gab er mit dem Hinweis vor, daß „Sozialdemokraten und Gewerkschafter weiterhin nicht unerörtet lassen können, daß Millionen Arbeitnehmer sich tagtäglich in einer Umgehung bewegen müssen, in der Demokratie nicht stattfindet“. Erst wenn Demokratie auch bei „volkswirtschaftlichen Weichenstellungen und vor allem im Betrieb zur Anerkennung und praktizierten Tatsache geworden ist, wird der demokratische und soziale Rechtsstaat insoweit beendet sein“.

Scheel: Von Weizsäcker ist ein Vorbild für guten politischen Stil

Regierender Bürgermeister wurde mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet

Deshalb, so erklärte Scheel schmunzelnd, seien er und andere FDP-Politiker Anfang der 50er Jahre „etwas enttäuscht“ gewesen, daß von Weizsäcker nicht in die FDP gegangen sei. „Wir hätten Sie sehr gerne gehabt.“ 1951 trat von Weizsäcker in die CDU ein.

Der ehemalige Bundespräsident erklärte weiter, die Machtbefugnisse



Richard von Weizsäcker

des höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik seien „durch die Verfassung begrenzt“. Jedoch sei dies „eher ein Vorteil für die Möglichkeit, Einfluß auf die Politik zu nehmen“.

Das Amt des Bundespräsidenten, so Scheel weiter, sei ein „politisches Amt, wenn er durch seinen Stil zu-

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hatte in diesem Zusammenhang bereits am Freitag vor den AFA-Delegierten von der „Machtfrage“ gesprochen. Der Sozialstaat stehe gegenwärtig am „Scheitelpunkt“. Wenn jetzt der „falsche Weg“ gewählt werde, werde „der einzelne wieder auf sich zurückgeworfen“. Dann entziehe sich viele der Mächtigen der Kontrolle und nicht wenige der sozialistischen Solidarität. „Das, was die Bundesregierung schon an Sparmaßnahmen beschlossen habe, sei „der härteste Schlag, der dem System der sozialen Ausgleichs“ seit Gründung der Bundesrepublik von einer Bundesregierung zugefügt worden“ sei.

Wichtige Ankündigung in einem Nebensatz versteckt

Und wer in Karlsruhe gegen Privatisierungspläne in einzelnen, auch sozialen Bereichen wehrte, der hatte seinen Beifall sicher.

In einem Nebensatz versteckte Vogel in Karlsruhe eine gewichtige Ankündigung: Wenn die SPD etwas dem CSU-Organ „Bayernkurier“ Vergleichbares hätte, würde ihr dies auf dem Weg zu einer Wiedergewinnung der Regierungsmehrheit in Bonn entscheidend helfen. Er, Vogel, werde jedenfalls seine „Kraft investieren, damit wir jeden Samstag mit einer Wochenzeitung herauskommen“. Gemeint sein konnte nur eine neue Form des „Vorwärts“. Vogel: Für drei Mark im Monat von jedem Mitglied „wäre schon etwas anständiges zu machen“.

Cheysson – ein „harter Brocken“ für Ost-Berlin

Französischer Außenminister betont enges Band zu Bonn

H. R. KARUTZ, Berlin
Mit seiner demonstrativen Betonung der engen Freundschaft zwischen Paris und Bonn setzte der französische Außenminister Claude Cheysson einen wichtigen Akzent seines Besuchs in Ost-Berlin. Gegenüber seinen Gastgebern nahm er kein Blatt vor den Mund und erwies sich nach Einschätzung von Sachkennern in Ost-Berlin als „harter Brocken“.

Gegenüber französischen Journalisten hatte Cheysson bei einem Gespräch in der Residenz des Botschafters betont, die Beziehungen Frankreichs zu Bonn und der „DDR“ seien „unvergleichbar“. Es sei günstig gewesen, daß er gerade durch sein Gespräch mit Genscher vor seinem Start nach Ost-Berlin erkennbar gemacht habe, wie Bonn und Paris „Hand in Hand“ arbeiteten.

Demnach sei es angesichts der Weltlage wichtig, „sozial Beziehungen wie möglich zu knüpfen“. Dies gelte auch für Ost-Berlin. Zur Raketenfrage merkte Cheysson an, es sei ein „großer Irrtum“ des Ostens gewesen, „damit zu rechnen, durch Druck auf die öffentliche Meinung“ in der Bundesrepublik die Raketenstationierung verhindern zu können.

In seiner Rede im neuen Kulturzentrum erinnerte Cheysson an die historischen Beziehungen zwischen Berlin, Potsdam und Paris. Er verwies auf die Hugenotten, die nach der Aufhebung des Edikts von Nantes vielfach in Preußen Zuflucht gefunden hätten. Nahezu denselben Gedanken hatte der sozialistische Minister gut ein Jahr zuvor auch bei seiner Eintra-

kung ins Goldene Buch Berlins im Westteil der Stadt geäußert.

Weder darüber noch von Cheysson Hinweis auf die „grundsätzliche Verpflichtung“ von Helsinki, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Information und Kultur zu fördern, fand sich später etwas in der Ostberliner Presse. Auch folgender Satz blieb unerwähnt: „Wir werden uns an der Aufgabe beteiligen, die Menschen einander näherzubringen, besonders die Menschen aus dem Osten und dem Westen Europas, die eine Zeitlang durch Regimes, Ideologien und Bündnisse getrennt werden können, die aber oft in den grundlegenden Werten einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation vereint sind.“

Bei seinem Rundgang durch das „Centre Culturel“ blätterte der Gast in den ausgehängten Zeitungen, die Ostberliner Leser von heute an studieren können. „Was für ein Programm“, meinte Cheysson ironisch, als er die kommunistische „Humanität“ bemerkte.

In der Pressekonferenz zum Finale brillierte der Minister mit Schlagfertigkeit und gallischer Eloquenz. „Ich wundere mich über Ihre Frage“, „Wo gibt es einen höheren Profit?“ oder „Das können Sie in jedem Buch nachlesen“, belehrte er einheimische Kollegen, die nach Frankreichs Export-Interesse an der „DDR“ oder den US-Zinsen fragten. Seine Bemerkung über das „gefährliche Ungleichgewicht“, das die sowjetischen SS 20 weltweit geschaffen hätten, blieb in der Ostberliner Berichterstattung am Wochenende ebenfalls ausgespart.

Minister Haak sorgt für neue Irritationen

CDU in NRW fordert eindeutige Antwort zum Fall Flick

WILHELM HERLYN, Düsseldorf
Zu erheblichen Irritationen haben Äußerungen des nordrhein-westfälischen Justizministers Dieter Haak und der Bonner Staatsanwaltschaft zu den beiden voneinander getrennten Verfahren Parteispendingaffäre und Ermittlungen in Sachen Flick geführt. Die CDU verlangt jetzt eine Sondersitzung des Justizausschusses im Landtag. Die Politiker wollen am Mittwoch eine eindeutige Antwort Haaks erhalten, ob er vorsätzlich oder fahrlässig Informationen an die Öffentlichkeit gegeben habe.

Der Minister hatte vor dem nicht öffentlichen Anschluß am 18. Januar erklärt: „Die Staatsanwaltschaft Bonn prüft nunmehr in einem Ermittlungsverfahren die Frage, ob durch die Erlangung bzw. die steuerwirksame Ausnutzung der Firma Flick erteilten Bescheinigungen strafrechtliche Tatbestände verwirklicht worden sind.“ Weiter sagte Haak: „Sie wird bei ihrer Prüfung auch die Frage nachgehen, ob sich Auswirkungen auf das bereits bei dem Landgericht Bonn anhängige Strafverfahren gegen Dr. Friedrichs u. a. wegen Bestechlichkeit bzw. Bestechung ergeben. Es kommt in Betracht, daß aufgrund der Feststellungen des Bundeswirtschaftsministeriums die Vorwürfe in der bereits erhobenen Anklage in einem neuen Licht zu sehen und daß strafprozessuale Folgerungen zu ziehen sind.“

Demgegenüber steht nun die Mitteilung der Landtagspressestelle „Information aus dem Landtag Nr. 4/84“, in der unzulässig verkündet der Inhalt der Haakschen Äußerungen wiedergegeben wird. Unter der Schlagzeile „Flick-Affäre: Staatsanwaltschaft prüft Erweiterung der Anklage um den Vorwurf der Steuerhinterziehung“ wird der Eindruck erweckt, „daß das Verfahren gegen Dr. Friedrichs und andere wegen Bestechlich-

keit möglicherweise um weitere Straftatbestände erweitert wird“. Diese Formulierung legte in der Öffentlichkeit den Schluß nahe, daß die Staatsanwaltschaft Bonn weiteren Beschuldigungen gegen Bundeswirtschaftsminister Lambertschiff und auch dem früheren NRW-Wirtschaftsminister Riemer nachgehe. Dagegen nun erklärte der Pressesprekassant in Bonn, Wilhelm, zunächst, es gebe kein weiteres Ermittlungsverfahren auf Rückfrage. Dann allerdings meinte er nur einen Tag später, er sei nicht korrekt informiert gewesen, es gebe „seit kurzem“ doch ein erweitertes Ermittlungsverfahren in Sachen Parteispending, nicht aber beim Verfahren gegen Friedrichs u. a., in dem auch Amtsträger involviert sind. Wenig hilfreich in der Konfusion erscheint in diesem Zusammenhang die Äußerung des zuständigen Leitenden Ministerialrates Erhard Starke im Düsseldorf-Justizministerium, der zwar sagte, es gebe keine Weisung seiner Behörde nach Bonn; aber „bei den beiden Verfahren, da gibt es vielleicht auch was anderes dazwischen“.

In diesem Zusammenhang äußerte auch der Rechtsanwalt von Lambertschiff, Egon Müller, sein Befremden, warum Haak interne Überlegungen der Bonner Staatsanwaltschaft dem Ausschuss mitteile und der Öffentlichkeit zugänglich mache. Müller schrieb in einem Brief an Ministerpräsident Johannes Rau: „Es ist unverständlich, daß einem beschuldigten Bürger interne Überlegungen einer Staatsanwaltschaft über die Presse zur Kenntnis gebracht werden und verstößt gegen fundamentale Rechtsgrundsätze“, wenn ein Justizminister, der gegenüber der Staatsanwaltschaft Weisungsrecht habe, dadurch Einfluß nehme, daß er bereits mögliche Ergebnisse in die Öffentlichkeit streue.

FDP attraktiv für Beamte und leitende Angestellte

Ergebnisse einer Umfrage und Wähler-Analyse

STEFAN HEYDECK, Heilbronn
Bei den Freien Demokraten nimmt seit dem Bonner Koalitionswechsel der Anteil an leitenden Angestellten, Beamten und mittelständischen Selbständigen zu. Das geht aus einer Umfrage bei den FDP-Kreisvorsitzenden und einer Wähler- und Zielgruppenanalyse hervor, die dem Bundesvorstand während der Heilbronner Klausurtagung vorgelegt wird. Danach hat die FDP gegenwärtig knapp 70 000 Mitglieder, mehr als Anfang der siebziger Jahre.

Zwischen August 1982 und September letzten Jahres hat sie 13,2 Prozent ihrer Mitglieder verloren. 9,2 Prozent davon begründeten ihren Austritt mit der Wende; 2,5 Prozent traten ihrerseits in die Partei ein. Die höchsten Verluste gab es im Norden: In Hamburg 23,4, Berlin 20,5, Schleswig-Holstein 19,3 und Bremen 18,7 Prozent.

Bei den leitenden Angestellten und Beamten waren dagegen bundesweit 16,1 Prozent Eintritte und 14 Prozent Austritte zu verzeichnen. Noch deutlicher sind im Gegensatz zur Gesamtentwicklung der FDP die Verschiebungen bei den mittleren Selbständigen. 15,9 Prozent Eintritten standen

nur 8,1 Prozent Austritte gegenüber. In der Erhebung bei den 435 Kreisvorsitzenden meinte fast jeder Dritte, die Partei entwickle sich nach rechts. 23,3 Prozent bewerteten die Auswirkungen des Koalitionswechsels als günstig, 37,9 Prozent dagegen als eher ungünstig.

Die Untersuchungen zeigen, daß sich die FDP zur Zeit besonders auf die Gruppe der 29- bis 45jährigen stützen kann. Der Anteil der unter 35 Jahre alten Mitglieder liegt bei 23,3 Prozent und ist nur geringfügig gesunken. Mit 23,4 Prozent ist fast jedes vierte Mitglied eine Frau. Als inaktiv werden nur etwa die Hälfte der Mitglieder eingestuft, das ist weniger als bei anderen Parteien.

Die Freien Demokraten sehen ihr Wählerpotential bei den 30 Prozent nicht parteugebundenen Wahlberechtigten, die nicht durch industriell-gewerkschaftliche oder kirchlich-ländliche Umgebung geprägt sind, besonders häufig Angestellten, Beamten und Selbständigen. Bei den Eliten ist das Wählerpotential ebenfalls überdurchschnittlich. Es liegt gegenwärtig bei zehn Prozent aller Wahlberechtigten. Ein Drittel davon ist bereit, die FDP sofort zu wählen.

Peking warnt vor ideologischen Verirrungen

DW, Bonn

Drei Monate nach der Selbstkritik des Vorsitzenden des Verbandes chinesischer Schriftsteller und Künstler, Zhou Yang, hat die chinesische Volkszeitung am Wochenende in autoritärer Weise vor unorthodoxen Gedanken gewarnt. In einem 39 000 Schriftzeichen umfassenden, grundsätzlichen Beitrag für das Parteiorgan verurteilte der 73jährige Parteitheoretiker Hu Qiaomu diejenigen Kommunisten, die die Philosophie von Marx und Lenin in Frage stellten und eine weitergehende Kritik Maos verlangten.

Hu, der in seinem Artikel den Führungsanspruch der Partei hervorhob, warnte davor, die sozialistische Ordnung durch ideologische Verirrung in Zweifel zu ziehen. Derartige Abweichungen, wie sie auch in der Theorie des Humanismus und der Entfremdung zum Ausdruck kämen, müssen bekämpft werden.

Der langjährige theoretische Beitrag wird von Beobachtern als „Schlußpunkt“ der in den vergangenen Wochen sich abspielenden Kampagne gegen die „geistige Verschmutzung“ verstanden, mit der die chinesische Führung begonnen hatte, dem ideologischen Bereich wieder strengere Zügel anzulegen und die kritische Diskussion über die Bewertung Maos zu beenden.

Rückkehrhilfe schon vor der Ausreise?

GISELA REINERS, Bonn

Im Bundesarbeitsministerium wird zur Zeit geprüft, ob rückkehrwilligen ausländischen Arbeitnehmern, die Anspruch auf „Rückkehrhilfe“ haben, das Geld schon in der Bundesrepublik ausgezahlt werden kann. Nach dem Gesetz erhalten sie es erst nach Grenzübertritt, um sicherzustellen, daß sie nicht illegal in der Bundesrepublik bleiben.

Anspruch auf Rückkehrhilfe haben ausländische Arbeitnehmer, die nach dem 30. Oktober durch Betriebsstilllegung oder Konkurs ihren Arbeitsplatz verloren oder mindestens ein halbes Jahr vor der Antragstellung kurzgearbeitet haben. Sie bekommen 10 500 Mark zuzüglich 1500 Mark für jedes Kind; außerdem werden die Beiträge zur Rentenversicherung erstattet. Die Bundesregierung hatte damit gerechnet, daß rund 20 000 Arbeitnehmer die Voraussetzung erfüllen würden. Möglicherweise wird die Zahl bis zum 30. Juni, an dem spätestens der Antrag gestellt sein muß, nicht erreicht werden. Zwar könnte die Frist verlängert werden, doch will man zunächst versuchen, den Wünschen der Rückkehrwilligen entgegenzukommen, indem 50 Prozent des Geldes schon in der Bundesrepublik ausgezahlt wird.

Im Arbeitsministerium wird daran gedacht, diese Hälfte zu etwa 14 Prozent vorzufinanzieren. Nach dem Grenzübertritt, wenn die zweite Hälfte der Rückkehrhilfe fällig wird, sollen sieben Prozent der Zinsen erstattet werden. Von diesem Verfahren erhofft man sich eine größere Rückkehrbereitschaft vor allem der türkischen Arbeitnehmer. Diese würden für den Betrag, der nicht selten seit Rentenerstattung und betrieblicher Abfindung 30 000 bis 60 000 Mark ausmacht, gern schon in Deutschland Maschinen oder Ausrüstungen für einen Werkstatt oder einen kleinen Betrieb kaufen. Viele Türken fürchten zudem, daß das Familienoberhaupt in der Türkei über die Verwendung des Betrages mitbestimmen könnte. Viele fürchten auch die Wucherzinsen, die türkische Landbesitzer für die Vorfinanzierung der Rückkehrhilfe berechnen – bis zu 30 Prozent.

Polizeichef kontra Gericht

Wenige Tage nach der Kritik des Berliner Verwaltungsgerichts am Vorgehen der Polizei nach einer Häuserkürung im September 1981 haben jetzt zwei Richter am zuständigen Amtsgericht Bußgeldbescheide gegen Teilnehmer einer US-Kasernen-Blockade in Berlin auf. Es habe sich nicht um eine „ungesetzmäßige Annahmung“, sondern um eine rechtmäßige „Versammlung“ gehandelt, urteilten sie. Nach der Aktion im Oktober 1983, bei der amerikanische Einrichtungen durch Sitzdemonstrationen blockiert worden waren, hatte die Polizei etwa 300 Demonstranten festgenommen.

Gegen das Verwaltungsgerichtsurteil kündigte Polizeipräsident Klaus Hübner (SPD) inzwischen Berufung an. Gegen seine Erklärung, die Richter hätten sich mit ihrer Entscheidung „übernommen“, wandte sich inzwischen Justizsenator Hermann Orlitz (FDP). Bei öffentlicher Urteilschelte sollte eine Behörde mit der „gebotenen Zurückhaltung und Sachlichkeit reagieren, damit die Achtung der Allgemeinheit vor der Dritten Gewalt keinen Schaden leidet“. Hübners Äußerung sei „überzeugend“.

Am Donnerstag tritt das Abgeordnetenhaus zu einer Sondersitzung zusammen, um über einen Abwahlantrag der AL gegen Innensenator Heinrich Lammert (CDU) zu entscheiden. Die SPD unterstützt den Vorstoß. Wie immer ist die Koalition auf die Stimmen von sechs FDP-Abgeordneten angewiesen.

Cunhal stellte Soares' Sozialisten eine Falle

Das Abtreibungsgesetz gefährdet Portugals Koalition

ROLF GÖRTZ, Madrid
Nach einer aufreibenden Nachtstimmung hatte sich das portugiesische Parlament am Freitag für die Straffreiheit der Abtreibung in bestimmten Fällen entschieden: bei Vergewaltigung, lebensgefährdender Krankheit der Mutter und erkennbaren Mißbildungen des Kindes. 130 Abgeordnete der Sozialisten und Kommunisten stimmten dafür, 102 Abgeordnete der Sozialdemokratischen und Christdemokratischen Partei dagegen, einer Enthaltung schied sich die Stimme.

Das neue Gesetz, das nach einer zweiten Lesung bedarf, bedeutet Sprengstoff für die Regierungskoalition der Sozialisten und Sozialdemokraten, die sich bei dieser Abstimmung zum ersten Mal trennte. Und erstmals auch stimmten Sozialisten zusammen mit den Kommunisten.

In den Wandelgängen der verlorenen Schritte des Parlamentsgebäudes in Lissabon hält man es nun für möglich, daß der sozialdemokratische Koalitionspartner des sozialistischen Ministerpräsidenten Mario Soares, Vizepremier und Verteidigungsminister Mota Pinto, zurücktritt. Er stimmte mit seiner Fraktion gegen das Gesetz. Auch wenn ein anderes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seine Funktionen übernehme, die Koalition bleibt schwer angeschlagen. Denn das Vertrauen der Sozialdemokraten in die Sozialistische Partei hat einen nur schwer zu reparierenden Schaden genommen. Allein hierauf hatten es die Kommunisten bei der langen Vorbereitung ihres Abtreibungsmanövers abgesehen.

Die KP Alvaro Cunhals hatte in einem Gesetzesvorschlag die völlige Abtreibungsfreiheit gefordert, wissend, daß die Koalition in dieser Frage gespalten ist. Zusammen mit ihren sozialdemokratischen Koalitionspartnern lehnten die Sozialisten erwartungsgemäß den kommunistischen Vorschlag ab und brachten ein eigenes Gesetz ein. Bei der Vorbereitung dieses Gesetzes jedoch begannen die Sozialisten den großen Fehler, nicht rechtzeitig den Koalitionspartner zu unterrichten, der in dieser Frage konservativ eingestellt ist. Angesichts einer - ebenfalls zu erwartenden - Kampagne der Kirche gegen das "Mord-Gesetz" mußte plötzlich der ideologische Gegensatz



Alleingang in den politischen Hinterhof: Premier Mario Soares

FOTO: CAMERA PRESS

änderungen nach Portugal begaben. Weil sich die Sozialisten aus Furcht vor Streikwellen der kommunistisch gesteuerten Gewerkschaften nicht trauen, hier Abhilfe zu schaffen, konnten sich auch die Sozialdemokraten mit der von ihnen geplanten Normalisierung der Gesetze bisher nicht durchsetzen. Schon hat die Firma Ford ein 250-Millionen-Dollar-Projekt zurückgezogen, dessen erste Unterschritten bereits eingeleitet waren. Ford hatte auf eine Änderung der Gesetze gesetzt. Jetzt entschlossen sich auch die französischen Renault-Werke, ihre Produktion in Portugal nicht auszudehnen. (SAD)

El Salvador ist vom Wahlfieber gepackt

Duarte und d'Aubuisson ringen um jede Stimme / Verstärkte Mord- und Kampfaktionen der marxistischen Rebellen

WERNER THOMAS, San Salvador
Der Rundfunksender unterbricht seine Popmusik und eine sonore Männerstimme meldet sich mit einer "wichtigen Mitteilung". Das Volk solle dem christdemokratischen Kandidaten José Napoleón Duarte sein Vertrauen schenken, "er hat es verdient". Dann folgt der Slogan der Partei: "Wenn wir zusammenstehen, gibt es eine Lösung für El Salvador."

Die nächste Programmpause ist dem Duarte-Rivalen gewidmet. Die Nation brauche Roberto d'Aubuisson, betont der Sprecher. "Keine faulen Kompromisse und Konzessionen", warnt er, "keine Kapitulation." Schließlich: "Wir werden gewinnen."

So geht es von morgens bis abends, einmal Duarte, einmal d'Aubuisson. In dem mittelamerikanischen Krisenstaat tobt neben dem Guerrilla-Krieg noch ein zweiter Kampf: Der Kampf um die Stimmen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 25. März. Viele Beobachter sind überrascht, daß sich in einem mit so vielen Problemen geplagten Land noch eine Art Wahlkampfieber entwickeln konnte. Plakate, Sprüche, Kundgebungen - der bevorstehende Umzug beherrscht die Gespräche und die Schlagzeilen der Presse.

Das mag an den beiden Favoriten liegen, die lediglich eine charismatische und temperamentvolle Persön-

lichkeit verbindet. Politisch sind sie weit voneinander entfernt.

"Napo" Duarte (57), ein gelernter Bauingenieur, der von 1980 bis 1982 bereits Präsident einer aus Militärs und Zivilisten gebildeten Junta war, möchte nun endlich seine Vorstellungen langfristig durchsetzen. Er ist im Wahlkampf etwas nach links gerückt, besonders was die Gesprächsbereitschaft mit den Rebellen der marxistischen "Befreiungsfront Farabundo Martí" (FMLN) betrifft. FMLN-Mitglieder, die ihre Waffen niederlegen wollen, sollen in den politischen Prozess integriert werden. "Das Blutvergießen muß enden", fordert Duarte, und heftiger Applaus brandet auf. Der vierjährige Krieg hat bereits 40 000 Todesopfer gefordert.

Der Christdemokrat verspricht ein energisches Vorgehen gegen die Todeschwadronen. Ein Präsident Duarte wird die Finanzpolizei auflösen, das die Menschenrechtsorganisationen viele Übergriffe zur Last legen. Außerdem: noch mehr soziale Reformen, ein noch größeres Engagement für die Armen.

Dem alten Haudegen Duarte, einem so ehrgeizigen wie kontroversen Politiker, der selbst innerhalb seiner eigenen Partei umstritten ist, steht der jugendliche d'Aubuisson gegenüber, erst 40 Jahre alt. Der frühere Geheimdienstmajor, von den Kontrahenten in die rechte Ecke gestellt,

rückte im Wahlkampf zur Mitte. Er verteidigt die Landreform und verspricht den Landarbeitern Hilfe. Er betont: "Wir sind keine blutigen Barbaren, wie das unsere Gegner behaupten." Diese sagen, er habe Kontakte zu den Mordschwadronen unterhalten. D'Aubuisson, von mindestens acht Leibwächern bewacht, will jedoch auch den Geschäftsleuten durch neue Investitionen unter die Arme greifen. Lebhaften Beifall erhält der Wahlkämpfer mit dem Versprechen, er werde nach seinem Sieg "die Linke deportieren". Bei einer seiner letzten Kundgebungen forderte ein Anhänger: "Auch die Fische." D'Aubuisson schlagfertig: "Mit dem Stimmzettel." Der Fisch ist das Parteiemblem der Christdemokraten.

Der Führer der "Alianza Republicana" (Arena), dem die Reagan-Regierung im November 1983 ein Besuchervisum für die USA verweigert hat, versucht schließlich aus dem latenten Antiamerikanismus Kapital zu schlagen. Er hält patriotische Reden: "Wir verzichten auf Hilfe, wenn diese an Bedingungen geknüpft wird." Morgen wird US-Außenminister Shultz im Rahmen seiner einwöchigen Latein- und Mittelamerikareise in San Salvador erwartet. Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung Ende März 1983 hatten den Christdemokraten 40 Prozent der Stimmen gebracht, der Arena 29 Pro-

zent und der Konservativen Nationalen Versöhnungspartei (PCD) 19 Prozent. Die PCD zieht heute mit einem potenten Präsidentschaftskandidaten ins Rennen, Francisco José Guerrero (58).

Guerrero, bisher der engste Mitarbeiter und einflussreichste Berater des provisorischen Präsidenten Alvaro Magana, ist unter den restlichen vier Bewerbern der Spitzenreiter. Er steht politisch in der Mitte zwischen Duarte und d'Aubuisson und gilt als geschickter Taktiker. Es gehört zu den offenen Geheimnissen der salvadorianischen Hauptstadt, daß die US-Botschaft gern diesen Mann als nächsten Präsidenten sehen würde. Guerrero kann zumindest die Rolle des Königs machen spielen. Da die Verfassung eine absolute Mehrheit erfordert, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Stichwahl kommen. Guerrero, vermutlich der dritte in der ersten Runde, dürfte dann beim zweiten Umzug ein entscheidendes Wort mitreden.

Die Wahlen, nach Einschätzung des amerikanischen Botschafters Pickering ein "Schlüsselereignis", können blutig werden. Das Blutvergießen begann am Freitag: Ricardo Pohl (35), ein Abgeordneter der Arena-Partei, starb in der Hauptstadt unter den Kugeln marxistischer Attentäter. Die Mörder: "Eine erste Antwort auf die Wahlfarce." (SAD)

Havana schlägt jetzt vorsichtigere Töne an

Kubas stellvertretender Außenminister: Auf eine US-Intervention würden wir militärisch nicht reagieren

MANFRED NEUBER, Bonn
Kuba bestreitet jede Absicht, in Mittelamerika militärisch einzugreifen. Das Revolutionsregime in Nicaragua wird jedoch weiter unterstützt. Dabei hütet sich Havana vor einer direkten Konfrontation mit den USA. "In einem Guerillakrieg sind fremde Truppen nutzlos", erklärte der stellvertretende Außenminister Kubas, Ricardo Alarcón, zum Thema El Salvador. Deshalb rechnet er nicht mit einem Hilferuf der Rebellen.

Nach Einschätzung Alarcóns benötigen die Rebellen in El Salvador keine zusätzlichen Kämpfer, weil sie "große Gebiete kontrollieren und von der Bevölkerung unterstützt werden". Sollten die USA "den Fehler begehen, eigene Truppen einzusetzen", würde Kuba "nicht militärisch, sondern politisch reagieren".

Die in El Salvador geplanten Wahlen seien "keine Lösung". Kubas Vize-Außenminister sagte: "Selbst wenn es ehrlich zuginge, könnten nicht alle entscheiden. Wer will denn feststellen, wie viele Stimmen in den befreiten Gebieten und in den Flüchtlingslagern auf Duarte entfielen?"

In einem Gespräch mit dem Informationsdienst "Latin America" behauptet der kubanische Funktionär: "Die Revolutionäre in El Salvador werden von Tag zu Tag politisch und militärisch stärker, während die Moral der Armee sinkt. Das erhöht das Risiko eines direkten Eingreifens der USA. Eine militärische Intervention hätte einen hohen Preis, da die Revolution in Mittelamerika gefestigt ist." "Alle Logik spricht für politische Verhandlungen", meinte Alarcón,

aber der Kissinger-Bericht weist in die andere Richtung. "In El Salvador habe Washington drei Optionen: Verhandlungen, Intervention oder Zaudern, bis die salvadorianische Armee zusammenbricht. Die Ratschläge der Kissinger-Kommission helfen auch der Vermittlung durch die Contadora-Gruppe zuwider."

In Nicaragua hätten die "Konterrevolutionäre" nicht geschafft, militärisch wichtige Positionen einzunehmen und im Lande festen Fuß zu fassen. Die Sandinisten könnten auch eine Konfrontation mit den USA durchstehen, "aber wir müssen einsehen, daß wir Nicaragua nicht zu Hilfe kommen können. Es ist keineswegs eine Schlappe für die internationalistische Verpflichtung, wenn man nicht allen unterdrückten Völkern beistehen kann."

Honduras sei zu einem US-Stützpunkt verwandelt worden, behauptete der stellvertretende Außenminister Kubas, aber die Honduraner ließen sich nicht in einen Krieg gegen Nicaragua treiben. Eine Blockade Nicaraguas durch die USA sei wegen der engen Verflechtungen der Republiken in Mittelamerika nicht möglich.

Wenn die Vereinigten Staaten die Revolution in Nicaragua besiegen und das Land besetzen würden, hätte Kuba "einen Freund in Mittelamerika verloren", aber es würde "eines unserer großen Ziele erreichen: Lateinamerika zu vereinen und das Ansehen der USA unwiderruflich herabsetzen". Alarcón gab in dem Gespräch zu, daß die kürzlich aus Nicaragua heimgekehrten Kubaner im Februar ersetzt werden.

Pretoria stellt erbeutete SAM-9 in Kapstadt vor

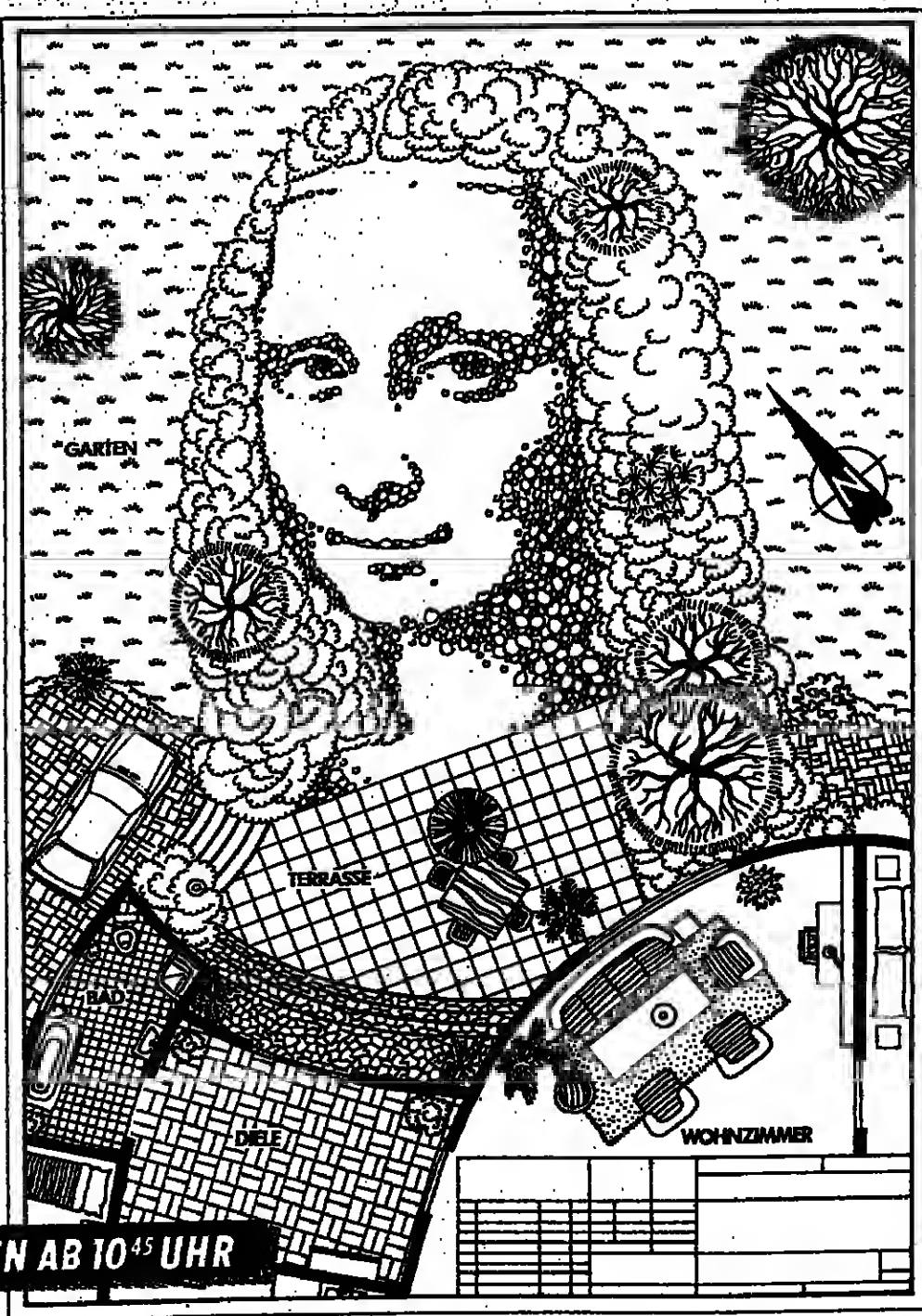
MONIKA GERMANI, Johannesburg

Ein sowjetisches Flugabwehr-System vom Typ SAM-9, bestückt mit vier und fünf Raketen, ist während des letzten Präventivschlages in Cuvélai (Südafrika) in die Hände der südafrikanischen Armee gefallen. Es wurde am Wochenende zum ersten Mal der internationalen Presse in Kapstadt vorgeführt. Das Fahrzeug war offensichtlich in aller Eile verlassen worden, der Motor lief noch, als die südafrikanischen Soldaten eintrafen. Nach den Erklärungen von Oberst Kriel von der südafrikanischen Armee handelt es sich um eines der wichtigsten Beutestücke mit weitreichender Bedeutung sowohl für die südafrikanischen als auch westlichen Abwehrsysteme. Bisher waren SAM-9-Raketenbatterien außerhalb der Ostblock-Staaten nur in Afghanistan eingesetzt worden.

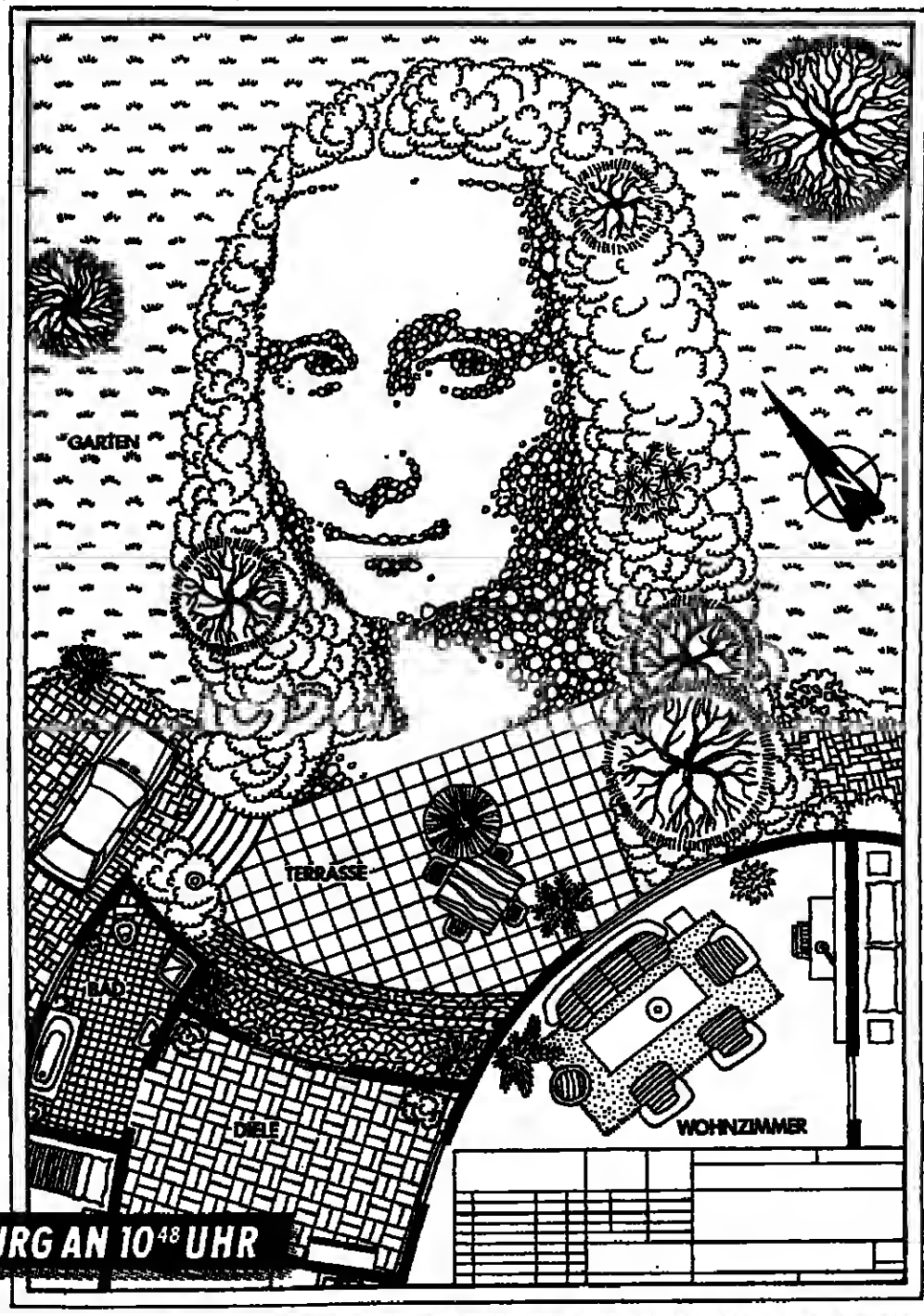
Der außenpolitische Sprecher der CSU, Hans Graf Huyn, der in diesen Tagen Südafrika besuchte, erklärte gegenüber der WELT, es sei bedauerlich, daß kein deutscher Militärattache bei der Auswertung der südafrikanischen Aktion gegen die prokommunistische Swapo in Angola präsent sei. Denn gerade für die Bundesrepublik seien die erbeuteten SAM-9 von besonderem Interesse.

Die innenpolitischen Reformschritte des südafrikanischen Premierministers Botha werden von Huyn begrüßt. Das Bild Südafrikas wurde in der Bundesrepublik in weiten Kreisen falsch dargestellt. Es sei für ihn beeindruckend, so Huyn, wie viele schwarze afrikanische Staaten Kontakte mit Südafrika haben, einschließlich der Regierungen in Maputo und Luanda. Dessen politische Systeme hätten inzwischen völlig abgewirtschaftet. Dadurch seien sowohl Moçambique als auch Angola unter inneren Druck geraten, ihre verfehlerte, sowjethörige Politik aufzugeben. Denn die Stämme und Völker dieser Länder unterstützen mittlerweile überwiegend die Befreiungsbewegungen Renamo und Unita.

Die Ergebnisse der Gespräche zwischen US-Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten Chester Crocker und Mitgliedern der südafrikanischen Regierung unterliegen strikter Geheimhaltung. Erörtert wurden offensichtlich die Verhandlungen Pretorias mit Angola auf den Kapverdischen Inseln, die Namibia-Frage und die Verbesserung der Beziehungen zu Moçambique.



MÜNCHEN AB 10⁴⁵ UHR



FLensburg AN 10⁴⁸ UHR



... automatisch senden ...

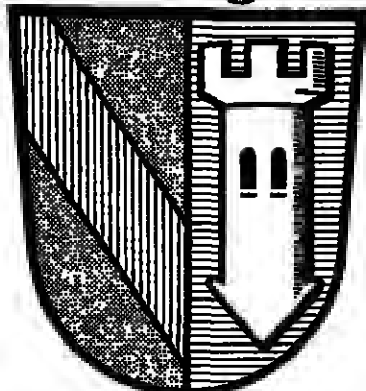
Da leicht die Skizze, 3 Minuten sind Spitze, Per Telefon und Fernkopierer - der Telefaxdienst macht's möglich. Ob Sie Zeichnungen oder andere Vorlagen (Originals bis zum Format A4) auf die Reise schicken - sie sind schwarz auf weiß ... minutenschnell beim Empfänger. Und das sowohl das Telefon reicht. Denn die Fernkopierer werden einfach zusätzlich zum Telefon an das Telefonnetz angeschlossen. Alle Fernkopierer im Telefaxdienst arbeiten teilungslos zusammen. Fernkopierer können Sie direkt von der Post mieten oder privat beschaffen. Die Geräte der Gruppe 2 übermitteln in 3 Minuten, wie z.B. der automatische Fernkopierer der Post, AF 21 - der setzt Sie auch



... automatisch empfangen ...

dann noch ins Bild, wenn Ihr Büro bereits geschlossen ist. In Automatikstellung ist er jederzeit empfangsbereit. Und er kann selbstständig nacheinander bis zu 30 verschiedene Vorlagen versenden, wenn Sie einen Partner angewählt haben. Nur etwa eine Minute dauert die Übertragung mit den schnelleren Fernkopierern der Gruppe 3. Und wie hoch die Wiedergabequalität ist, beweist der obige Vergleich von Original und Kopie. Über den Telefaxdienst der Post können Sie Fernkopierer auch an Partner übermitteln, die noch keinen Telefaxanschluß haben. Lassen Sie sich ausführlich und unverbindlich bei Ihrem Fernmeldeamt beraten! Partner für Telekommunikation. **Post**

Ettlingen



Das Denken in Neidkategorien ist überwunden. Der dies sagt ist Erwin Vetter, seit zehn Jahren Oberbürgermeister der 37 000 Einwohner zählenden nordbadischen Stadt Ettlingen. Und man ist geneigt, ihm diese Aussage abzunehmen. Seine Feststellung bezieht sich auf das gewachsene natürliche Spannungsverhältnis zu der nur wenige Kilometer entfernten Großstadt Karlsruhe.

Es gibt genügend Beispiele, in denen im Einzugsbereich großer Städte gelegene kleinere Gemeinden geradezu unaufhaltsam aufgesogen wurden. Nicht so im Falle Ettlingen-Karlsruhe. Dabei war die Entwicklung durchaus nicht frei von Problemen und Reibereien. Sie resultierten daraus, daß mit der erst im 18. Jahrhundert gegründeten Stadt Karlsruhe sich gleichsam ein neues kommunales Gebilde mitten unter alte Residenzstädte setzte. Diese mußten durch den Aufstieg jener neuen hadischen Metropole beinahe zwangsläufig an Bedeutung verlieren, was sich durch die Konzentration vieler Wirtschaftsbeziehungen in jener Großstadt im 19. und 20. Jahrhundert weiter verstärkte. Die Umgebung Karlsruhes „blühte“ im Laufe dieses Prozesses wirtschaftlich und städtebaulich regelrecht aus. Man ging in Karlsruhe zur Arbeit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte dann eine Gegenentwicklung ein. Der Stadt Ettlingen gelang es, durch eine kluge Kommunalpolitik und zielstrebige Industrieansiedlungs-Politik sich ein eigenes Profil zu schaffen. Inzwischen ist das Verhältnis der zwei so unterschiedlich großen Städte zueinander auf ein sachlich freundschaftliches Nebeneinander eingesunken. Fingerhaken und Tautziehen auf der Basis kommunaler Neidkomplexe gehören der Vergangenheit an. WERNER NEITZEL

Hoher Investitionsspielraum

Das Erfolgsrezept: Ein kleiner, aber effektiv arbeitender Verwaltungsapparat

Von WERNER NEITZEL

Ein „Karlsruhe-Komplex“ kennt man in Ettlingen, jener von der Großstadt nur acht Kilometer entfernten Stadt nicht. Längst hat sich dieses im Verdichtungsraum der nordbadischen Metropole gelegene Mittelzentrum auf eigene Beine gestellt. „Wir müssen eigentlich immer versuchen, uns etwas Besonderes einfallen zu lassen“, beschreibt der Ettlinger Oberbürgermeister Erwin Vetter seine Rezeptur für den Kurs kommunaler Emanzipationsbemühungen.

Sich etwas einfallen zu lassen, das geht natürlich dort leichter und unkomplizierter, wo die entsprechend gesunde wirtschaftliche Basis vorhanden ist. Und diese Grundlage, auf der sich Zukunftsplanungen aufbauen lassen, ist vorhanden. In einer breitgefächerten mittelständischen Industrie, in Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben wartet man mit einem Arbeitsplatzangebot auf, das größer ist als die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Mittelstadt. Dieser Ausgangspunkt und die verhältnismäßig günstige Beschäftigungslage haben sich natürlich positiv auf den Stadtsäckel ausgewirkt, denn das Gewerbesteueraufkommen der letzten Jahre war durch einen imposanten Aufwärtstrend gekennzeichnet. Der Hebesatz wurde bei unterdurchschnittlichen 315 Punkten belassen. Er ist seit Jahren konstant und soll im Jahre 1984 nicht erhöht werden.

Beispielhaftes Projekt

Überdurchschnittliche Steuerkraft auf der einen Seite und ein Schuldenstand von nur knapp 900 Mark (mit fallender Tendenz) je Einwohner auf der anderen sind Eckdaten, auf deren Grundlage die Stadt Ettlingen vergleichsweise gelassen den Zukunftsplanungen entgegengetreten kann. Die Stadtoberen dürfen sich ohnehin zugute halten, mit der Stadtsanierung ein Projekt angepackt und weitgehend durchgeführt zu haben, das sie nacheinander sucht. Es gibt sicherlich – wenn überhaupt – nur wenig Beispiele, bei denen es wie im Falle Ettlingen gelang, die Bürger zu einer derartig hochgradigen Privatinitiative und Mitwirkung zu motivieren.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Von den insgesamt rund 150 Millionen Mark für Maßnahmen der Stadtsanierung in den letzten sechs Jahren stammten lediglich 13 Millionen Mark aus der städtischen Haushaltskasse. Der Löwenanteil ist privater Initiative zu verdanken. Die Stadtverwaltung konnte sich in die Posi-

tion und Funktion des Anregers zurückziehen, und sich auf Planungsaufgaben, Beratung bis hin zur Kreditvermittlung beschränken.

Überhaupt ist der relativ kleine, aber um so effektiver arbeitende Verwaltungsapparat der städtischen Behörden für Ettlingen kennzeichnend. Das Etatvolumen Ettlingens für dieses Jahr ist auf 100 Millionen Mark veranschlagt, hinzu kommen noch 30 Millionen der Ettlinger Stadtwerke. Schon seit Jahren kann die Stadt für sich in Anspruch nehmen, auf den Gebieten Strom, Gas und Wasser eigene Aktivitäten entfaltet zu haben. Da die Erdgas-Pipeline aus Holland für die Gasversorgung Süddeutschlands sozusagen an der Haustür vorbeigeht, war es für Ettlingen keine Frage, sich zunehmend von Öl auf Gas umzustellen und somit auch einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung zu leisten. Über kurz oder lang wird es in dieser Stadt praktisch keine rauchenden Schloten mehr geben.

Schwerpunkte verlagert

OB Vetter nimmt für sich und die Verwaltung in Anspruch, der Stadt einen vergleichsweise hohen Investitionsspielraum erhalten zu haben. In den zurückliegenden zehn Jahren wurde durchschnittlich jede dritte Mark aus dem Haushalt in Investitionen gesteckt, eine Quote, die nur wenige andere Städte vorweisen können.

Bewerkstelligt wurde diese günstige Balance unter anderem dadurch, daß die Personalkosten in sehr engen Grenzen gehalten wurden. Der Vermögenshaushalt der Stadt bewegt sich zwischen 30 und 40 Millionen Mark.

Was liegt an weiteren baulichen Investitionsmaßnahmen in Ettlingen an? OB Vetter verweist auf eine gewisse Verlagerung der Schwerpunkte: In den letzten Jahren sei mit der Errichtung von Schulen und Bädern ein Optimum erreicht worden. Vetter selbst kritisiert: „Vielleicht haben wir sogar etwas zu viel getan; denn aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen bleiben ganze Schulräume leer stehen.“ Die Bade- und Sportanlagen halten durchaus dem Vergleich mit mancher Großstadt stand.

Während die Stadtsanierung auch in den kommenden Jahren noch als ein Großprojekt laufen wird, stehen weitere Aufgaben an: Eines davon ist eine großkonzeptionelle Wasserversorgung für den gesamten Bereich des Abbaus, für die 60 Millionen Mark veranschlagt sind und die eine Versorgungssicherstellung bis weit

über das Jahr 2000 hinaus bedeutet. Bei der Abwasserbeseitigung hat man bereits allen kommenden Erfordernissen Rechnung getragen. Ein wichtiges Projekt ist nach Worten Vettters der Bau eines neuen Altenheims. Am Altersaufbau der Bevölkerung lasse sich ablesen, daß der Betreuung alter Menschen in der Zukunft immer größere Bedeutung zukommen wird. Mit dem Bau dieses Gebäudes wird Anfang Februar begonnen werden.

Darüber hinaus erfordert die Verkehrsberuhigung der Altstadt den Bau einer zweiten Tiefgarage. Damit würde erreicht, daß der autofahrende Besucher der Fußgängerzone und deren vielfältigen Einzelhandelsangeboten lediglich Fußmärsche von höchstens 150 bis 200 Meter quer durch die Stadt auf sich nehmen muß.

Ein weiteres großes Projekt kommt auf Ettlingen mit der Veranstaltung einer dieser Stadt in Aussicht gestellten Landesgartenschau zu, die – bei Realisierung – auch den Vorteil brächte, daß sich hier das Land Baden-Württemberg mit einem eindrucksvollen Betrag engagieren würde.

Gegen den Mangel eines gewissen Engpasses im Straßennetz soll gleichfalls vorgegangen werden. Im Generalverkehrsplan ist vorgesehen, daß parallel zur Autobahn eine Umgehungsstraße gebaut wird, die den Verkehr aus der Stadt Ettlingen weitgehend heraushält. Eine Ost-West-Verbindung ist gleichfalls im Bau. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Entlastung der Strecke Pforzheim-Herrenalb-Ettlingen, die den Bau einer Tunnelstrecke erforderlich macht.

Kunstgriff mit Erfolg

Zum Bemühen des OB Vetter, die Verkaufsstadt Ettlingen mit ihrem vielfältigen Angebotsfächer in reizvoller innerstädtischer Kulisse möglichst attraktiv zu gestalten und so einen Großteil der Kaufkraft in der Stadt zu behalten, gehört auch ein zeitweilig umstrittener Kunstgriff: Es wurde, obwohl Interessenten vorhanden waren, kein Einkaufszentrum auf „Grüner Wiese“ zugelassen. Dies sorgte nicht nur für große Ermutigung beim örtlichen Einzelhandel. Nur so fanden sich die Ettlinger Einzelhändler auch bereit, sich in neue Ausbau-, Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen mit beträchtlichem Mittelaufwand zu stürzen, was der gesamten Stadtsanierung zugute kam – ja, sie in dem Umfang erst ermöglichte.



Ein Rendezvous von Historie und Moderne

In den letzten Jahren hat sich wohl kaum eine badische Stadt so zu ihrem Vorteil entwickelt, wie die in der Nachbarschaft zu Karlsruhe gelegene Stadt Ettlingen. Hier wurde auf der Basis einer gut erhaltenen historischen Bausubstanz (unser Bild zeigt die restaurierte Martinskirche) mit modernen Elementen die Innenstadt so umgestaltet, daß sie ihren gemütlichen

Charakter nicht verloren hat. Der Typus der einstigen Römergründung wurde bewahrt. Bemerkenswert dabei ist, daß vor allem die Bürger selbst es waren, die sich mit Eigeninitiative und beträchtlichen Mitteln zu diesem Kraftakt bereitfinden, so daß die Stadtverwaltung sich weitgehend auf die Funktion des Planens und Lenkens beschränken konnte. FOTO: DRÖCKE

Viel Lärm in einer heilen Welt

Die politischen Parteien vermeiden Konfrontation und suchen Zusammenarbeit

Der Fluglärm über Ettlingen ist unüberhörbar und leider sehr häufig. Die Stadt ist ein Kreuzpunkt in Europa. Frankreich liegt nur sieben Kilometer von Ettlingen entfernt, mehrere Flughäfen (Forchheim, Lahr) sind in der Nähe.

Kanadische, amerikanische und deutsche Militärflugzeuge wie auch Zivilmaschinen donnern über die Dächer der badischen Kreisstadt hinweg. Der Rheintalgraben ist, so Oberbürgermeister Vetter, „das bevorzugte Tieffliegergebiet“. Ansonsten hieß die Stadt das Bild einer fast heilen Welt. Ähnlich wie in vielen Klein- und Mittelstädten Baden-Württembergs gibt es beispielsweise auch unter den politischen Parteien keine Polarisierung, man ist eher bereit zusammenzuarbeiten.

So findet der jetzige CDU-

Oberbürgermeister, der seit zehn Jahren im Amt ist, anerkennende Worte für seinen Vorgänger, der der SPD angehört und die Stadt 28 Jahre regierte.

Im 38köpfigen Gemeinderat, in dem die CDU mit 23 Sitzen eindeutig dominiert (SPD 12, FDP 2 sowie eine Grüne) wird, so OB Vetter, „Kommunalpolitik, Stadtpolitik gemacht und die ideologischen Auseinandersetzungen halten sich in engen Grenzen“. In dem Gremium werde er auch von den „Oppositionsparteien“ durchaus respektiert. Sogar die einzige Grüne, eine Studentin, die eine echte Anfängerin in der Kommunalpolitik ist, „arbeitet in manchen Fragen auch mit“. Auch das Verhältnis zur Großstadt Karlsruhe unmittelbar vor der Stadtgrenze hat sich inzwischen entspannt. Als 1715 die neue

Residenz „Carols-Ruhe“ gegründet wurde, erfasste Ettlingen und andere umliegende Gemeinden so etwas wie eine lähmende Furcht vor dem neuen Giganten. Von „Aushlutung“ in jeder Hinsicht war die Rede in den nächsten Jahrhunderten; denn alle kleinen Städte haben naturgemäß ihre Bedeutung an die badische Metropole abgeben müssen.

Vor allem im 19. und 20. Jahrhundert fand die Konzentration von Wirtschaft und Verwaltung in Karlsruhe in den benachteiligten Orten wenig Gegenliebe. Viele Ettlinger gingen als Pendler nach Karlsruhe, da dort mehr Arbeitsplätze geboten wurden. Inzwischen ist Karlsruhe nicht nur Fluch, sondern auch „Segen“ geworden; so der OB, da die Ettlinger auch die vorzuziege Karlsruhes in Anspruch nehmen. XHK

Immer auf Achse.

Die flinken blauen Bardusch-Riesen aus Ettlingen.



In Ettlingen sind sie zu Hause, aber Sie treffen sie auf allen Straßen. Aus gutem Grund. Tausende zufriedene Bardusch-Kunden – von der Arzt-Praxis bis zum Industrie-Konzern – verdienen den besten Service. Und dafür arbeiten wir. Mit einem Vollservice-Programm an fortschrittlichen textilen Mietdiensten, das Maßstäbe setzt. Es lohnt bestimmt, es zu kennen.

hardusch
Textile Mietdienste

Ihr großer Vollservice-Spezialist!

- Branchenspezifische Berufskleidung
- Tischwäsche · Bettwäsche
- Staffhandtuchspender · Selfenspender
- Schmutzfangmatten

Ettlingen · Heilbronn · Mannheim · Wendlingen
Bardusch-Zentrale: 7505 Ettlingen, Pforzheimer Str. 48, Tel. 07243/707-0

Volksbank Ettlingen eG

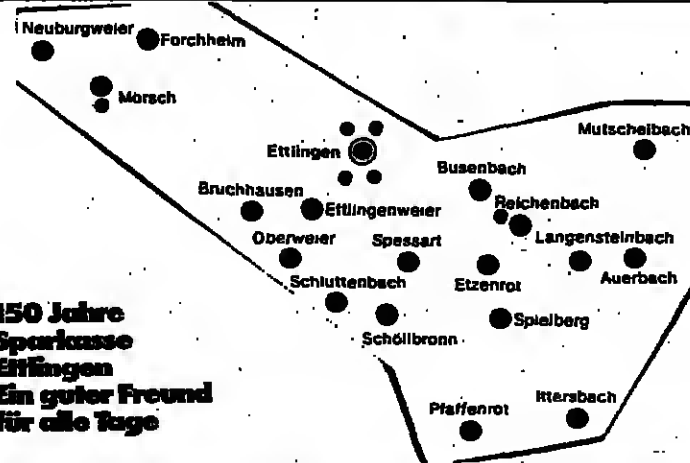
Seit über 100 Jahren ein fester Bestandteil Ihrer Heimatstadt.



Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.



150 Jahre Sparbank Ettlingen
Ein guter Freund für alle Tage



Jeder, der mit Geld umgeht, kennt uns

1983

Bilanzsumme	509,8 Mio
Kundeneinlagen	420,3 Mio
Kreditvolumen	365,5 Mio
Kundenkonten	94 000
Geschäftsstellen	25

Kundeneigen - kundennah

Wir sind nicht nur Partner und Nachbarn aller Bürger – wir sind auch ein Unternehmen im Eigentum aller Bürger. In der Leistungsbereitschaft wie in der Wirtschaftlichkeit unterliegen wir der bürger-schaftlichen Kontrolle und Mitgestaltung.

Und weil wir direkt am Ort sind, sind wir bestens vertraut mit Ihren Interessen, Wünschen und Problemen. Das gibt Ihnen die Sicherheit für eine reibungslose

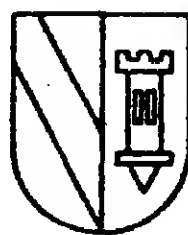


Energie- und Wasserversorgung rund um die Uhr. Und garantiert Ihnen eine wirtschaftliche, rationelle Arbeit.

Das Geld, das wir in unserer Stadt erwirtschaften, bleibt hier bei uns.

Für Einrichtungen und Vorhaben, die uns allen auch in Zukunft das Leben leichter machen.

Wer könnte Sie also besser versorgen als wir.



**STADTWERKE
ETTLINGEN
VERSORGUNGSBETRIEBE**

Die „Europäische Beispielstadt“

Wie die Gemeinde im Schatten der großen Schwester an Glanz gewann

Bis vor wenigen Jahren war die Große Kreisstadt Ettlingen außerhalb ihrer Tore vor allem wegen des „Erbrprinz“ berühmt. Auch heute noch zählt dieses traditionelle Hotel und Restaurant zu den besten Adressen in Europa. Manager aus Hamburg oder Düsseldorf, VIPs aus München oder Berlin pflegen hier zu speisen und zu übernachten, wenn sie nach Karlsruhe müssen.

Neuerdings ist die 37 000 Einwohner zählende Stadt im Schatten des „großen Bruders“ Karlsruhe europaweit wegen einer anderen Sonderleistung zu einem „Muster-Städtchen“ geworden. Die Stadtsanierung der Altstadt hat Besucher aus aller Welt angelockt; denn hier wurde offensichtlich ein bahnbrechendes vollbracht. OB Vetter: „Wir können die Preise gar nicht mehr zählen, die wir im Zusammenhang mit der Sanierung bekommen haben.“ In allen Schriften erwähnt wird jedoch die höchste Auszeichnung: 1981 erhielt Ettlingen den Zusatz „Europäische Beispielstadt“.

Europäisches Interesse

Die Stadtsanierung im Rahmen einer „Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung“, war Anfang der 70er Jahre vom Europarat beschlossen worden. Sehr bald standen die Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt im Mittelpunkt des europäischen Interesses. In einer 47seitigen Broschüre „Alte Städte neu“, vom Deutschen Anschutz für die europäische Kampagne 1980 herausgegeben, wurde Ettlingen – neben den Städten Burghausen, Hamburg, Hillesheim, Karlsruhe und Wuppertal – bei den Orten genannt, die im Rahmen ihrer Sanierungsmaßnahmen „beispielhaft“ die gestellten Aufgaben und Fragen gelöst haben. Diese Städte, so heißt es in dem Prospekt, „geben Anregungen, sollen zum Nachdenken reizen“.

Wer heute durch die Altstadt Ettlingens spaziert, ist sofort von der Atmosphäre beeindruckt: Die Archi-

tekten und Sanierungsträger haben darauf geachtet, daß die aus dem Mittelalter stammenden Häuser und Gebäude ihr pittoreskes und romantisches Aussehen weitestgehend beibehalten. Aber es wurde auch dafür gesorgt, daß die jahrhundertealten Gassen und Straßen im Geviert hinter den einstigen Stadtmauern genauso gekrümmt und verwinkelt blieben wie seit eh und je. Gleichzeitig wurde modernisiert. Im Gegensatz zu sanierten Stadtteilen in anderen Orten ist die heutige Altstadt wieder eine „beste Wohnadresse, eine tolle Wohnlage“ (OB Vetter) geworden. Nicht ohne Grund gibt es inzwischen viele Professoren, Bundesrichter und andere hohe Beamte aus Karlsruhe, die in Ettlingen ihr Wohnsitz haben.

Schmuckstücke der sanierten Altstadt sind zweifellos das in 20 Jahren für Millionenbeträge renovierte Schloss, in dem die alljährlichen Festspiele seit 1979 stattfinden, das wiederaufgebaute Kaufhaus Schneider (dessen Architekt Professor Heinz Möhl für diesen Entwurf mit dem Hugo-Häring-Preis des Bundes Deutscher Architekten ausgezeichnet wurde) sowie das barocke Rathaus aus dem 18. Jahrhundert.

Die Erhaltung dieses alten Rathauses und der Verzicht von OB Vetter, ein neues zu bauen, haben die Sanierung erst möglich gemacht; denn der Anstoß zur Erneuerung der Altstadt kam von Überlegungen der Besitzer des Kaufhauses Schneider, in Anbetracht der zunehmenden Karlsruher Konkurrenz sich in einem neuen Haus zu erweitern, um ein großstädtisches Angebot unterbringen zu können.

Ein neues Grundstück in der Nähe des alten Kaufhauses konnte zunächst nicht gefunden werden. Erst als der damals neue Oberbürgermeister auf ein neues Rathaus verzichtete, konnte die Stadt dem alteingesessenen Warenhaus, das bis heute in absehbarer Zeit auch das einzige bleibt, ein passendes Grundstück anbieten.

Die Stadtverwaltung erkannte damals zu Recht, daß wichtiger als ein neues Rathaus die dringend notwendige Sanierung der zum großen Teil im baufälligen Zustand befindlichen mittelalterlichen Häuser der Altstadt war. So wurde Ettlingen dann 1971 in das Städtebauförderungsprogramm von Bund und Ländern aufgenommen.

Ende 1975 rollten die ersten Bagger und Baugeräte an: Eine zweigeschossige Tiefgarage war das erste Sanierungsvorhaben (mit sehr zivilen Preisen, die es sonstwo in der Bundesrepublik kaum gibt). Im Oktober 1977 konnte das Kaufhaus Schneider seiner Bestimmung übergeben werden: heute eine erfolgreiche Ergänzung zu den zahlreichen Einzelhandelsgeschäften in der sanierten Altstadt.

Neu im alten Stil

Über der Tiefgarage wurde der Neue Markt gebaut; Bestandteil einer verkehrsberuhigten (keine reine Fußgänger-) Zone, in der Autos bei begründeter Notwendigkeit fahren dürfen. Sitzgelegenheiten, Blumenkübel, Laternen im alten Stil, neu gepflanzte Bäume und die aus dem Mittelalter stammenden Narren- und St. Georgsbrunnen sorgen für die gemütliche Atmosphäre der Wohn- und Einkaufszentren in Ettlingen.

Durch rechtzeitigen Kauf von Grundstücken besitzt die Stadt alleine im Altstadtbereich mehr als 600 Wohnungen. Dadurch ist sichergestellt – auch dies ein Ettlinger Sanierungsexperiment – daß kein Altstadtbewohner gegen seinen Willen „vertrieben“ werden muß.

Aufgrund der international anerkannten Sanierung in der Altstadt Ettlingens hat OB Vetter jetzt von Baden-Württembergs Innenminister Heinz Eyrich ein Schreiben bekommen: Darin kündigt der Minister an, in diesem Jahr würden die Finanzhilfen für das Sanierungsprogramm Ettlingens möglicherweise erhöht.

XIN-HU KUO

Mit Spezialisierung eigenes Profil gewonnen

Das Fehlen von Großunternehmen erweist sich heute als Stärke / Arbeitslosenquote unter Durchschnitt

Standortgunst und schnelle Entscheidungen (durch kurze Verwaltungswege) sind die hervorstechendsten Kriterien, die in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Unternehmen dazu veranlaßt haben, sich in der Stadt Ettlingen niederzulassen. Die Lage dieser zwischen Rheingraben und Schwarzwald am Flußchen Alb gewachsenen Mittelstadt an einem der großen europäischen Verkehrskreuzer hat schon seit eh und je große Zugkraft ausgeübt.

Ettlingen, das sich in Konkurrenz zu der benachbarten Großstadt Karlsruhe nicht immer ganz leicht tat, hat sich ein eigenes tragfähiges Profil herausgearbeitet. Das Rezept heißt Spezialisierung. Das Verhältnis beider Städte zueinander wird nicht durch ein Gegeneinander sondern durch Arbeitsteilung und gegenseitige Ergänzung bestimmt.

Die Struktur der in Ettlingen ansässigen Gewerbe- und Industriebetriebe ist eindeutig mittelständisch geprägt. Mit den in der Stadt vorhandenen rund 16 000 Arbeitsplätzen, eine Zahl, die sich ziemlich konstant gehalten hat, ist Ettlingen (37 000 Einwohner) ausreichend versorgt.

Mittelständisch geprägt

Der Tatbestand, daß sich in den Mauern der Stadt kein Großunternehmen angesiedelt hat – früher einmal da und dort Anlaß zu Kritik – erweist sich heute als Stärke. Die Arbeitslosenquote Ettlingens beträgt derzeit 5,2 Prozent. Sie liegt damit unter dem Landesdurchschnitt und erst recht unter den Zahlen einer Region der „Rheinschiene“. Die schwierigen Zeiten der Rezession hat der Wirtschaftsraum Ettlingen ohne größere Einbrüche oder Pleiten hinter sich gebracht. Trotz (oder wegen) der Nähe zum Oberzentrum Karlsruhe hat sich Ettlingen gut behaupten können.

Allein in den siebziger Jahren konnte ein Zuwanderungsgewinn von rund 1800 Personen (im Alter von 20 bis 45 Jahren) erzielt werden. Statistiken ist zu entnehmen, daß in der Zeitspanne 1973 bis 1981 sich 380 Firmen in Ettlingen neu ansiedelten oder gegründet wurden, demgegenüber gaben in jenem Zeitraum 223 Firmen auf, es bleibt ein positiver Saldo von 157 Firmen. Im schwierigen Jahr 1983 registrierte man in dieser Stadt 15 Neuanmeldungen. Die überwiegende Zahl der Neugründungen und Aufgaben betreffen naturgemäß kleinere Betriebe.

Nichtsdestotrotz ist die wirtschaftliche Robustheit und Stabilität Ettlingens gerade auf den Umstand zurückzuführen, daß diese Stadt in ihrer Struktur ausschließlich von mittelständischen Firmen geprägt ist. Überdies ist die industrielle Szenerie von einer außerordentlich großen Branchenvielfalt gekennzeichnet, die gleichfalls dazu beiträgt, daß unterschiedliche Branchen- und Firmenkonzunkturen insgesamt abgefedert werden. Gleichwohl ist festzuhalten, daß 54 Prozent aller Beschäftigten im Sektor der Investitionsgüter tätig sind, die insbesondere im Verlaufe der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit einem bedeutenden Beschäftigungszuwachs von sich reden machte, während Anfangs der achtziger Jahre im Zeichen der Rezession hier wie anderswo ein entgegengesetzter Trend zu beobachten war.

In der bestehenden Branchenpalette dominieren der Zahl nach die Betriebe des Maschinen- und Fahrzeugbaus (zum Beispiel Lorenz oder auch Pfeiffer). Die nächstgrößere Gruppe bilden die Firmen der Elektrotechnik sowie der Feinmechanik/Optik. Es folgen Unternehmen aus den Sparten Leder, Textil und Bekleidung. Als Beispiel zu nennen wäre die prosperierende Gesellschaft für Spinnerei und Weberei AG, Ettlingen, die in 1983 ihren Umsatz um etwa 20 Prozent auf annähernd 140 Millionen Mark gesteigert hat. Dieses in Familienbesitz befindliche Unternehmen, das rund 600 Mitarbeiter beschäftigt, hat sich beizeiten in Marktnischen

umgesehen und sich spezialisiert – unter anderem auf die Herstellung von Industriestoffen mit hoher Strapazierfähigkeit.

Zum Industriefächer gehören ebenso Firmen der Baubranche, der Sparte Chemie/Kunststoff, wie auch des Eisen- und Stahlbaus, des Bereichs Holz, Papier und Druck sowie der Nahrungs- und Genussmittelsparte. Neuanmeldungen der jüngeren Zeit betrafen beispielsweise die Energiebranche (Gasheizanlagen), die Produktion von Kunststoff-Profilen, Fenstern sowie den Maschinenbau-Sektor. Es wurden außerdem einige Handelsfirmen neu gegründet.

Neue Akzente setzen

OB Vetter läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß auch die Stadt Ettlingen bei ihrer Ansiedlungspolitik „sich ein wenig nach der Technologie orientiert, was auch Ausdruck der Landespolitik ist“. Im Bannkreis der Technischen Universität in Karlsruhe versucht die Stadt Ettlingen, durch Errichtung einer kleinen „Technologie-Fabrik“ einen neuen Akzent zu setzen, zumal Informatiker der Uni Karlsruhe in einem bisher leerstehenden Fabrikgebäude in Ettlingen eine Bleibe gefunden haben.

Richtschnur der städtischen Politik ist, über Neuanmeldungen die Zahl der Arbeitsplätze in Ettlingen weiterhin konstant zu halten. „Im Grunde genommen können wir uns die Betriebe aussuchen“, urteilt OB Vetter die relativ günstige Ausgangslage der Stadt. Als erwünschte Kriterien zählt er auf, daß die interessierten Firmen gesund sein sollten; mittelständischer Zuschnitt käme seinen Vorstellungen ebenso entgegen wie Emissionsarmut bei gleichzeitiger Ausrichtung in den innovativen Bereich hinein. Im Flächennutzungsplan des Nachbarkommunalsverbandes sei eine ziemlich große Fläche für Gewerbeansiedlungen vorgesehen. An der Schaffung neuer Arbeitsplätze will Ettlingen nicht zuletzt

auch seinen Wohnraumbedarf ausrichten.

Als ein sehr wichtiger Faktor bei den Ansiedlungsbemühungen erweist sich – wie erwähnt – die günstige geographische und verkehrstechnische Lage der Stadt. Ettlingen liegt an einer Stelle, an der sich zwei wichtige Autobahnen, die Fernstraße München-Paris sowie die Nord-Süd-Autobahn im Rheintal Richtung Basel, kreuzen. Auch im Schienenverkehr bieten sich günstige Aspekte; denn in Ettlingen berühren sich sowohl die im Bau befindliche Schnellbahnstraße Mannheim-Stuttgart als auch die künftige Schnellbahn-Linie Mannheim-Basel.

Im handwerklichen Bereich der Stadt sind ähnliche Strukturveränderungen erkennbar, wie anderswo. Festhalten ist freilich, daß der Schwund bei der Zahl der Handwerksbetriebe sich in Ettlingen in wesentlich moderateren Bahnen vollzieht als in den benachbarten Gemeinden des Landkreises Karlsruhe.

Ettlingens Bürger, deren Kaufkraft über dem Durchschnitt liegt, haben den Vorzug, in einer attraktiven verkehrsberuhigten Innenstadt eine Vielzahl von Geschäften (auch ein Warenhaus ist darunter) der verschiedensten Branchen anzutreffen, die praktisch den gesamten Bedarf abdecken können.

Ein besonderes Aushängeschild, wie das im Landesteil Baden so selten nicht ist, bietet Ettlingen mit seiner Gastronomie: Der „Erbrprinz“ in Ettlingen beispielsweise zählt zu den auch international bekanntesten deutschen Gourmet-Lokalen. Aber auch die vielen anderen Gaststätten können sich sehen lassen. Insgesamt gibt es in dieser Stadt mehr als 80 Betriebe des Gastgewerbes. Den Ausbau Ettlingens zu einer Fremdenverkehrs-Stadt hat OB Vetter allerdings nicht im Sinn, er setzt vielmehr auf Städtetourismus, Kurzaufenthalte und Kongresse.

WERNER NETZTEL

Festlicher Begriff

Es war ein riskantes Unternehmen, als die Stadt Ettlingen und ihre Bürger beschlossen, ab 1979 im restaurierten Schloss Festspiele zu veranstalten, denn immerhin gibt es acht Kilometer von Ettlingen entfernt die Großstadt Karlsruhe mit ihren erstklassigen Theatern, Konzerten, Museen und anderen kulturellen Einrichtungen. Neben Begeisterung und Engagement gab es deshalb seinerzeit auch Skepsis und Fragezeichen.

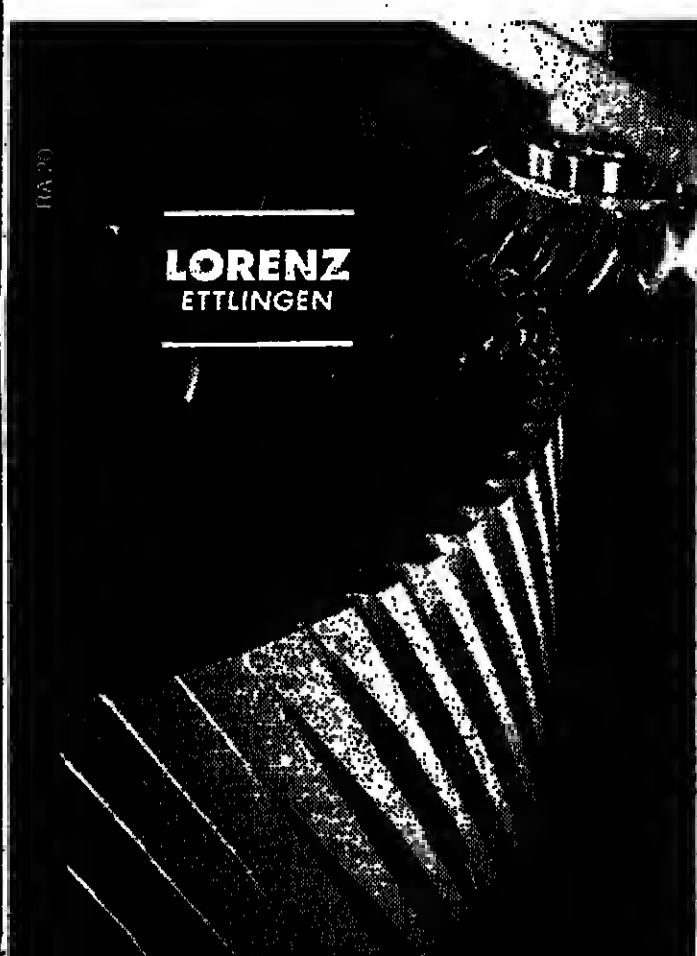
In nur fünf Jahren gelang es der Stadt, ihre Schlossfestspiele zu einem festen Begriff für Musik- und Theaterfreunde in Baden-Württemberg und darüber hinaus werden zu lassen. Es ist deshalb sicherlich nicht nur Zufall, sondern auch ein Stück Anerkennung, daß die Schlossfestspiele Ettlingens ab diesem Jahr Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Festspielorte“ geworden ist, in der folgende Städte sich zusammengeschlossen haben: Bad Gandersheim, Feuchtwangen, Bad Hersfeld, Jagsthausen, Wunsiedel und Schwäbisch Hall.

Inzwischen haben sich die Ettlinger Festspiele so „gemausert“, daß nicht nur die Bewohner der Stadt, sondern auch die Karlsruher in großen Scharen in jedem Sommer ins benachbarte Städtchen zu einem kulturellen Genuß erster Güte hinauspilgern. Von den inzwischen von 20 000 auf 40 000 verdoppelten Besuchern, die alljährlich den Weg zum Ettlinger Schloss finden, sind nicht wenige aus der badischen Metropole ins vergleichsweise kleine Ettlingen gekommen.

Dazu tragen im wesentlichen zwei Faktoren bei: Die von Anfang an angestrebte und erreichte hohe Qualität aller Veranstaltungen der Festspiele vereint mit der bezaubernden Kulisse des in Hochglanz renovierten, historischen Schlosses mitten in der romantischen Altstadt. Außerdem wird in Ettlingen nicht viel herumexperimentiert: Bewährte Publikumsliebhaber sorgen für volle Säle und vermeiden leere Plätze.

Zum sechsten Male werden auch in diesem Sommer (vom 5. Juli bis 8. September) die Schlossfestspiele stattfinden.

XHK



LORENZ – Maschinen und Werkzeuge für die Zahnradherstellung weltweit bekannt.

Weltweit in Anspruch genommen Problemlösungen von LORENZ.

LORENZ-GRUPPE 7505 ETTLINGEN

ELBA-Baummaschinen* aus Ettlingen – weltweit bewährt.

* Betonbereitungsanlagen
Transportbetonmischer
Autobetonpumpen
Baustellenbetonpumpen
Beton-Verteilmaste
Hochbaukrane
Baufahrzeuge

ELBA ELBA-Werk, Maschinen-Gesellschaft mbH & Co.
Bahnhofstraße 12-21, D-7505 Ettlingen.
Telefon 07243/772-0, Telex 762679

WIEGAND

Ingenieurunternehmen für:

Thermische Verfahrenstechnik
Vakuumtechnik
Umweltschutz
Wärmerückgewinnung
Eindampfanlagen
Strahlpumpen



Wiegand Karlsruhe GmbH
D-7505 Ettlingen, Einsteinstr. 9-15, Postfach, Tel. (07243) 7051



Langnese Honig – ein Markenzeichen der Natur...

...ist in Ettlingen zu Hause – zusammen mit so bekannten Markenartikeln wie Ültje-Knabberspezialitäten, ETO Nahrungsmittel und Fleischer-Feinkost.

Sie alle gehören zur **DIBONA** Markenvertrieb KG, einem Unternehmen der Oetker-Gruppe.

Die **DIBONA** mit ihren über 1000 Mitarbeitern ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Ettlingen.

Unsere Baufinanzierung, der Grundstein zu den eigenen vier Wänden

Verwirklichen Sie sich den Traum von den eigenen vier Wänden. Wir schneiden Ihnen die gesamte Baufinanzierung nach Maß – Ihrem Einkommen angepaßt. Kommen Sie zu uns, auch wenn Sie noch kein Kunde der Deutschen Bank sind.

Deutsche Bank
Filiale Ettlingen, Pforzheimer Straße 15



Wörner: Die Entscheidung lege ich in die Hände des Kanzlers

Fortsetzung von Seite 1

Das Magazin meldete weiter: Ein Düsseldorfer Anwalt, der auf Ziegler's Wunsch zugegen gewesen sei, habe die Dauer der Begegnung auf zwei Stunden geschätzt. Entgegen der Darstellung von Wörner's Sprecher, "dem Bund" seien "in dieser Sache keine Kosten entstanden", heißt es im "Spiegel", dem Düsseldorfer Anwalt habe das Ministerium seine Aufwendungen nach der Anwalts-Gebührenordnung erstattet und Ziegler für Reisekosten (Flug 1. Klasse, Taxi) in einem hundertfünfzig-Tausend-Mark am Ende des Besuchs ausgehändigt. Nach dieser Version hat Wörner mit seinen Besuchern einen Teil der Unterredung in seinem Amtszimmer geführt, einen weiteren Teil in einem nicht weit entfernten Besprechungszimmer, wo er mit ihnen auch das Mittagessen eingenommen habe. Zum Schluß soll Wörner zu Ziegler gesagt haben: "Ich danke Ihnen ganz herzlich. Sie haben sehr viel für mich getan und für unsere Regierung." Danach seien die beiden Schweizer mit dem Dienstwagen zum Düsseldorfer Flughafen gebracht worden, das Flugzeug von Köln/Bonn aus ausgebracht gewesen sei.

Unterdessen hat die SPD, die im Bundestag eine parlamentarische Untersuchung der Entlassung Kießling's in die Wege leitete, abermals den Rücktritt des Verteidigungsministers gefordert. Oppositionsführer Vogel erklärte, der durch Wörner's Handeln in der Truppe und sonst in der Öffentlichkeit eingetretene Vertrauensverlust könne nur durch die Entlassung des Verteidigungsministers und durch eine Ehrenerklärung zugunsten des Generals Kießling wieder gutgemacht werden.

Kießling: Ich muß von Wörner rehabilitiert werden

Der entlassene General hat sich am Sonntag vor einer Woche mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Altenburg, in Bonn getroffen. Kießling erklärte der WELT am SONNTAG, er müsse von Wörner mit einer Ehrenerklärung rehabilitiert werden. Kießling's Anwalt verlangte darüber hinaus noch, daß die vorzeitige Pensionierung des Generals aufgehoben werden müsse und der Entlassene in den Dienst zurückkehre. Kießling

war am 21. Januar nach Bonn in der Hoffnung gereist, mit dem Minister zusammentreffen zu können. Er blieb bis 23. Januar in Bonn und reiste dann nach München zurück, wo er im Bundeswehrkrankenhaus behandelt wird.

Am Mittwoch, 25. Januar, erreichte Kießling ein Brief Wörner's im Krankenhaus, der auf den vergangenen Montag datiert war. Darin erklärte der Minister sich zu einem Gespräch mit Kießling bereit. Als sich Wörner's Adjutant telefonisch bei Kießling erkundigte, ob auch er willens sei, den Minister zu treffen, erklärte der General, so die WELT am SONNTAG, unter Anspielung auf die Begegnung Wörner's mit dem Schweizer Ziegler, die Lage habe sich nach dem Wochenende verändert. Der Adjutant solle sich an seinen Anwalt wenden. Der Zeitung erklärte Kießling, sein Vertrauen in den Minister sei erschüttert.

Inzwischen ist ein Schreiben bekannt geworden, das General Altenburg nach seiner Unterredung mit den führenden Generalen und Admiralen, bei der auch der Minister am vergangenen Diensttag zeitweise anwesend war, an alle aus dem Dienst geschiedenen Generale richtete. Darin erklärte Altenburg eingehend die Gründe, die zur vorzeitigen Zurücksetzung Kießling's geführt hätten. Klar wird aus der Unterredung Altenburgs, daß Kießling in seinem Gespräch mit Wörner und ihm am 15. September 1983 den Wunsch äußerte, zum 31. März 1984 vorzeitig in den Ruhestand versetzt zu werden.

"Die Gründe dafür lagen in seinem Dienstbereich", erläuterte Altenburg in einem Brief, so daß damit zum ersten Mal belegt wird, daß Kießling, wie von der WELT bereits am 11. Januar berichtet, mit dem NATO-Oberbefehlshaber General Rogers keine Grundlage für ein gedeihliches Zusammenarbeiten gefunden hatte. Als "beste Lösung" sei seinerzeit vereinbart worden, daß sich Kießling in ärztliche Behandlung begeben und seinen Dienst nicht wieder aufnehmen. Der "Spiegel" schreibt, Rogers habe sich wenige Tage vor der Ankunft Kießling's an seinem neuen Dienstort SHAPE im Frühjahr 1982 vor Augen gestellt, daß Kießling ein homosexueller Mann sei.

General Altenburg verweist in seinem Schreiben an die pensionierten hohen Offiziere darauf, er trage in der Affäre um Kießling "für zwei Dinge

Verantwortung: Erstens, der den Vorschriften nicht entsprechende Versuch einer "günstigen Lösung" in unserem Gespräch am 15. und 19. 9. 1983; zweitens die Tatsache, daß auch ich am 8. 12. 83 auf Grund der vom Staatssekretär (Biele, d. Red.) vorgetragenen und geforderten Entscheidungslage dem Minister nicht abriet, die Entlassung vom 31. 3. 84 auf den 31. 12. 83 vorzuziehen. Altenburg fügte hinzu, er sei nicht der Ansicht, daß sich die Bundeswehr in einer Krise befinde. Auch seien die Streitkräfte, wie er glaube, nicht gedemütigt worden. "Das hätte Absicht vorausgesetzt."

Generale kritisieren die Bundesregierung

25 ehemalige Generale kritisierten die Bundesregierung heftig. Sie unterzeichneten eine Erklärung, in der es heißt: "Wir, die unterzeichneten ehemaligen Generale der Bundeswehr, erklären hiermit: Wir empfinden es als unerträglich, daß bei den Vorgängen im Fall Wörner/Kießling den Äußerungen von Personen eines zweifelhaften Milieus offenbar mehr Glauben geschenkt wird als dem Wort eines bewährten Mannes. Wir erwarten von der Staatsführung, daß dieser bedauerliche Fall unverzüglich zu einem rechtsstaatlich sauberen Ende gebracht wird. Dazu gehört, daß die Verdachtsgründe endlich auch General Kießling vorgetragen werden."

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem die Generalleutnants Meyer-Detring, Hinrichs, Thilo, Schwiethal, Kuntzen und Wehnelt sowie die Generalmajore Kalkreuth, Hess, Hass, Binstiel, Beuther, Vollmer und Köstling.

Der frühere Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD) sagte gestern, bei einem Rücktritt Wörner's wollten die Sozialdemokraten die Arbeit im Untersuchungsausschuß nicht fortsetzen, sondern daß die noch offenen Fragen wie die der Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in der parlamentarischen Kontrollkommission behandelt haben. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biele (CSU), sagte demgegenüber, ein Rücktritt Wörner's würde formal keine Auswirkungen auf die Ausschussarbeit haben. Wörner soll am 8. Februar vor diesem Gremium aussagen.

Afghanische Kampfflugzeuge beschießen Dorf in Pakistan

DW, Islamabad

Ein schwerer militärischer Zwischenfall im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet hat am Wochenende die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter belastet. Bei der Verfolgung von Widerstandskämpfern gegen das Regime in Kabul drangen zwei afghanische Kampfflugzeuge auf pakistanisches Gebiet vor. Sie warfen eine Bombe und feuerten rund hundert Raketen ab. Pakistaniische Regierungsbeamte erklärten gestern, bei der Bombardierung der 700 Meter von der Grenze entfernten Ortschaft Angur Adda habe es mindestens 40 Tote und 60 bis 80 Verletzte gegeben. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz unterhält in diesem Gebiet ein großes medizinisches Zentrum für Opfer der kriegsrischen Auseinandersetzungen in Afghanistan.

Nach Angaben des pakistanischen Außenministeriums handelt es sich um die dritte und schwerste Luft-raum-Verletzung durch afghanische Flugzeuge seit Jahresbeginn. Der afghanische Geschäftsträger in Islamabad wurde zur Entgegennahme eines formellen Protests gegen den "barbarischen Angriff" ins Außenministerium zitiert und auf die "gefährlichen Folgen" solcher Zwischenfälle hingewiesen, für die allein die Regierung in Kabul die Verantwortung zu tragen habe.

Nach Auffassung westlicher Kreise in Islamabad könnte der Angriff eine Warnung Kabis an die Widerstandskämpfer sein, von denen sich im Winter zahlreiche Gruppen nach Pakistan zurückziehen, um zu Beginn des Frühjahrs, mit Waffen und Munition versorgt, zum Kampf gegen die sowjetisch-afghanischen Truppen nach Afghanistan zurückzukehren.

Unterdessen wurde in Neu-Delhi über ein angebliches Komplott von Funktionären der Afghanistans regierenden kommunistischen "Demokratischen Volkspartei" zur Ermordung von Staats- und Parteichef Babrak Karmal berichtet. Ein im Exil lebender früherer afghanischer Regierungsbeamter erklärte, die Attentäter hätten vorgehabt, Saboteure an dem Flugzeug zu betreiben, mit dem Karmal am 9. Januar zu einem Besuch nach Moskau fliegen wollte. Mindestens zwei Saboteure seien jedoch vor Karmal's Abflug festgenommen worden.

Bonn wartet jetzt auf detaillierte Einwände Israels gegen Waffenexport

Fortsetzung von Seite 1

Korridor" zugunsten der israelischen Landwirtschaft schaffen.

Auf der Pressekonferenz gab der Kanzler bekannt, daß er sich im Sommer 1983 bei Parteichef Andropow auch für die Ausreise von Juden aus der Sowjetunion nach Israel eingesetzt habe. Auf die Möglichkeit eines deutsch-israelischen Jugendwerks angesprochen, erklärte Kohl, wenn die Zeit reif sei, sollte man an eine solche Einrichtung nach deutsch-französischem Vorbild denken. "Aber das erste Wort kann nicht von unserer Seite kommen."

Co. Jerusalem

Zwischen Bundeskanzler Kohl und dem israelischen Ministerpräsidenten Shamir ist es zwar zu keiner Annäherung in der Frage deutscher Waffenexporte nach Saudi-Arabien gekommen. Bemerkenswerterweise hat es aber in den Gesprächen – entgegen dem vorherrschenden Eindruck in der israelischen Öffentlichkeit – keine Schärpen gegeben. So wohl Kohl als auch Shamir bemüht sich, argumentativ um Verständnis für den jeweils eigenen Standpunkt zu werben.

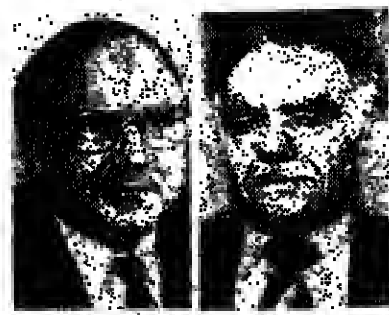
Nach Auffassung der Bonner Delegation ist im Laufe der Begegnungen das gegenseitige Verständnis gewachsen. Damit habe sich die Diskussion nicht nur als "Wert an sich" erwiesen, sondern auch die realen Chancen der Verständigung erhöht. "Wir sind beeindruckt von den israelischen Argumenten und erhoffen das gleiche von der anderen Seite. Wenn das der Fall ist, dann müßte uns das beide weiterführen", sagte ein hoher deutscher Diplomat. Er fügte hinzu, die Waffenfrage sei keineswegs so extensiv behandelt worden, wie das öffentlich vermutet werde.

Das heißt: Shamir will – trotz aller Enttäuschung über Kohls nicht mehr zu revidierende prinzipielle Zusage an die Saudis – keineswegs die harten Schlussfolgerungen ziehen, die neben einzelnen Regierungsvertretern beispielsweise einer der führenden Oppositionspolitiker, der ehemalige Ministerpräsident Rabin, androht. Die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland würden in diesem Fall (der Waffenlieferungen) auf dem gleichen Nullpunkt ankommen, auf dem sie

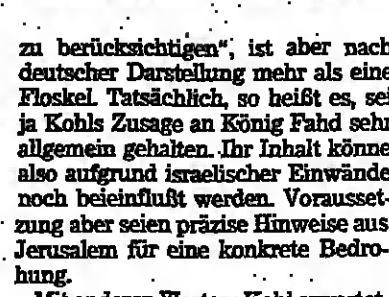
vor dem Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer standen.

Wäre das die Meinung der israelischen Regierung, dann hätte Shamir nicht seinen Sprecher Pazner mitteilen lassen: "Diese beiden Männer (Kohl und Shamir) haben ein gutes persönliches Verhältnis entwickelt, das es ihnen ermöglicht, offen und freundschaftlich auch umstrittene Fragen zu erörtern." Und dann hätte auch einer der höchsten israelischen Beamten nicht gesagt: "Die Gespräche der beiden Delegationen haben bewiesen, daß zwischen beiden Ländern gute Freundschaft und gegenseitiges Verständnis besteht."

Worauf aber können die Israelis in der Waffenfrage bauen? Konkret hat ihnen der Kanzler nichts zugesagt. Er rechnet es sich positiv an, Saudi-Arabien die Lieferung des Leopard-2-Panzers abgelehnt zu haben. Seine Absicht, "die israelischen Interessen



Helmut Kohl



Yitzhak Shamir

zu berücksichtigen", ist aber nach deutscher Darstellung mehr als eine Floskel. Tatsächlich, so heißt es, sei ja Kohls Zusage an König Fahd sehr allgemein gehalten. Ihr Inhalt könne also aufgrund israelischer Einwände noch beeinflusst werden. Voraussetzung aber seien präzise Hinweise aus Jerusalem für eine konkrete Bedrohung. Mit anderen Worten: Kohl erwartet, daß Shamir zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr nur allgemein vor Rüstungslieferungen an die Saudis warnt, wie er dies bei den jetzigen Gesprächen getan hat, sondern exakt darlegt, daß er den Export dieser und jener speziellen Waffen oder Ausrüstungsgegenstände an Riad aus präzisen, belegten Gründen für gefährlich hält. Dies könnte dann bei Abschlüssen mit den Saudis möglicherweise berücksichtigt werden. Entgegen der allgemeinen Annahme gibt es übrigens nach sicheren

Informationen schon eine Wunschkiste der Saudis, die nach dem Besuch einer militärischen Expertenkommission in der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist. Allerdings handelt es sich dabei nur um allgemeine Hinweise auf das Interesse an bestimmten Waffensystemen und noch nicht um spezifizierte Bestellungen. Erst wenn diese vorliegen, kann die Bundesregierung konkret darüber befinden.

Ein wichtiger Punkt für Jerusalem wie für Bonn ist die Nichtweitergabe von Waffen, die nach Saudi-Arabien geliefert werden. Shamir hat gegenüber Kohl auf Waffenfunde in Beirut hingewiesen. Sie wurden als Beleg dafür angeführt, daß die Saudis aus dafür angelegten Waffenkisten ungeöffnet zur Weitergabe an die PLO nach Libanon geschickt haben. Auf deutscher Seite zeigte man sich davon beeindruckt.

Vor der Israel-Reise hatte die Bundesregierung in Washington nachgefragt, welche Haltung die US-Regierung zu einem deutschen Rüstungsgeschäft mit Riad einnehme. Die offizielle Antwort lautete: "Wir sind in dieser Frage neutral." Das heißt, die Reagan-Administration rät nicht ab, obwohl sich jüdische Gemeinschaften in Amerika aus Solidarität mit Israel energisch gegen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien wenden. Nach offizieller amerikanischer Ansicht kann eine verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im westlichen Interesse liegen – allerdings unter der Voraussetzung, daß Israels Interessen nicht verletzt werden.

Und genau in diesem Punkt haben Shamir und Kohl nicht übereinstimmend. Der Israeli hält die Saudis für gefährlich, der Deutsche stuft sie als gemäßigten ein. Kohl denkt primär an die "Stabilität der Golf-Region". Shamir in erster Linie an die Sicherheitsinteressen Israels, die von Bonner Seite als "traumatisch" charakterisiert werden. In Kohls Umgebung hieß es, man habe zwar Verständnis für die Einwände der Israelis, aber das bedeute kein Einverständnis.

Entschieden bestritten wird von der israelischen Regierung, was die Zeitung "Davar" unter Berufung auf "informierte Stellen" ankündigte: daß Jerusalem rechtzeitig eine Kompensationsliste vorlegen werde, falls der deutsche Waffenexport endgültig beschlossen sei. Für völlig ausgeschlossen aber hält das in Israel kaum jemand.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zur Rettung der Bundesbahn

Nach den Plänen der Bundesregierung (v. 23. 11. 83) und des Bundesbahnvorstands sollen Tausende von Streckenkilometern der Deutschen Bundesbahn stillgelegt werden. Das wird das Ende der Eisenbahn sein. Dabei geht es aber nicht nur um 300 000 Bundesbahnbedienstete, sondern um die ganze deutsche Wirtschaft. Deshalb muß die Eisenbahn erhalten bleiben. Wir müssen sie – wie die frühere Reichsbahn – ständig und ausreichend subventionieren. Denn eine derart kostspielige und unersetzliche Institution kann nicht nach wirtschaftlichen, sondern nur nach staatspolitischen Grundsätzen geführt werden.

Daraus folgt, daß die Nebenstrecken in gleicher Weise wie die Hauptstrecken erhalten bleiben müssen und daß sie auch nicht auf Omnibusverkehr umgestellt werden dürfen. Denn der Omnibus hat ebensolche Nachteile, wie alle anderen Kraftfahrzeuge. Daher müssen wir auch im ländlichen Raum ein attraktives Strecken- und Schienennetz anbieten, weil andernfalls die Motorisierung weiter ansteigt und weil dann auch keine Fernreisenden mehr zur Verfügung stehen. Denn der Autofahrer steigt nicht mehr um. Es ist somit völlig abwegig, den Fernverkehr einseitig zu fördern und damit die verfehlte US-Eisenbahnpolitik zu wiederholen. Denn in den USA haben die privaten Eisenbahngesellschaften nach denselben wirtschaftlichen Grundsätzen gearbeitet und totalen Schiffsbruch erlitten.

Andererseits aber muß die Bundesbahn mehr sparen. Sie darf vorläufig keine kostspieligen Schnellbahnstrecken mehr bauen, zumal uns diese keine Autotransporte und keine Gittertransporte mehr zurückbringen werden (siehe USA). Und vor allem muß die Bundesbahn aus Kostengründen ihre zahlreichen technischen Basteleien (z. B. mit zeitraubenden Fahrkartendruckapparaten, klimatisierten Personenzugwagen, Großraumwagen usw.) erheblich reduzieren.

Der Bürger will in gemächlichen, individuellen Abteilen mit zahlreichen Gepäckstücken (in greifbarer Nähe) reisen und auf den Stationen das Fenster zu einem Abschiedsgespräch usw. öffnen können. Er will unabhängig von der Witterung, vom Straßenverkehr und vom Unfallgeschehen sein Ziel pünktlich und ausgereicht erreichen. Das war und ist die Stärke der Eisenbahn, deren Vorteile

Beweise erbracht werden konnten, obwohl das Verteidigungsministerium und der MAD ziemlich hektisch gesucht haben. Alle Vermutungen haben sich als verfehlt erwiesen. Auch die – von wem wohl? – ausgestreute Behauptung, General Rogers habe dem deutschen General nicht mehr die Hand geben wollen, hat sich als reine Unsinn entpuppt.

Schließlich und endlich ist ein sehr entscheidender Punkt überhaupt übersehen worden. Nämlich: Die Exportierbarkeit ist nicht unbedingt in der möglicherweise prominenten Situation und abartigen Veranlagung einer Person zu finden. Jede hochgestellte und exponierte Persönlichkeit, die zum Beispiel verheiratet ist, aber daneben eine Freundin hat, wäre dann ebenso erpressbar.

Aber – und dies ist wohl entscheidend: Erpressbarkeit ist nicht unbedingt eine Frage der Umstände, sondern des Charakters. Es gibt Menschen, die erpressbar sind, es gibt Menschen, die nicht erpressbar sind. Ich würde sagen, daß der deutsche General zu der zweiten Kategorie gehört. Jedenfalls ist ein Beweis des Gegenteils versucht worden, geschweige denn gegliedert. Dies allein hätte genügen müssen, die September-Vermutungen unter den Tisch zu fegen.

Mit freundlichen Grüßen
Curt Riess,
Zürich

Affäre Wörner

Wie der Fall Kießling zur Affäre Wörner wurde

Die Schilderung der Affäre Wörner durch Rüdiger Moniac hat mich befremdet, um nicht zu sagen entsetzt. Nach seinen Worten gäbe es gar keine Affäre, hätte der Minister den General einfach hinausgeworfen, ohne ihm zu sagen, warum. Das mag nach Paragraph 50 des Soldatengesetzes möglich sein, ist aber nach dreißigjähriger Dienstzeit geradezu unmenschlich – und so etwas kann man doch nicht empfehlen!

Was man dem Minister zum Vorwurf machen muß ist, daß er es nicht für nötig befunden hat, mit seinen Vertrauten, die da ebenfalls kompromittiert sind, die Tatsache zu erläutern, daß man bis in den September hinein dreißig Jahre lang nie das geringste über die angebliche Homosexualität des Generals gehört hatte. Wäre er homosexuell, hätte sich das sicher bei den zahlreichen Untersuchungen und Durchleuchtungen, die ja ganz routinemäßig in der Armee stattfinden, herausgestellt. Aber nie gab es auch nur den leisesten Verdacht, geschweige denn irgendeinen handgreiflichen Beweis.

Ferner hätte erwähnt werden müssen, daß für diese vagen Gerüchte auch im September nie die geringsten

Nicht erledigt

Flüchter entläßt über KKD-Antwort

In dem o. a. Beitrag heißt es, Bischof Lohse habe sich bereits in Vancouver mit den Thesen von Frau Sölle kritisch auseinandergesetzt. Das war im August 1983, als ganz Deutschland in Urlaub war oder den

Wort des Tages

„Es ist nicht nötig, daß es mehr Geld auf der Welt gibt, mehr D-Züge, mehr Parteien, Sekten, Vereine, Weltanschauungen. Aber es ist nötig, daß es etwas weniger Tränen auf der Welt gibt, etwas weniger Unrecht, etwas weniger Gewalt, etwas weniger Qualen.“

Ernst Wieckert, dt. Autor (1877-1959)

von Gott geschenkt. Jahrhundertsummer in vollen Zügen genossen! Wer nahm da schon Notiz von einer über den großen Teich geflatterten kritischen Äußerung?

Aber die Saat von Dorothee Sölle geht auf. Sie wurde z. B. eingeladen, der Synode in Hamburg/Kirchenkreis Stomarn detailliert ihre Auffassung darzulegen; dabei wurde sie unterstützt durch eine weitere Pastorin. Hinterher stand in der Kirchen-Zeitung eine ausführlich lange „Würdigung“ durch den Propst! Das heißt also, der „Fall Sölle“ ist nicht mit einer kritischen Auseinandersetzung erledigt, und es ist den Flensburger Pastoren zu danken für ihren Einsatz einer „Anrufung“ des Rates der KKD.

Mit freundlichen Grüßen
Barbara Walther
Hamburg 78

Andere Schlacht

„Mit zur eigenen Meinung“: WELT vom 23. Januar

Die fragliche Schlacht mit General von Seydlitz war nicht die von Zorn-dorf, sondern von Rossbach.

W. Januschek,
Travemünde

Unbegreiflich

„Götter Gras und Weidewirtschaft“: WELT vom 19. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, nun geht der Weg nach „Weimar“ doch unauffällig voran. Wenn ein Grass öffentlich erklärt, er werde „in Zukunft das tun, was früher im allgemeinen Sprachgebrauch Weidewirtschaft genannt wurde“, dann ist nicht begreiflich, wie es an Voraussetzungen fehlen sollte, Strafanzeigen gegen Grass u. a. Folge zu leisten. So mögen sie denn weiter „Verweigern den Dienst!“ ungestraft verbreiten können. Videant consules!

W. Fehse,
Lüneburg

Vorgeschmack

„Staatstheater“: WELT vom 21. Januar

Beim Weg hinauf in der Laufbahn

halte Dich unten nicht lange auf. Auf die alte Ochsentour kommst Du zur halben Höhe nur. Denn die obere Hemisphäre jeder guten Karriere ist blockiert und reserviert für die Partei, die gerade regiert. Drum: durch Gewissen nicht beengt und durch Charakter nicht beschränkt spring an den Ochsen rasch vorbei mit dem Buche der Partei! Glückauf! Ihr treuer und meist einverständlicher Leser

Walter Lüdde-Neurath
Garmisch-Partenkirchen

Personalien



Karl-Heinz Narjes

FOTO: WOLFF, PRANGE

britischen und kanadischen Lager-Universitäten und schließlich an der Uni Hamburg. Nach Staatsexamen und Promotion begann er 1953 bei der Oberfinanzdirektion in Bremen. Zwei Jahre später wechselte er in das auswärtige Amt über. 1957 arbeitete er in der „Sprungbrett-Abteilung“, der Pressestelle des AA. 1958 holte ihn Professor Hallstein nach Brüssel, wo er dann Kabinettschef, Mitarbeiter und enger Vertrauter Hallstein's wurde. In die Politik zog es den CDU-Mann 1969. Er wurde Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein. 1973 kam er in den Bundestag. 1981 kehrte er nach Brüssel zurück.

VERANSTALTUNGEN



Gute Stimmung am Rhein. Links: Ulrich K. Wegener, Kommandeur des Grenzschutzes West mit Bullenordensträger Heiner Lohmer. Rechts: Franz Josef Strauß bei den Neuren.

FOTOS: AP

Franz Josef Strauß kam zusammen mit Ehefrau Marianne am Wochenende in „narrischer Mission“ an den Rhein. Der bayerische Ministerpräsident wurde hier Schirmherr einer blauweiß-weißblauen narrischen Koalition zwischen der Prinzengarde Blau-Weiß Düsseldorf und der Narhalla der Bayernmetropole bei einem Gardebalk-Rheinische und Münchner Narren haben offenbar immer noch gut Lachen, auch wenn es um hohe Themen der Politik geht. Anspielend auf das Zwei-Kaiser-Bündnis von Berlin und Wien meinte Strauß, wenn es ein „Zwei-König-System“ zwischen Düsseldorf und München gäbe, dann gäbe es auch viele Gründe, an Bonn vorbeizufahren. Strauß nahm

den Abstecher in die Landeshauptstadt zum Anlaß, auch bei Düsseldorf's Oberbürgermeister Josef Kürten im Rathaus vorzusprechen. Hier trug er sich in das „Goldene Buch“ ein. Die professionellen rheinischen Narren beschenken Strauß mit einer „Goldenen Pritsche“, die „zum Zuschlagen auch bestens geeignet“ sei, hieß es. Berlins Bürgermeister, Innensenator Heinrich Lummer (CDU), wurde in Bad Godesberg neuer Träger des „Bullenordens“, den im rheinischen Karneval der „Bund Deutscher Kriminalbeamter“ verleiht. Lummers Verdienste um die „innere Sicherheit“ wurden so auf heitere Weise gewürdigt. Träger des Bullenordens ist auch Außenminister Genscher.

Zu Lasten der Empfänger

Rei. - Die Bundesregierung ist fest entschlossen, "Beschäftigungshemmer" zu beseitigen. Nach dem Frauen- und Jugendarbeitsgesetz sind jetzt die Betriebsrenten dran. Das Arbeitsministerium hat eine zu große Kostenbelastung für die Wirtschaft ausgemacht, die die Betriebsrenten zuzusagen, bremse. Auch habe sich der Pleiten-Fall AEG verhängnisvoll ausgewirkt. Damals hatten die im Pensionssicherungsverein zusammengeschlossenen Firmen für überhöhte Pensionszusagen einstehen müssen. Insofern sind die Überlegungen des Arbeitsministeriums sinnvoll und verständlich. Doch will man jetzt so scharf herangehen, daß sich der Verdacht aufdrängt, daß die Betriebsrenten zur Zusatzversicherung werden soll in Fällen unzureichender Sozialrente.

Hoher Einsatz

W. - Mit viel Getösel und Getöse im voraus, mit Pomp und (zu) großer Show kam der neue, ganz wie man es von seinem Stammhaus gewohnt ist: Mackintosh, jüngster Sproß der kalifornischen Apple Computer Inc. Die Ansprüche des neuen Personal Computers sind hoch angesetzt. Einen neuen Industriestandard soll er setzen, dem "Apple" den Rang eines technologischen Marktführers verschaffen und derlei Dinge mehr. Ein eigenes vollautomatisches Werk für 17 Millionen Dollar wurde für ihn errichtet, das alle 27 Sekunden einen der wunderbaren Mikrocomputer ausspucken soll. Schon zuvor waren 20 Millionen Dollar in die Forschung geflossen, weitere 20 Millionen werden für die ersten 100 Tage der Einführung draufgehen. Zweifellos ein hoher Einsatz für ein Unternehmen, das 1983 knapp 77 Mill. DM verdient hat und nichts anderes baut als Personal Computer. Ob es sich auch rechnen, bestimmt der Kunde. Ihn zu gewinnen, wird immer schwieriger in Zeiten, die auch die ganz großen Computerhersteller Apples Stammmarkt entdeckt haben. Kein Wunder, wenn in der Branche gemunkelt wird, daß Mackintosh (übrigens eine amerikanische Apfelsorte) das Apples letztes Aufgebot sei.

Diffuser Ölmarkt

Von HANS BAUMANN

Lange versunken in den Wellen eines bewegten Weltölmarktes ist das Bild vom Bau einer Raffinerie, deren Produkte ihr problemlos abgenommen wurden - zu guten Preisen. Der Benzinmarkt 1983 und auch sein gegenwärtiger Zustand vermitteln völlig neue Erkenntnisse. Die Ölwirtschaft hat die Schocks von 1973/74 und 1979/80, die weltweite Rezession herbeiführten, noch längst nicht verkraftet.

Der Heizölverbrauch in der Bundesrepublik ist um 40 Prozent zurückgegangen, mit rund 14 Millionen Tonnen Absatz halbierte sich der Schwerölabsatz praktisch. Nur der Benzinabsatz und die nichtenergetischen Mineralölprodukte (Chemierohstoffe) konnten bisher ihren Markt halten. Vom Benzin ist man sicher, daß es von heute fast 24 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf rund 15 Millionen Tonnen in der Bundesrepublik zurückfallen wird, weil die Motoren das Saufen verlieren.

Solche tiefgreifenden und zum Teil auch ruckartigen Veränderungen der Märkte machen Strukturkorrekturen und - hier und da - auch Strukturbrüche unvermeidbar. Von fast 160 Millionen Tonnen Raffineriekapazität werden 1990 noch - vielleicht - 90 Millionen Tonnen übrigbleiben. Sie sind nicht pflichtvergessen, aber der Markt hat die Mineralölkonzerne weitgehend aus der Versorgungspflicht, die sie einst wie ein Banner vor sich hertrugen, entlassen.

Beim Rohöleinkauf wurde die traditionelle Kontraktbasis verlassen. Der Taumel am Spotmarkt begann, dem aber inzwischen eine ungeahnte Disziplin ein Ende bereitet. Der Ölmarkt ist diffus, vielleicht sogar ein wenig kopflos. Niemand weiß, ob seine Strategie das Überleben garantiert. Da man aber eine Strategie braucht, um wieder Schritt zu fassen, hat jeder eine andere. Der früher so einfache Rat des Marktes: Produziere und verkaufe, taugt nicht mehr.

So bleiben Esso, Mobil und Texaco im hohen Maße dem Rohölkontrakt treu, weil sie die Erfahrung lehren, daß sie auch künftig mit Saudi-Arabien gut fahren werden, obwohl ihnen als Aramco-Partner zur Zeit nicht ein Pfennig Bonus im Rohöl-

preis zufließt. Sie hoffen auf bessere Tage. BP, Shell und Veba Oel gingen dagegen in verstärktem Maße an die "offenen" Märkte, weg vom Kontrakt, der mit seinen roten Zahlen ihre Existenz bedrohte.

Nicht anders in der Verarbeitung. Drei große Gesellschaften bleiben ihrer - auch reduzierten - Destillation treu, weil sie sicher sind, daß der deutsche Ölmarkt nur seiner Pufferaufgabe in schwierigen Zeiten mit Eigenverarbeitung gerecht werden kann. Andere trennen sich von ihrer Destillation zum Teil, verarbeiten Toproducts (BP in Dinslaken und Hamburg oder Texaco, die ihre Topdestillation von 15 Prozent binnen zwei Jahren auf 25 Prozent ausbaut).

Konvertieren war das Zauberkort, weil das Schweröl plötzlich zum angenehmsten aller Rohöle geworden war. Die Esso baute ihren Coker und die Shell ihren Super-Hydrocracker bei Gendorf und Veba Oel setzt auf Schweröle aus Venezuela.

Nie war Lohnverarbeitung so im Schwanze wie in dieser Zeit. Esso bei BP, Shell bei der Esso, Esso bei Veba. Niemand geht mehr mit festen Schritten durch die Mineralölwirtschaft, alle versuchen, auf Zehenspitzen ihr Heil zu finden.

Joint ventures kommen hinzu, Veba-Venezuela, Wintershall im Gespräch mit Mittelöst, UK Wesseling über Hoechst mit Kuwait - von Gerüchten zu schweigen. Auch Upstream (Förderung) knüpfen sich neue Bande, die auf Integration über die Grenzen (und Jahre) hinweg hoffen lassen. Zu 50 Prozent baut Shell in Saudi-Arabien an der Jubail-Raffinerie, zu 50 Prozent die italienische Petrola an der Rabigh-Raffinerie der Saudis und Mobil ebenfalls zu 50 Prozent in Yanbu am Roten Meer. Man rechnet damit, daß die Opec 1986 bis 1990 rund 385 Millionen Tonnen Mineralölprodukte am Weltmarkt unterbringen möchte. Das wird man nicht über den Preis tun, weil man sich damit den Rohölrisiko zerstört. Joint ventures könnten vielleicht helfen. Nur sollte bei dahin der deutsche Ölmarkt "bestellt" sein. Mit Problemen werden uns dann zur Genüge die europäischen Ölnachbarn eindecken.

WERBUNG / Handelsorganisationen und Automobilindustrie liegen an der Spitze

Der Anteil der Tageszeitungen und Zeitschriften hat sich leicht erhöht

JAN BRECH, Hamburg
Die 1983 einsetzende Belebung der Konjunktur hat auch den Werbemarkt positiv beeinflusst. Nach Angaben der Gesellschaft für Werbestatistik Schmidt & Pohlmann GmbH, Hamburg, sind die Investitionen in Medienwerbung im vergangenen Jahr um 614 Millionen Mark oder 6,8 Prozent auf 9.657 Millionen Mark gestiegen. Es wurde für rund 36 500 Marken und Dienstleistungen in den Printmedien sowie in Rundfunk und Fernsehen geworben.

Der Anteil der Printmedien an den Gesamtinvestitionen hat sich dabei leicht von 75,3 auf 76,2 Prozent erhöht, wobei das Schwerkrieg bei Publikumszeitschriften und Tageszeitungen lag. In den Publikumszeitschriften wurde insgesamt für 3,97 Milliarden Mark geworben, in Tageszeitungen für 2,96 Milliarden. Auf Fachzeitschriften entfielen 427 Millionen Mark oder 4,4 Prozent. Bei den Zeitungen sind in diesen Angaben die Werbeanforderungen für Rubriken, Werbung, den Immobilien-, Kraftfahrzeug- und Arbeitsmarkt nicht enthalten.

Der Anteil der elektronischen Medien ging im vergangenen Jahr dem gegenüber von 24,7 auf 23,8 Prozent zurück. Vor allem das Fernsehen büßte mit Gesamteinnahmen von 1,6 Milliarden Mark 0,5 Prozentpunkte ein (16,2 nach 17,3 Prozent im Jahr 1982). Auch der Anteil des Rundfunks sank von 7,4 auf 7,1 Prozent. Für Rundfunkwerbung insgesamt wurden 686 Millionen Mark ausgegeben.

Wenig geändert hat sich 1983 das Werbe-Volumen. Während bei den Zeitungen ein Verlust von 4326 Seiten oder zwei Prozent eintrat (insge-

AUSSENHANDEL

Deutsche Exporte werden in diesem Jahr weiter steigen

VWD, Darmstadt
Die deutschen Exporte werden in diesem Jahr weiter steigen, meint Kurt Werner, Vorsitzender des Außenwirtschaftsbeirates beim Bundesministerium für Wirtschaft. Die besseren Auftragslagen des Herbstes 1983 ließen dies erwarten, sagte Werner in einem Interview mit den "Nachrichten für Außenhandel".

Die neuesten Zahlen zeigten, daß eine bedenkliche Exportlücke zu nächst einmal abgeschlossen worden sei. Der Export habe Gelegenheit, sich zu erholen. Die Auftragslagen richteten sich vorwiegend noch auf Grundstoffe und Produktionsgüter. Daß auch Investitionsgüter wieder etwas stärker begünstigt würden, lasse auf Besseres hoffen. Im Vordergrund stehe bislang die Nachfrage aus den USA, Kanada und Großbritannien. Aber auch Entwicklungs- und Staatshandelsländer meldeten wie-

VEREINIGTE STAATEN

Das riesige Handelsdefizit wächst unaufhörlich

H.A. SIEBERT, Washington
Obwohl seit Monaten vorausgesagt ist, der Schreck groß: Im Außenhandel haben die USA 1983 das höchste Defizit in ihrer Geschichte erwirtschaftet. Es betrug 69,4 Milliarden Dollar (rund 196 Milliarden Mark), verglichen mit 42,7 Milliarden Dollar im Vorjahr. Die Einfuhren stiegen um 5,9 Prozent auf 269,9, die Exporte sanken dagegen um 5,5 Prozent auf 200 Milliarden Dollar.

Was sich abspielte, erinnert an die 60er Jahre: Der überstarke Dollar verbilligt ausländische Güter mit hoher Preiselastizität. Sie überschwemen den US-Markt und erhöhen den Lebensstandard in Amerika. Bezahlt werden sie mit Dollar, dessen Abwertung unvermeidlich ist. Auf der Ausfuhrseite verteuern sich US-Waren; das schwächere Konjunktur in Abnehmerländern. Beides soll die US-Wirt-

US-AKTIENMÄRKTE

Anleger suchen vergebens nach einem Wegweiser

H.A. SIEBERT, Washington
Selten war die Wall Street so hin- und hergerissen wie in diesen Tagen. Einerseits wünscht sie sich eine Fortsetzung der republikanischen Regierung in Washington, die durch massive Steuererleichterungen die Konjunktur angekurbelt und besonders im Finanzbereich eine breite Deregulierung durchgesetzt hat. Der mögliche demokratische Kandidat Walter Mondale hat ihr schon einen gehörigen Schock versetzt: Er will die Reichen und die Unternehmen wieder stärker anzapfen; für ihn ist der Steuerabbau zu weit gegangen.

Andererseits ist an den US-Aktienmärkten deutlich die Enttäuschung über Präsident Reagans Bericht zur Lage der Nation, der als vage Wahlkampfrede in die Geschichte eingehen wird, zu spüren. Hinsichtlich der dringend gebotenen Reduzierung der Rekordhaushaltsdefizite suchen die Broker vergeblich nach einem Wegweiser: Die Werten stehen 80-20, daß die unparteiische Kommission nichts bewegen wird. Die Demokraten wollen im Wahljahr nichts mit dem "Reagan-Defizit" zu tun haben, zumal sich der Präsident weigert, mit eigenen konkreten Vorschlägen wie Steuererhöhungen und weiteren Ausgabenkürzungen voranzugehen.

Ausgebrochen ist zudem ein neuer Streit in der Administration über wichtige Passagen des "Economic Report", der am Donnerstag einen Tag nach dem Budget des Kongresses vorgelegt wird. Reagans Chefökonom Martin Feldstein beschreibt im

Entwurf das Haushaltsdefizit als die eigentliche Ursache der hohen Zinsen, des starken Dollars und des enormen Passivsaldo in der US-Handelsbilanz. Die Minister für Finanzen und Handel, Regan und Baldrige, lehnen diese Kausalkette ab. Baldrige will auch nichts mit Außenbeziehungen über Industriepolitik und Protektionismus, wie es heißt, zu tun haben. Umstritten ist vor allem dieser Feldstein-Satz: "Die Wettbewerbsprobleme der USA sind leicht zu lösen und zwar durch eine Verringerung des Dollarwertes und eine umsichtige Geld- und Fiskalpolitik".

Dies alles vergrößert natürlich die Unsicherheit. So überraschte es nicht, daß die US-Aktienmärkte die schlechteste Woche in sechs Monaten registrierten. Der Dow-Jones-Industrie-Index fiel um 29,11 (Freitag, technisch bedingt: plus 0,31) auf 1230, der breiter gestreute Nyse-Index um 1,36 (minus 0,11) auf 94,77 Punkte. Zu den Verlierern gehörten Fluggesellschaften sowie Technologiewerte, darunter IBM. Broker halten einen Rückgang des "Dow" auf bis zu 1050 Punkte im Sommer für möglich.

Folgt man der Wall Street, dann flauen die Unternehmensgewinne langsam ab, was auch mit der Aufschwungsdauer zusammenhängt. In Washington trifft sich heute und morgen das Offener-Markt-Komitee des Federal Reserve Systems. Festgelegt wird der Geldkurs für 1984. Wie er ausfällt, teilt Notenbankchef Volcker dem Kongreß am 7. Februar mit. In Manhattan rechnet man mit leicht erweiterten Zielkorridoren.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Veba-Aktion erfolgreich

Bonn (tr) - Der Verkauf der Veba-Aktien des Bundes ist nach Angaben von Finanzminister Gerhard Stoltenberg erfolgreich verlaufen. Stoltenberg teilte gestern mit, nach Angaben des mit der Plazierung der Aktien beauftragten Bankenkonsortiums seien rund 40 000 Aktien gezeichnet worden. Nach Auffassung des Bankenkonsortiums werde sich diese Zahl bei der abschließenden Bilanz noch erhöhen, wenn die Meldungen aller Institute vorliegen. Während im Bundeshaushalt 1984 als Einnahme aus den Veba-Verkäufen nur 700 Millionen Mark eingeplant seien, werde sich nach der endgültigen Abrechnung eine Haushaltseinnahme von 760 bis 770 Millionen Mark ergeben.

Weg der Kurse

	27. 1. 84	28. 1. 84
Boeing	46,125	48,625
Chrysler	30,375	30,875
Citibank	37,625	36,75
Coca-Cola	51,625	52
Exxon	39	38,25
Ford Motors	42,375	44,125
IBM	114,375	117,125
PanAm	8,375	9
US Steel	31,25	31,125
Woolworth	33,875	33,375

Gebremste US-Löhne

Washington (Sbt.) - So etwas hat es in den USA seit 16 Jahren nicht gegeben: Im ersten Aufschwungsjahr nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Rezessionen stiegen die Löhne 1983 nur um 2,6 Prozent, verglichen mit 3,8 Prozent im Vorjahr. Der Satz gilt für das erste Jahr eines dreijährigen Tarifvertrages, der in Amerika üblich ist. Für das zweite und dritte Jahr beträgt die Zunahme jeweils 2,8 (1982: 3,5) Prozent. Betroffen waren drei Millionen Gewerkschaftsangehörige, die davon noch 9,3 Prozent im ersten und 6,8 Prozent über alle drei Jahre durchgesetzt hatten. Im US-Handelsministerium meint man jedoch, daß der Tiefpunkt erreicht ist.

Neues Kapital zugeführt

Bonn (AP) - Mit Kapitalerhöhungen für die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Lastenausgleichsbank (LAB) hat der Bund in dieser Woche die Voraussetzung für neue Billog-Kredite an kleine Unternehmen und

für Firmenneugründungen geschaffen. Wie das Finanzministerium in Bonn mitteilte, wurde das Kapital der KfW um 100 Millionen Mark, das der LAB um 40 Millionen Mark erhöht. Die Aufstockungen, die im Haushalt 1984 bereits vorgesehen sind, schließen eine Kapitalzuführung von insgesamt 600 Millionen Mark bei der KfW und von 95 Millionen Mark bei der LAB seit 1982 ab. Die KfW hat 1983 an kleine und mittlere Unternehmen Kredite in Höhe von insgesamt 4,5 Milliarden Mark zugesagt. Die LAB vergab im letzten Jahr mit 1,3 Milliarden Mark doppelt so viele Darlehen zur Existenzgründung wie 1982.

Entlastung von 25 Milliarden

Bonn (dpa) - Arbeitnehmer, Familien mit Kindern und Gewerbetreibende ab 1988 bei der großen Reform der Lohn- und Einkommensteuer mit insgesamt rund 25 Milliarden Mark jährlich entlastet werden. Das ist die Absicht des Finanzministeriums, wie dessen Parlamentarischer Staatssekretär Hans-Jörg Häfke (CDU) in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur in Bonn erklärte. "Die steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern muß den Schwerpunkt bilden", forderte Häfke. Die für 1988 angestrebte Gesamtentlastung soll mit rund fünf Milliarden Mark über den steuerlichen Familienlastenausgleich und mit etwa 20 Milliarden über eine starke Abschwächung des progressiven Tarifs erreicht werden, insbesondere bei der breit besetzten Mittelgruppe, wo die Progression am stärksten steigt* (bei zu versteuerndem Einkommen zwischen 18 000 und 60 000 für Ledige sowie zwischen 36 000 und 120 000 für Verheiratete).

Londoner Kassapreise

	27. 1. 84	28. 1. 84
Kupfer (t/t)	891,5	893,5
Blei (t/t)	220,5	220,5
Zink (t/t)	712	696,5
Zinn (t/t)	863,5	863,0
Gold (999,9)	369,375	370,625
Silber (p/Unze)	379,50	383,50
Kaffee 1 (t/t)	199,5	197,5
Kaffee 2 (t/t)	208,5	207,5
Zucker (t/t)	126	132
Kautschuk (p/kg)	80,5	87,5
Wolle (p/kg)	454	447
Baumwolle 1 (cts/lb)	87,45	88,05

*) Abladung Mai; *) Abladung März; *) A-Index-Preis Liverpool

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



"Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln."

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.

Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift "Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik". Heft 18 der "Orientierungen" enthält Beiträge über die ordnungspolitischen Aufgaben heute, analysiert die Ergebnisse "neuer Wirtschaftspolitik", befaßt sich mit Problemen der Schattenwirtschaft und der "Leistungsgesellschaft".

berichtet über eine umweltpolitische Tagung der Ludwig-Erhard-Stiftung und bringt als Erstabdruck Ludwig Erhards Darstellung der Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform aus einem Streitgespräch mit Erik Nölting vom November 1948.

Möchten Sie "Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

BETRIEBSRENTEN / Eine Anpassung wird erwogen

Einstandspflicht begrenzen

GISELA REINERS, Bonn
Im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung macht man sich zur Zeit Gedanken darüber, wie die Betriebsrenten neu geregelt werden könnten. Das Thema scheint durch die AEG-Pleite aufgeworfen worden zu sein. Aktuell wurde es wohl wieder, nachdem eine Kommission, die im Regierungsauftrag über die „Harmonisierung der Alterssicherungssysteme“ nachgedacht hatte, die Bedeutung der Betriebsrente für die Altersversorgung betont hatte.

Die Betriebsrente, die auch für die Zukunft genutzt werden müsse. Allerdings bedürfe es einer Anpassung, denn eine übermäßige Kostenbelastung hat die Bereitschaft der Arbeitgeber zu betrieblichen Versorgungszusagen gemindert.

In seinem Vortrag nannte Baden drei Punkte, die darauf hindeuten, wie die Regierung sich die künftige betriebliche Altersversorgung vorstellen sieht:

● Die Höchstgrenze für die Einstandspflicht des Trägers der Insolvenzversicherung soll für laufende Betriebsrenten monatlich auf das Einfache der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung begrenzt werden. Bisher gilt die Einstandspflicht für das Dreifache der Beitragsbemessungsgrenze, die in diesem Jahr 5200 Mark im Monat beträgt. Von dieser Beschneidung wären die Pensionen vor allem der leitenden Angestellten und ähnlich Hochverdienender betroffen.

● Gleichzeitig solle die Einstandspflicht des Trägers der Insolvenzversicherung so beschränkt werden, daß er nichts zahlen muß, wenn der Pensionär schon über ein Alterseinkommen aus Sozialrente und anderen Versorgungsbezügen in Höhe von 85 Prozent des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Arbeitnehmers verfügt. Liegt das Alterseinkommen darunter, soll die Einstandspflicht nur bis zur Höhe von den genannten 85 Prozent gelten.

● Schließlich soll die Haftung eines persönlich haftenden Gesellschafters nach fünf Jahren nach Eintragung seines Ausscheidens im Handelsregister erlöschen, wenn dies mindestens ein Jahr vor Eintritt der Insolvenz geschehen ist.

„Daran zu denken“ sei jedoch auch, so Baden weiter, die Pflicht zur Anpassung der Betriebsrenten nach oben zu begrenzen. Zwar solle auch weiterhin der Kaufkraftverlust ausgeglichen werden, doch nur in Höhe des Nettolohnanstiegs für die aktive Belegschaft. Außerdem solle der Arbeitgeber von der Pflicht der Anpassung der Betriebsrente entbunden werden, wenn sie zusammen mit Sozialrente und anderen Versorgungsbezügen die schon einmal erwähnten 85 Prozent des Nettoeinkommens vergleichbarer Arbeitnehmer überschritten.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK / Finanzierungstätigkeit erneut ausgedehnt

Kleinere Projekte hatten Vorrang

WILHELM HADLER, Brüssel
Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat auch im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag zur Milderung des wirtschaftlichen Gefalles in der EG geleistet. Gestützt auf einen besonderen Auftrag der Staats- und Regierungschefs konnte sich ihre Finanzierungstätigkeit erneut um real 20 Prozent auf fast sechs Milliarden ECU (rund 13,6 Milliarden Mark) ausdehnen.

Vorrang hatten - wie aus einer Mitteilung des Instituts hervorgeht - Investitionen in strukturschwachen Gebieten. Dabei förderte die Bank stärker als in der Vergangenheit kleine und mittlere Projekte zur industriellen Modernisierung. Angestiegen sind auch die Darlehensbeträge für Vorhaben zur rationelleren Energienutzung. Außerdem hat die EIB sich verstärkt für den Umweltschutz eingesetzt.

Nach eigenen Schätzungen hat sich die Bank 1983 in der Gemeinschaft an der Finanzierung von Anlageinvestitionen im Gesamtwert von 18 Milliarden ECU (40,68 Milliarden Mark) beteiligt.

In Griechenland entsprachen ihre Darlehen etwa 5,8 Prozent, in Irland 6,9 und in Italien rund acht Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen. Die Zahl der dadurch geschaffenen neuen Arbeitsplätze ist auf 33 500 zu veranschlagen. Insgesamt konnte die EIB zur Sicherung der Beschäftigung von 475 000 Arbeitskräften beitragen.

Eine Aufgliederung nach Ländern zeigt, daß Italien mit einem Anteil von 47,7 Prozent wiederum der Hauptnutznießer der Bank war. Mehr als 60 Prozent dieser Mittel (rund 3,59 Milliarden Mark) flossen in den Mezzogiorno. Für ein Teil dieser Darlehen wurde darüber hinaus eine Zinsbonifikation gewährt, die aus dem EG-Haushalt finanziert wird. Zu den wichtigsten größeren Investitionen gehören automatisierte Fertigungsanlagen in der Automobilindustrie, die Erschließung von Ölvorkommen in der Adria, der Ausbau von Fernmeldeanlagen und die Weiterführung der Friaul-Autobahn, die die Verbindung zum österreichischen und deutschen Autobahnnetz herstellen soll.

In der Bundesrepublik erreichten die Finanzierungsbeträge 1983 rund 345 Millionen Mark (2,8 Prozent), der größte Teil dieser Mittel war für Vorhaben im Energiesektor bestimmt (295 Millionen Mark), vor allem in Form von Bürgschaften, die die Aufnahme von Darlehen bei anderen Kapitalgebern ermöglichen. Die Investitionen betrafen die Kernkraftwerke Philippsburg und Gundremmingen sowie die Leitung für sowjetisches Erdgas. Ferner leistete die EIB eine Bürgschaft für ein Darlehen an die saarländische Hüttenindustrie und finanzierte die Erweiterung einer pharmazeutischen Fabrik und den Bau eines Hotels in Niedersachsen.

Zur Finanzierung der aus Eigenmitteln gewährten Darlehen hat die Bank 1983 Anleihen im Gegenwert von rund 3,6 Milliarden ECU (rund 8,14 Milliarden Mark) aufgenommen. Je zur Hälfte wurden diese Mittel in Währungen der Gemeinschaftsländer (oder in ECU) und in US-Dollar, Yen, Schweizer Franken, kanadischen Dollars oder österreichischen Schillingen aufgenommen.

FRANKREICH / Scharfe Kritik an der Finanzpolitik

Gleichgewicht weit entfernt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unerwartet scharfe Kritik an der französischen Wirtschafts- und Finanzpolitik übte der Gouverneur der Banque de France, Renaud de La Genière, in einem vielbeachteten Vortrag vor der Pariser Akademie der politischen Wissenschaften. Trotz ihrer jüngsten Sanierungsmaßnahmen sei die Regierung noch weit davon entfernt, das Gleichgewicht des Landes wieder herzustellen. An der Defizit-Wirtschaft habe sich bisher nicht viel geändert.

Frankreich muß nach Auffassung des Notenbankpräsidenten dringend Leistungsüberschüsse erzielen, um seine gewaltigen Auslandsschulden abzutragen. Voraussetzung dafür sei aber die Beseitigung der internen Defizite, insbesondere des Haushaltsdefizits. Mit Abwertungen allein wäre dieses Ziel nicht zu erreichen. (Dank der letzten Franc-Abwertung war das französische Leistungsbilanzdefizit 1983 halbiert worden.)

Die interne wie externe Defizit-Wirtschaft ist, wie La Genière versicherte, lediglich die Folge davon, daß Frankreich über seine Verhältnisse lebt. So hätten sich in den letzten fünf Jahren der Finanzbedarf der Unternehmen von 105 auf 285 Milliarden Franc fast verdreifacht, während sich die Ersparnisbildung der privaten Haushalte von 105 auf 200 Milliarden Franc lediglich verdoppelt. Der ungedeckte Fehlbetrag, der im Ausland finanziert werden mußte, erreichte damit zuletzt 85 Milliarden Franc.

Außerdem kritisierte der Notenbankpräsident die Zinspolitik, die in Frankreich in den Händen der Regierung liegt. Durch das System der quantitativen Kreditbeschränkungen würden die Zinsen real künstlich niedrig gehalten. Dies sei deshalb besonders schlimm, weil dadurch unrentable Investitionen gefördert werden. Damit aber würden die Wachstumschancen geschwächt.

REISEJAHR '84 / Früchte des scharfen Wettbewerbs

DER erwartet stabile Preise

INGE ADHAM, Frankfurt

Überwiegend stabile Preise für die Urlaubsangebote 1984 in den deutschen Reisebüros sieht Hans Glaser, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Reisebüro GmbH (DER). Denn der Wettbewerb um die Reisegroschen der immer sparsamer gewordenen Verbraucher ist so scharf geworden, daß die Anbieter schon von daher Vertiefungen scheuen und vielmehr versuchen Aufschläge in den Reiseländern durch gesickerten Einkauf wettzumachen. Daß die Kunden zunehmend Preise und Angebote vergleichen, spürt DER nicht nur an einem respektablen Zuwachs im Amerika-Geschäft, sondern vor allem an den gestiegenen Ansprüchen der Kunden an die Beratung im Reisebüro.

Trotz ungünstiger Markt- und Kostenbedingungen sei es - so betont Glaser - dem DER wiederum gelungen, eine ordentliche Ernte ins Haus zu fahren. Das Geschäftsjahr 1983 (31.12.) schließt für DER mit 2,06 Mrd.

DM Umsatz, 1,2 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dieser Rückgang resultiert freilich ausschließlich aus dem Bahnbereich: Der Bahnkassensatz in den Verkaufsagenturen fiel um knapp fünf Prozent auf 892 Mill. DM; dagegen legte DER beim Eigengeschäft 1,9 Prozent auf 1,17 Mrd. DM zu. Glaser wertet dies vor allem als Ausdruck des Erfolgs der breit gefächerten Leistungspalette von DER, was sich auch am guten Ergebnis der Sparte Touristik (Umsatz plus 9,5 Prozent auf 424 Mill. DM) zeigt.

In den 50 inländischen und zwei ausländischen DER-Filialen stieg der Umsatz um 1,4 auf knapp 494 Mill. DM und damit stärker als im Durchschnitt der 912 (i.V. 908) der dem DER-Vertriebsverbund angeschlossenen Reisebüros. Sie setzten 1983 rund 7,35 Mrd. DM um. Diese beachtliche Umsatzsteigerung bei hohem Beratungsaufwand ließ die durchschnittliche Nettoumsatzrendite weiter auf 0,7 (0,9) Prozent sinken.

NAMEN

Wilhelm Arendts, Sprecher des Vorstands der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank AG, München, feierte am 28. Januar den 60. Geburtstag.

Dr. Lothar Kibrecht, bis 1971 Vorstandsmitglied der fusionierten Industrieanlagen AG/Deutsche Industrieanlagen AG, Berlin/Düsseldorf, vollendete am 29. Januar das 80. Lebensjahr.

Hans-Karl Siebenmarck, Geschäftsführer der J.G. Niederegger GmbH & Co., Lübeck, vollendete am 31. Januar das 80. Lebensjahr.

Josef Turianx wurde vom bisher stellvertretenden zum Vorsitzenden des Vorstands der Stadtsparkasse München gewählt. Er ist Nachfolger von Alfred Lehner, der als Mitglied in den Vorstand der Bayerischen Landesbank Girozentrale berufen wurde.

Winfried Haastert (42), derzeit noch Vorstandsmitglied von Thyssen Henschel, Kassel, rückt am 1. April in den Vorstand der Thyssen Industrie AG, Essen, auf. Er löst dort Dr. Fritz Ludwig Poth (64) ab, der Ende März in den Ruhestand tritt.

RENTENMARKT / Geschäft ist lebhafter geworden

Kupontermin rückt näher

Der Rentenmarkt macht einen ganz guten Eindruck, besonders seit Mitte letzter Woche. Das Geschäft ist ein wenig lebhafter geworden, die Renditen gingen geringfügig zurück, im Emissionsgeschäft um 0,05 Prozentpunkte. Es macht sich der Kupontermin (1. Februar) bemerkbar, an dem einige Mittel zur Wiederanlage zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist das Angebot der Emissionsbanken

relativ knapp. Offensichtlich ist zur Zeit wenig Aktivgeschäft zu refinanzieren. Zudem hat der Bund keinen dringenden Kapitalbedarf, wie man unschwer aus den unattraktiven Renditen seiner Schuldscheine schließen kann. Er will allerdings in dieser Woche mit einer Anleihe an den Markt gehen. Ausländische Kaufinteressenten konzentriert sich auf Kurzläufende (ed.)

Emissionen	27.1.84	20.1.84	29.12.83	30.12.83	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,77	7,78	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,77	7,77	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,92	7,93	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	8,14	8,14	8,29	8,24	11,52
Kreditanstalten u. Körperschaften	7,91	7,94	7,90	7,85	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,63	7,66	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,36	8,37	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,91	7,93	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,94	7,98	8,08	8,45	10,32

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Herausgeber: Manfred Fohl und Hans von Schaper: Wirtschaftspartners Japan. Institut für Asienkunde Hamburg und Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan. 292 S., 34 Mark.

Rechtzeitig vor der Deutschen Leistungsschau in Tokio (23. April bis 6. Mai) ist die 2. erweiterte und verbesserte Auflage dieses nützlichen Handbuchs und Ratgebers für Japanreisende herausgegeben. Ein kompetentes Autorengepann hat das Werk auf den neuesten Stand gebracht und die Themen in leicht verständlicher Sprache behandelt. Neben Politik, Gesellschaft und dem täglichen Leben von Japanern und Ausländern im fernen Inselreich ist ein weiterer Bogen über alle Fragen der Geschäftspraxis in Japan gespannt. Aus der Fülle des Angebots seien genannt: Steuer- und Vertragsfragen, Außenwirtschaft einschließlich der Handelsbarrieren, Hinweise zum Marketing, Werbung, Messen und Ausstellungen, Formen geschäftlicher Präsenz, Finanzierung

und Bankgeschäft, Rechnungswesensvorschriften und Personalwesen. Auch so praxisbezogene Fragen wie die Anbahnung von Geschäften und die Anfertigung von Visitenkarten fehlen nicht.

Holbach-Kalender 1984, Zag, Schweiz, 99 Franken

Neben dem selbstverständlichen umfangreichen Kalendarium fällt an dem 84. Jahrbuch der 114 Seiten umfassende Anhang auf. Er bietet außer nützlichen Tipps für Geschäftsreisende vor allem Informationen für Kapitalanleger und Nachrichten aus dem Steuerrecht. Auch wenn man einige mehr oder weniger exotische Beiträge (ausländische Führerscheine, Erwerb von Dokortiteln im Ausland) beiseite läßt, bleibt eine Fülle wichtiger Informationen über das Bankgeheimnis, das Baubankmodell, die Lebensversicherung, das Warenverkehrsrecht und die Telefonverkäufe sowie über Goldmünzen und andere Fragen, die Kapitalanleger interessieren.

Weirich, Erben und Vererben, Handbuch des Erbrechts. Verlag Neue Wirtschaftsliteratur, 416 Seiten, 68 Mark.

Die wichtige und schwierige Materie erbrechtlicher Regelungen will dieses Handbuch zugleich wissenschaftlich präzise und allgemeinverständlich darstellen. Die beiden Hauptteile befassen sich mit der verantwortungsbewußten Gestaltung der Erbschaft, d.h. also Testament, Erbvertrag, Vermächtnis, Testamentsvollstreckung und Pflichtteil sowie mit leibzeitigen Vorbereitungen für den Erbfall und die Erbschaft, d.h. also Ehevertrag, Adoption, Schenkung, Stiftung und Rechtsnachfolge in das Unternehmen. Das Buch wendet sich nicht nur an den Fachmann als Berater, sondern auch unmittelbar an den ratsuchenden Erben und den verantwortungsbewußten Erblasser. Anmerkungen zur Steuer und Muster für Testamente ergänzen den Band.

HARRODS / Rund 45 Prozent des Umsatzes wird mit Ausländern erzielt

Geschäft übertraf Erwartungen

WILHELM FURLER, London

Welches ist das angesehenste Kaufhaus der Welt? In Großbritannien würde niemand zögern, diese Frage mit „Harrods“ zu beantworten. Davon abgesehen, spricht einiges dafür, daß das Nobel-Kaufhaus in Londons Knightsbridge auch im Ansehen der Ausländer ganz oben rangiert. Wie anders ließe es sich sonst erklären, daß rund 45 Prozent der Harrods-Verkäufe an Kunden aus dem Ausland gehen - in erster Linie an Amerikanern, Deutschen und Franzosen?

Nicht zuletzt das große Ausländer-Interesse hat dazu beigetragen, daß Harrods jetzt als erstes einzelnes Warenhaus der Welt ausgenommen japanische, die Umsatzmarke von 200 Millionen Pfund (knapp 800 Millionen Mark) innerhalb eines Geschäftsjahres überschritten hat. Es endet am 28. Januar, und bei Harrods wäre man sehr enttäuscht, wenn bis dahin nicht 220 Millionen Pfund (im Jahr zuvor 190 Millionen Pfund) erreicht worden wären.

Der Erfolg beruht vor allem auf der vergleichsweise hohen Qualität der angebotenen Waren - vom Spielzeug über Möbel bis zu Nahrungsmitteln. Der fatale Bombenanschlag eine Woche vor Weihnachten hat das Jahresgeschäft zwar beeinträchtigt: Lag der Umsatz des Weihnachtsgeschäftes vor dem Anschlag am 17. Dezember um etwa 25 Prozent über dem im Vorjahr, fiel der Vorsprung nach der Katastrophe auf plus 14 Prozent zurück. Aber dabei darf nicht vergessen werden, daß das Haus an jenem Tag vom frühen Nachmittag an

ganz geräumt werden mußte, und daß in den beiden darauffolgenden Geschäftstagen polizeiliche Absperren den Geschäftsablauf nicht unerheblich behinderten.

Um so erstaunlicher ist es, daß die Kunden trotz der Furcht vor weiteren Anschlägen in den verbleibenden drei Tagen bis zum 24. Dezember zu Harrods strömten. Doch die Weihnachtszeit ist für die Manager von Harrods traditionell die Zeit des Händereinsatzes. Mindestens ein Viertel des Jahresumsatzes entfällt bei dem Knightsbridge-Kaufhaus auf die sechs Wochen vor „Christmas“.

Dies liegt nicht allein an der vornehmlichlichen Kaufbessensheit der Briten wie der Ausländer, sondern auch an dem besonderen Weihnachts-Image von Harrods, dessen Fassade schon viele Wochen vor Weihnachten mit Hunderttausenden von Glühbirnen imposant nachgezeichnet wird.

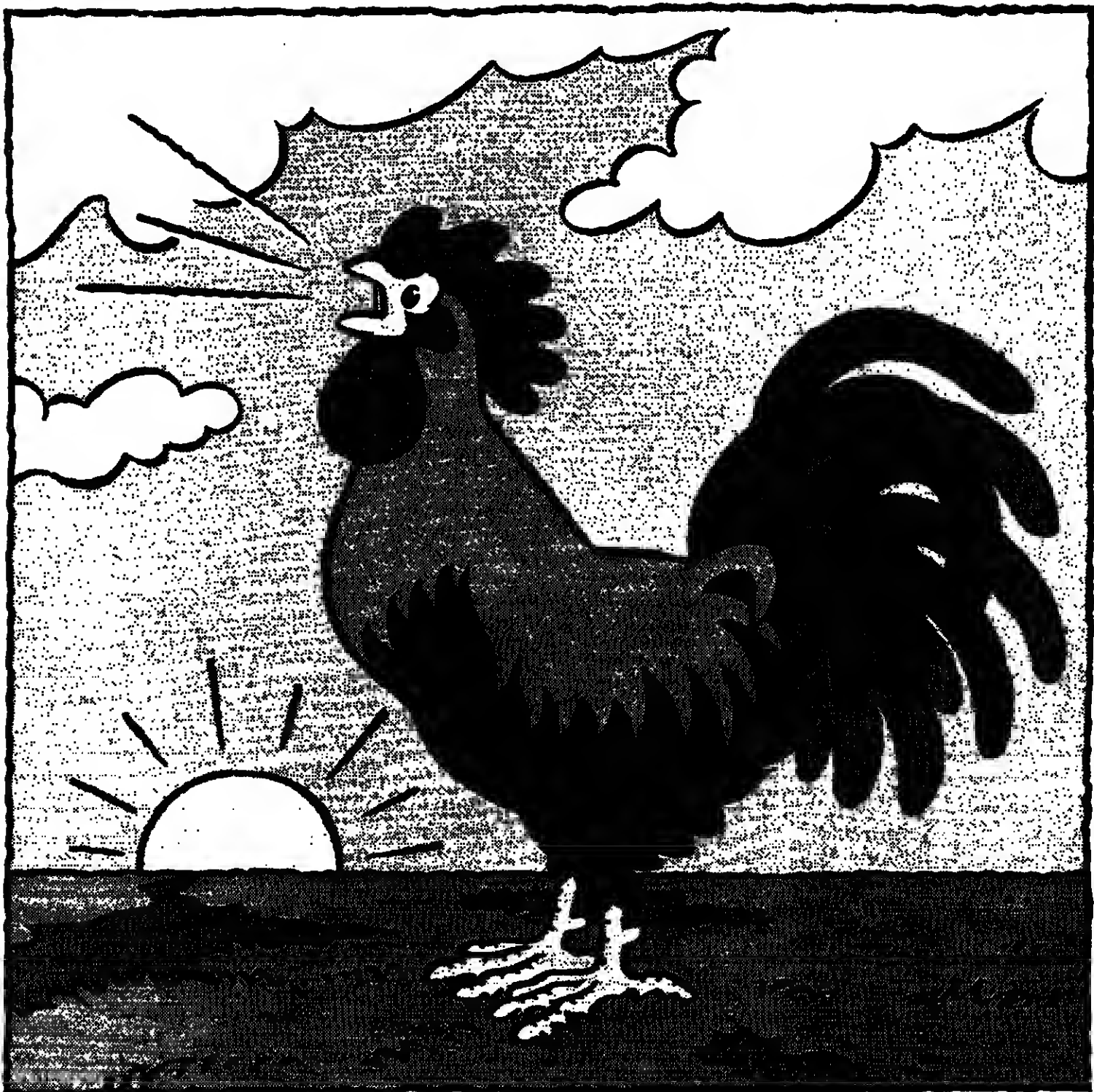
Im übrigen läßt das Haus seit 1981 ein aufwendig produziertes Weihnachts-Magazin drucken, das sich inzwischen im In- wie im Ausland größter Beliebtheit erfreut. Dabei ist es nicht gerade billig: Im Kaufhaus selbst und im britischen Zeitschriftenhandel wird es für umgerechnet sechs Mark angeboten, im Ausland gar für 5,50 Dollar.

terre eingeweiht - ein Vorgang, der Harrods mehr Presse bescherte als irgendeiner zuvor.

Für Exzentriker sind Angebote wie der Harrods-„Panther“ gedacht - eine Spezialversion des Jaguar XJ 4.2, mit goldbeschichteten Stoßstangen und Zierteilen und in harrodsgrünem Lack, ausgestattet mit Farbfernseher und Videogerät, kristallinen Karaffen und Gläsern in der Bar und nobelstem Teppichboden. Dafür kostet dieser Spaß 38 000 Pfund und damit 150 000 Mark. Dennoch läuft das Geschäft mit dieser „Karosse“ um deren Schaulustigkeit sich in der Herrenabteilung von Harrods regelmäßig Menschen-Trauben bilden, dem Kaufhaus-Management zufolge insbesondere bei Kunden aus Amerika und dem Vorderen Orient „ausgesprochen gut“.

Für begeisterte Fans mit enger gestecktem Etat werden aber auch unverkennbare Harrods-Präsenze zu erschwinglichen Preisen bereitgehalten: Die erste hauseigene Schallplatte mit dem Titel „A Touch of Harrods“, ein eigenes Parfum oder Harrods-Zigaretten. Daß das Kaufhaus, vor dem so viele Nobel-Limousinen der Marke Rolls-Royce vorfahren wie vor keinem anderen, zum Winterschlussverkauf regelrecht gestürmt wurde, scheint fast schon selbstverständlich. Jedenfalls wäre es mehr als verwunderlich, wenn der am 7. Januar begonnene und drei Wochen dauernde Schlussverkauf die 25 Millionen Pfund Umsatz des Vorjahres nicht deutlich übertreffen sollte.

NEU: TERMINGUT MIT DER BAHN. AUF ALLE FÄLLE MORGENS ZUR STELLE.



Frühmorgens, kurz nachdem der Hahn aus den Federn ist, kommt ab sofort der Termindienst der Bahn. Und zwar so zuverlässig, daß wir dafür garantieren. Sie bringen Ihre Sendung (bis 80 kg) einfach an einen der 50 Terminguthöfe. Montags bis freitags bis 17.30 Uhr. Am nächsten Morgen steht sie am Zielbahnhof garantiert bereit. Pünktlich um 8 Uhr (in wenigen Verbindungen bis 10 Uhr). Wenn Sie also künftig sicher sein wollen, daß Sie Ihre Termine garantiert einhalten können, sprechen Sie einfach mit Ihrem Kundenberater. Er hat noch mehr gute Argumente für den Termindienst, z. B. spätere Anlieferzeiten, zusätzliche Empfangsbahnhöfe usw. Sie können uns auch schreiben: DB-Termindienst, Postfach 1609, 6500 Mainz 1. Dann schicken wir Ihnen unsere Informationen postwendend zu.

Die Bahn

²⁾ Wareneinsatz (ohne Vorsteuer) minus Abschatz (ohne Marktwertsteuert; Gesamtkosten (ohne Unternehmerlohn und Zinsen für Eigenkapital); Gesamtkosten (einschl. Unternehmerlohn und Zinsen für Eigenkapital).

WINTERSPORT / Debakel der deutschen Skiläuferinnen – Viel Lob für die Eishockeyspieler – UdSSR-Bob disqualifiziert

Olympia-Tests: Die Nervosität und die Verkrampfung wachsen

Im Heiligen Hain des antiken Olympia, dem Ort, wo im Jahre 776 v. Chr. die ersten Olympischen Spiele stattfanden, ist gestern das olympische Feuer für Sarajevo entzündet und mit dem Flugzeug nach Dubrovnik gebracht worden. Die Athleten kämpfen noch um ihre Qualifikation oder testen ihre Form. Bei den deutschen Damen gab es dabei im alpinen Skilauf ein Debakel – Irene Eppe belegte lediglich Platz 50.

Irene Eppe stand auf den falschen Ski

Bei der Generalprobe für die Olympischen Winterspiele in Sarajevo sind die deutschen Abfahrts-Asse Marina Kiehl und Irene Eppe buchstäblich auf der Strecke geblieben. Beim anspruchsvollen Weltcup-Rennen in Megève, bei der fast alles von der Gleitfähigkeit der Skier abhing, belegten die beiden in dieser Saison so erfolgreichen Abfahrtsrinnen hintereinander die Ränge 49 und 50. Nur noch die sogenannten „Exotinnen“ aus Skandinavien oder Übersee lagen im Feld der 62 Läuferinnen, die das Ziel erreichten, hinter dem Erfolgs-Duo, das mit einem Rückstand von 3,54 (Kiehl) und 3,60 Sekunden (Eppe) auf die erstmals siegreiche 18 Jahre alte Schweizerin Michela Figini (1:36,49) notiert wurde.

Diplomatisch vermied Irene Eppe eine direkte Kritik an ihren Serviceleuten, die zweifellos das falsche Ski-Paar ausgewählt hatten: „Auf den Geraden habe ich gedacht, es läuft, aber in den Kurven merkte ich schon während der Fahrt, daß die Ski nicht richtig ziehen.“

Megève zeigte, wie entscheidend das Material im Skisport ist. In der am Freitag gestarteten Abfahrt, die nach der Nummer 13 der ersten Startgruppe wegen Nebel abgebrochen werden mußte, hatte Irene Eppe in Führung gelegen. Einen Tag später war sie auf gleicher Piste bei strahlendem Sonnenschein absolut chancenlos. Marina Kiehl hatte am Donnerstag mit zweimaligen Trainingsbestzeit ebenfalls Ansprüche auf einen Sieg gehabt. Wohl deshalb flüchtete Irene Eppe nicht in Resignation: „Am Freitag habe ich erlebt, daß ich auch auf Neuschnee gut fahren kann, was man mir bisher kaum glaubte. Ich weiß, daß ich in Form bin. Über dieses Resultat werde ich mir keine Gedanken machen.“

Zunächst war jedoch Heinz Kreeck, seit diesem Winter im Internationalen Ski-Verband verantwortlich für den Damen-Weltcup: „Es schadet dem Damen-Rennsport, daß man auf einer solchen Piste startet. Es ist keine Werbung für den Skisport, wenn die Mädchen am Start in die Hocke gehen und unten wieder aufstehen.“ Kreeck will in Zukunft die Abfahrt in Megève aus dem Weltcup-Kalender streichen lassen. Für die Abfahrt in Sarajevo war Megève jedoch ein deutlicher Fingerzeig, denn das Rennen um Olympia-Gold wird auf einer nur unwesentlich schwereren Strecke entschieden.

Und die Sache mit dem Material ist vielleicht auch nicht so sehr entscheidend. Beim Riesenslalom (Siegerin Erika Hess) belegte Irene Eppe gestern auch nur den 19. Rang. Ihre Schwester Maria und Marina Kiehl schieden schon im ersten Durchgang aus. Keine deutsche Läuferin auf einem Weltcup-Rennen in zwei Wettbewerben – das hat es seit langer Zeit nicht mehr gegeben.

Der Ingenieur und die Weltreize

Es war an dem Tag, als die Deutschen und die Franzosen sich wieder einmal uneins waren in der Agrarpolitik, der japanische Kaiser seinen 60. Hochzeitstag feierte und es in Bonn immer noch brodelte. An diesem Tag, kurz vor dem Abfahrtslauf in Garmisch, fragte der Ingenieur Eddy Finger den Klammer-Franz, wie es ihm gehe. Und der Klammer-Franz antwortete, es ginge.

Der Herr Ingenieur Finger vom Österreichischen Fernsehen, das ist jener Herr, der einst in Argentinien das Krank-Tor gegen Deutschland so feierte, als müsse Tor künftig mit 15 „O's“ gefüllt werden. Mindestens.

Der Herr Ingenieur also befragte den Klammer-Franz, und nicht nur ihn. Er hatte für das letzte Training in Garmisch ein Tableau angefertigt. Ein Tableau, auf dem er fein säuberlich wie ein Buchhalter die Antworten der besten österreichischen und Schweizer Abfahrer festhielt. Schließlich ging es elf Tage vor der olympischen Hang-Raserei um brisante Dinge, die daheim in Österreich die ganze Nation bewegten. Was hatte doch deren Ski-Cheftrainer Chany Kahr gesagt: „Eine verlorene Abfahrt hat zumindest den Stellenwert einer verlorenen Fußball-Weltmeisterschaft.“ Also im Grunde (viel) mehr.

Und so notierte der Herr Ingenieur Bräntes für die Nation daheim. Der Schweizer Erz-Gegner Franz Heinzer: „Ja, ich bin gesund.“ Zappardi. Der österreichische Weltmeister Harti Weirather: „Man wird sehen.“ Dessen Mannschaftskollege Erwin Resch: „Es geht, es geht.“ Peter Wirsberger: „Man muß schneller werden.“ Der Herr Ingenieur, nachdenklich über die Lesebillie schauend, lobte: Eine bemerkenswerte Variante.

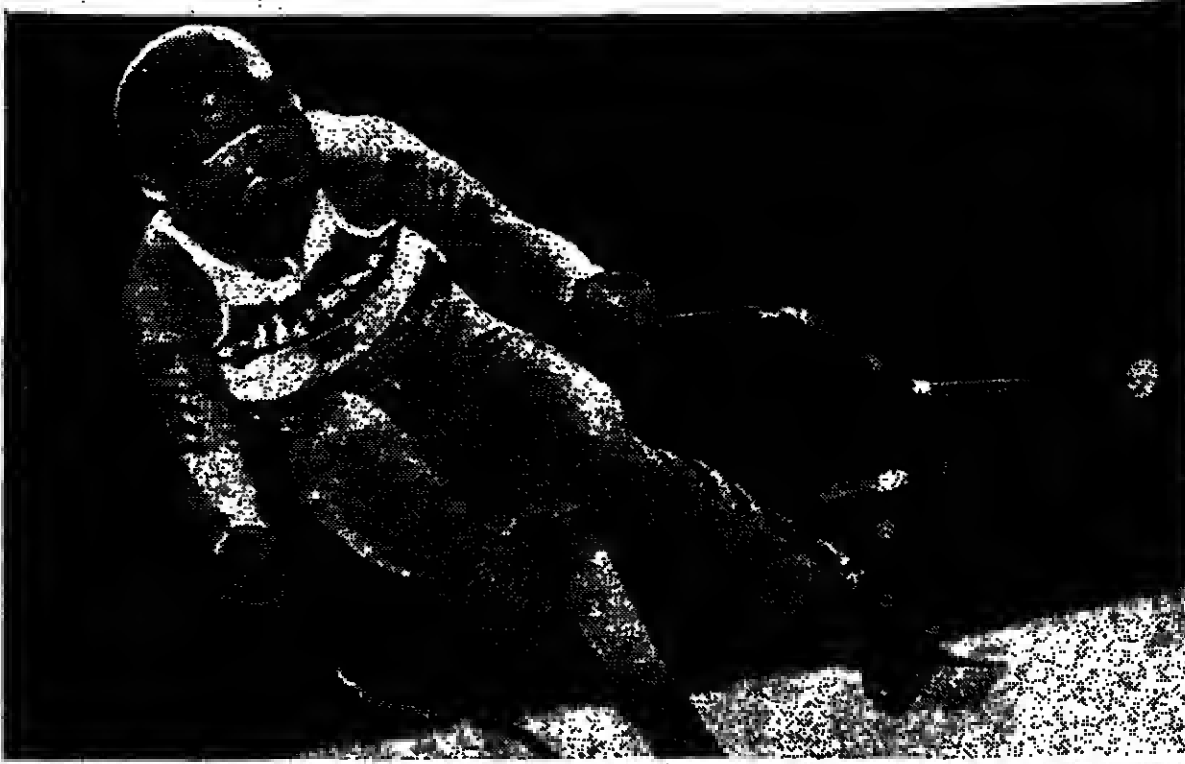
Kein Szenenwechsel: Gaby Schneider, acht Jahre alt und aus Berlin, saß auf dem Umkleekabinett und kniffte Wirsberger ungeniert in die Seite. „Du, Peter, ist es oben wirklich so eisig?“, Wirsberger mit Sorgenfalten auf der Stirn: „Ganz gewaltig.“ Gaby: „Du hast es dir doch so gewünscht, Peter.“ Und dann: „Siehst du Müti, der schummelt.“

Der Herr Ingenieur schloß seine Kladde – kopfschüttelnd.

Die Gäre aus Berlin aber war in ihrem Element. „Steve, ein Autogramm, Steve, bitte.“ Steve Podborski, der kanadische Abfahrtsstar, schüttelte mühsam den Kopf und sprach weiter seinen nichtendenden Monolog ins Mikrofon des kanadischen Rundfunks. Er klagte sein Leid: Breakfast, Lunch, Dinner und dazwischen immer nur Skifahren. Die Gäre aus Berlin: „Ich muß jetzt auch etwas essen.“

Podborski lachte, lachte aus vollem Hals. Das Interview über Leid und Last des Abfahrers, es war abrupt beendet.

KLAUS BLUME



„Ich habe in Garmisch gewonnen, weil ich noch weniger Angst hatte als die anderen.“ – Steve Podborski auf der Fahrt zum Sieg. Der 26 Jahre alte Kanadier war hier schon 1981 und 1982 erfolgreich. FOTO: DPA

Weltmeister Weirather: „Die Sache ist verfahren. Ich kenn' mich nicht aus“

KLAUS BLUME, Garmisch. Enrique de Ridder aus Argentinien war Letzter geworden. 26 Sekunden mehr als eine Ewigkeit im Abfahrtslauf, trennten ihn in Garmisch-Park von Sieger Steve Podborski aus Kanada. Doch Enrique de Ridder meint, so langsam käme er in Schwung für das olympische Rennen in Sarajevo. Harti Weirather, der Weltmeister aus Österreich, hatte Platz 17 belegt, und das wird ihm höchstwahrscheinlich die Olympia-Teilnahme in Sarajevo kosten. Den Weltmeister packt das Entsetzen, denn die Olympia-Teilnahme ist schließlich so etwas wie das Barometer seines Marktwertes. „Ich kenn' mich überhaupt nicht mehr aus. Aber aufhören mit dem Rennsport will ich noch nicht. Die Sache ist ganz schön verfahren“, klagt der 26 Jahre alte Tiroler.

Enrique de Ridder aus Argentinien wird also auf alle Fälle in Sarajevo dabei sein. Der Weltmeister wohl nicht. Abfahrtslauf verkehrt, oder? Vier Teilnehmer darf jeder Verband für Sarajevo melden. Ein Kontingent, das die Argentinier, alles andere als eine skifahrende Nation, nie ausschöpfen können. Die Österreicher aber könnten sogar acht Weltklassefahrer schicken, ebenso wie die Schweizer. Doch sie dürfen nicht. Und das ist das Dilemma des Harti Weirather. Seine Landsleute Resch, Klammer, Niederreiter, Höffner, Wirsberger, Flaschberger und Steiner waren in Garmisch allesamt schneller als er.

Und man kämpft auch noch der Slalom-Spezialist Anton Steiner um einen Platz im österreichischen Abfahrts-Team. Selbstbewußt sagt er: „Drei Weltcup-Abfahrten mit Platz zwei, drei und zehn – das ist doch etwas.“ Weirather hört's mit verärgelter Miene. Dann sagt er, mit einem Seitenblick auf den Sieger Steve Podborski: „Wenn ich bedenke, daß er dieselbe Ski-Marke fährt wie ich, aber ein anderes Modell benutzen darf, dann gehen mir schon ganz eigenartige Gedanken im Kopf herum.“

Mehr sagt er nicht, darf er nicht sagen, sonst wäre das Geschäftsgedächtnis und zum sportlichen Ärger käme noch der wirtschaftliche. Sein Firmenchef, der Herr Kommerzialrat Josef Fischer, versucht ihn zu trösten: „Man muß eben auch Opfer bringen können, Harti.“

In der Weltcup-Wertung der Abfahrtsrennen nach dem Garmischer Rennen den sechsten Platz ein. Er sagt: „Da bist du nun Weltmeister, da gehörst du auch weiter zu den Besten der Welt, da trainierst du wie ein Depp – aber das alles reicht nicht. Man sollte das olympische Reglement ändern.“

Das olympische Reglement ändern? Weirather stellt sich vor, daß gemäß der Weltregeln die besten 15 Abfahrer starten dürfen und zusätzlich die besten jein Verbände, die keine Weltklasse-Abfahrer stellen.

Das würde den Nominierungs-Streß in den großen Mannschaften auf alle Fälle mindern. Denn erst am Donnerstag, nach der Abfahrt in Cortina, werden die Österreicher und die Schweizer endgültig ihre Olympia-Mannschaft benennen.

Er könne ruhig schlafen, die Angelegenheit Sarajevo habe sich längst für ihn erledigt, sagt der Schweizer Chef-Trainer Rolf Hefti. Seine Fahrer aber sehen das ganz anders. Uns Bäder zum Beispiel, neben den beiden Österreichern Franz Klammer und Erwin Resch der überlegene Abfahrer dieses Winters, sagt, ich bin zwar für Olympia gesetzt, doch die Nervosität der anderen Schweizer Abfahrer drückt jetzt auch auf meine Form.

Da kämpft sein Mannschaftskollege Peter Müller geradezu verzweifelt um einen Platz im Schweizer Olympia-Team. Müller gehört seit Jahren zu den besten Abfahrts-Spezialisten der Welt, doch im Dezember fiel er statt durch Siege eher mit Platzierungen auf, die ein Debakel für ihn waren: Rang 61 und sogar Rang 72 bei Weltcup-Abfahrten. In Garmisch nun wurde der Hotelbesitzer aus Adliswil Vierter, doch er sagt: „Das war im

Grund immer noch nicht meine Leistung. Denn ich horche ständig in mich hinein, weil da immer noch die Angst vor einem Rückschlag nach meiner schweren Infektion im vorigen Jahr mitschwingt.“ Das führe unweigerlich dazu, daß er den Schwung noch nicht müde genug auf der Piste umsetzen könne.

Der Kampf der Stars führt zu Irritationen: Da tauchte zu aller Verblüffung auf einmal der schwedische Olympia-Sieger Ingemar Stenmark auf, um im Super-Riesenslalom zu starten, jener Mischung aus Abfahrt und Riesentorlauf. Der Schwede hatte zuvor stets erklärt, er würde sich an solchen Wettbewerben, die zu meist auf eisigen Abfahrtspisten stattfinden, nicht beteiligen. Doch weil Stenmark im Besitz einer B-Lizenz ist und deshalb in Sarajevo auf keinen Fall starten darf, möchte er nun zumindest den Gesamt-Weltcup dieses olympischen Winters gewinnen. Um sein Punktekonto dafür zu verbessern, nimmt er nun sogar das Risiko und Abenteuer des Super-Riesentorlaufes auf sich.

Ingemar Stenmark, der im Frühsommer Vater wird, aber mit seiner Freundin, Ann Urvagen, über eine Heirat noch nicht gesprochen haben will, belegte immerhin noch Platz fünf. Andreas Wenzel aus Liechtenstein gewann, er ist damit auch der erste Weltcup-Sieger der Saison: in der Kombinations-Wertung ist er nämlich nicht mehr einzuholen.

Bester Deutscher war Egon Hirt auf Platz zehn. Hirt ist bereits für Sarajevo qualifiziert.

Über Jochen Behle gibt es keine Diskussion. Aber sind hinter ihm die richtigen Langläufer für Sarajevo nominiert worden? Nach den deutschen Meisterschaften muß diese Frage gestellt werden.

Jochen Behle: „Ich muß etwas drauflegen“

WERNER JUNGE, Willingen. Eigentlich sollten die deutschen Meisterschaften im Nordischen Skisport in Willingen am Rande des Sauerlandes (DSV) vor den ersten Wettbewerben der Olympischen Winterspiele in Sarajevo die große Bestandsaufnahme bringen. Heraus kam zumindest in einigen Punkten nur Verwirrung. Langläufer Jochen Behle stellte sich in seinem Heimatort in Olympiapfand vor. Er gewann erwartungsgemäß die Titel über 15 und 30 km und brachte mit einem energiegelassen Lauf im 4 x 10-km-Staffellauf die Hessen auf den dritten Platz.

Trotzdem ist der 23 Jahre alte Oberfeldweber der Bundeswehr mit seiner Form noch nicht zufrieden. „Für Sarajevo muß ich schon noch etwas drauflegen“, zog er selbstkritisch die Bilanz der Meisterschaftstage. Zusammen mit Karin Jäger reiste er gleich nach der Siegerehrung nach Pontresina/Schweiz, um in rund 1800 m Höhe weiter für Olympia zu trainieren.

In Willingen saßen dem neunmaligen deutschen Langlaufmeister die Konkurrenten hart auf den Fersen. Die Zeiten, in denen er bei Titelkämpfen des DSV mit großem Vorsprung siegte, scheinen vorbei zu sein. Da ist einmal der Münchner Stefan Dotzler, hinter Behle zweimal Zweiter über 15 und 30 km, und vor allem der nicht für die Olympischen Spiele nominierte Schwabe Dieter Notz aus Dettingen/Erms.

Der 28 Jahre alte Oberfeldweber der Bundeswehr stellte in Willingen den Nominierungsmodus des DSV auf den Kopf. In den Einzelwettbewerben wurde er jeweils Dritter, zum Teil mit großem Vorsprung vor den nominierten Franz Schöbel, Peter Zipfel (Kirchzarten) und vor allem Gysi Schneider (Grafenau). Im Staffeltwettbewerb lief Dieter Notz sogar eine um vier Sekunden schnellere Zeit als Jochen Behle, war sieben Sekunden schneller als Stefan Dotzler und 38 Sekunden schneller als Peter Zipfel.

Trotzdem werden die Olympischen Winterspiele ohne den Schwaben stattfinden. Bei den als Qualifikationsrennen des DSV angesetzten Weltcup-Langläufern im Dezember laborierte er an einer Armverletzung und erreichte nicht die erwarteten Leistungen. Bedingt durch den ungünstigen Termin dieser Meisterschaften können die Ergebnisse für die Nominierung nicht mehr herangezogen werden.

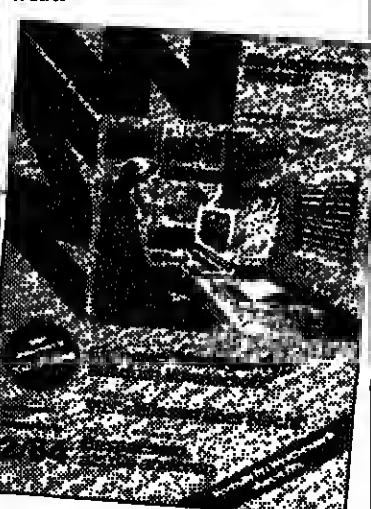
Diese Tatsache sorgte hinter den Kulissen der Willinger Meisterschaftstage für Ärger. Der Schwarzwälder Skisportwart Fredy Stober aus Freiburg: „Im DSV muß einiges geändert werden. So geht es einfach nicht weiter.“ Er spielte damit auf die Tatsache an, daß vor allem die Trainer meist nur das tun und planen, was im Konzept des allmächtigen Bayerischen Skiverbandes paßt. In der Schußlinie steht vor allem auch Langlauf-Bundestrainer Detlef Nirschl. „Er hätte wissen müssen, daß Dieter Notz ein Spätkommer ist“, schimpfte Schwabens Sportwart Hans Kolb, der mit einem Beinbruch im Krankenhaus liegt und sich telefonisch informieren ließ. In die gleiche Kerbe schlug auch der Silbermedaillengewinner in der Nordischen Kombination von 1976, Urban Hettich (Schonach), der ab 1. März am neugegründeten Ski-Internat von Baden-Württemberg in Furtwangen/Schwarzwald als Trainer arbeiten wird.

Auch bei den Springern zeigten die Willinger Titelkämpfe, daß vielleicht doch nicht die Besten in Sarajevo am Start sein werden. Auf der Normalschanze war Thomas Klauer (Reit im Winkel) völlig außer Form. Er wurde nur Neunter, während das Oberstforer Talent Thomas Hele sich in blinder Verfassung vorstellte. Lediglich in der Nordischen Kombination – Meister wurde Hubert Schwarz (Oberaudorf) vor Hermann Weinbuch (Berchtesgaden) und Titelverteidiger Dirk Kramer (Willingen) – sind die Besten für Olympia nominiert worden. Lediglich Thomas Müller (Oberstdorf) leistete sich einen Ausreißer.

Im Hinblick auf Sarajevo sollte von den Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland keine Wunderdinge erwartet werden. Im Langlauf können Karin Jäger und Jochen Behle mit etwas Glück unter die ersten zehn kommen. Im Springen wird die Nervenkraft der jungen Männer darüber entscheiden, ob sie auf beiden Schanzen im ersten Drittel der Ergebnisse zu finden sein werden. Die Nordisch-Kombinierten müssen in Jugoslawien ebenfalls viel Glück haben, wenn sie ganz vorn mit dabei sein wollen.

Ein neuer Manager-Typ auf dem Vormarsch?

Die Informationsflut ist eine echte Herausforderung für das gesamte Management. Der Kommunikationsmanager soll wie eine Spinne im Netz die ungeliebte Fülle relevanter Informationen filtern und an kompetente Stellen weiterleiten. Gibt es diesen „Supermann“ eigentlich schon? Und welche Qualifikation ist erforderlich? Management Wissen gibt Antwort.



Management Wissen, das Materialien-Magazin für Führungskräfte vermittelt Grundlagen, Entscheidungshilfen, Strategien, Perspektiven zu allen Themen des modernen Managements.

Lesen Sie im Februar: Die Konkurrenz in den Schatten stellen.

Herausforderungen von morgen bewältigen.

Mit Teledialog neue Chancen im Wettbewerb.

Carl von Clausewitz – Philosoph des Krisen-Managements.

Ab sofort im ausgewählten Zeitschriften-Handel!

Kanadas Trainer euphorisch, Xaver Unsinn blieb gelassen

R. EINFELD, Garmisch. Der Gegner war schwach, doch die Freude stand Bundestrainer Xaver Unsinn deutlich im Gesicht geschrieben. Im 40. Eishockey-Länderspiel gegen Kanada gab es mit dem 4:0 (1:0, 1:0, 2:0) den sechsten Sieg – und den ersten Erfolg ohne Gegenstand. Daran hatte vor 5500 Zuschauern Torhüter Bernhard Engelbrecht den Hauptanteil. Unsinn bescheinigte dem 25-jährigen Landschützen den lang erwarteten Durchbruch zur internationalen Klasse. Sicherlich war es sein bisher bestes Länderspiel, doch hinter einer so sicheren Abwehr zu spielen erleichtert die Arbeit erheblich, sagte Engelbrecht.

Die ausgezeichnete Leistung in der Abwehr lobte nicht nur Xaver Unsinn, sondern auch Kanadas Coach Dave King. „Die Verteidiger Udo Kießling (er bestritt wie Ignaz Bernad sein 175. Länderspiel) und Uli Hieser sind absolute Spitze. Sie befinden sich in Hochform. Überhaupt muß ich der deutschen Mannschaft ein Lob zollen. Sie versteht es, über das ganze Spiel hinweg mit der gleichen Härte und Schnelligkeit zu agieren. Sie ist zudem hervorragend geführt und trainiert. In Sarajevo wird Deutschland sicherlich keine schlechtere Rolle als bei

den letzten Weltmeisterschaften spielen.“ Mit diesen Worten wollte Dave King sicherlich auch seine eigene Mannschaft etwas aufwerten – Bundestrainer Xaver Unsinn registrierte die Worte ohne Gemütsbewegung.

Unsinn kommen die zwei Erfolge gegen Kanada eigentlich zu früh. „Erfolge im Vorfeld der Olympischen Spiele bedeuten physischen und psychologischen Druck. Ich hoffe nicht, daß sich dies in Sarajevo negativ niederschlägt. Was ich diesmal zu bemängeln habe, war, daß einige meiner Spieler sich zu Hause in den Länderspielen und unnötige Strafen kassierten.“

Damit spielte Unsinn in erster Linie auf seinen Kapitän Erich Kühnhackl an. Der Landschütze spielte schwach, auch wenn er das Tor zum 4:0 erzielte. Überhaupt enttäuschte die neuformierte erste Sturmreihe mit Helmut Steiger, Erich Kühnhackl und Dieter Hegen.

Unsinn konnte in Garmisch-Park den Ernstfall für Sarajevo proben, da ihm Roy Roedger und Gerd Truntschka zwei Stürmer ausfielen. „Ich habe die Chance zum Experimentieren genutzt um mit drei Blicken zu spielen, so wie wir es in Sarajevo

gegen die vermeintlich schwächeren Gegner tun werden“, sagte Unsinn. Ihm hatte der dritte Sturm mit dem Kölner Markus Kuhl sowie den beiden Mannheimern Manfred Wolf und Jürgen Adams am besten gefallen. Diese Formation erzielte durch Adams und Kuhl auch die Treffer zum 2:0 und 3:0.

Es war kein gutes Länderspiel. Die kanadischen Amateure wußten außer gesunder Härte und versteckten Fouls nicht viel zu bieten, sie produzierten sich als Einzelkämpfer. Bedenklich das schwache Überzahlspiel der deutschen Mannschaft. „Das ist ein Punkt, an dem wir noch arbeiten müssen“, sagt Unsinn. Von einer Medaillenchance, wie sie Dave King den Deutschen einräumt, will Xaver Unsinn nichts wissen. Er hat sich in Sarajevo Platz fünf zum Ziel gesetzt. „In unserer kurzen Vorbereitungszeit haben wir recht viel erreicht, vielleicht mehr als die Kanadier in ihren 56 Vorbereitungsspielen.“

Doch das ist für mich kein Maßstab. Die ohne Zweifel vorhandenen Schwächen hoffe ich noch bis Sarajevo ausmerzen zu können. Diese Worte zeigen, daß Unsinn Realist bleibt und seine Mannschaft richtig einzuordnen versteht.

Russen zu schwer, haben sie plötzlich zuviel gegessen?

sid, Innsbruck. Die Waage brachte es zutage. Als Janis Kipurs nach dem zweiten Lauf zur Viererbob-Europameisterschaft mit seiner Besetzung auf das unbestechliche Maßgerät stieg, war die Euphorie über den Titelgewinn im Zweierbob vor einer Woche schnell verfliegen. 694,5 kg zeigte die Waage, genau 4,5 kg zuviel. Das Wettkampf-Debit der sogenannten „Russen-Giganten“, die nach dem Vorbild der sowjetischen Zweierbobs entstanden, endete deshalb mit einer Disqualifikation. Die internationale Jury unter Präsident Gion Caviezel, dem Schweizer Trainer der Briten, nahm Kipurs noch am Samstag aus der Wertung.

Das ist unsere eigene Schuld“, sagte Staatstrainer Roland Upmink. Bei einem Test-Wiegen hatte der neue Schlichter samt Besetzung zehn Kilo unter dem Limit gelegen. Kurz vor der Europameisterschaft versicherte Kipurs seinem Trainer, daß die Mannschaft mit Schlitten etwa fünf Kilo unter dem Maximalgewicht liegen würde. Wieso aber am Ende die Grenze den noch überschritten wurde, können sich die Sowjets selbst nicht erklären. Haben die vier Mann aus dem Schlitten in Österreich zuviel gefressen?

Dabei hatte sich das Debit des Bobs gut angelassen. Nachdem die Verkleidung des Schlittens auf Anordnung der Jury nach dem Training um 15 Zentimeter abgeschnitten worden war, erzielte der 25 Jahre alte ehemalige Leichtathlet Kipurs im ersten Lauf die zweitbeste Zeit. Nach zwei Läufen lag der Europameister im Zweier auf Rang drei und hatte die Bronzemedaille zum Greifen nahe. Da sich das Gewichtproblem bis zu den Olympischen Winterspielen (8. bis 19. Februar) leicht beheben läßt, ist mit Kipurs und seinem neuen Gerät auch bei der Viererbob-Entscheidung in Sarajevo zu rechnen. Ein Malheur wie in Igls passiert den Sowjets wohl kein zweites Mal.

Zehn Tage vor Olympia gewann Silvio Giobellina, der Weltmeister von 1982, die Europameisterschaft. Der Westschweizer, im Vorjahr Dritter, verwies in 3:34,99 Minuten den Schlitten „DDR“ mit Pilot Detlef Richter (3:35,15) auf den zweiten Platz. Während Anton Fischer als bester Pilot aus der Bundesrepublik auf dem sechsten Platz landete, ging die Bronzemedaille an den entthronten Titelverteidiger Ekkehard Fasser (Schweiz/3:35,33).

Mit Rang sechs unterstrich

der Obstdörfer Anton Fischer (3:37,41), daß er momentan im Lager des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes (DBSV) klar die Nummer eins ist. Denn Klaus Kopp (3:38,45) aus Unterhaching, 1983 Zweiter der WM, landete nur auf dem zehnten Platz. „Auf dieser Bahn kommen wir einfach nicht zurecht“, meinte Kopp. Während die „DDR“ mit ihren drei Sarajevo-Piloten Bernhard Germehausen, Bernhard Lehmann und Wolfgang Hoppe auf der heimischen Bahn in Oberhof trainierte, tankten die Schweizer nach den schweren Schlappen im Zweierbob kurz vor den Olympischen Spielen Selbstbewußtsein. Silvio Giobellina blieb in allen vier Läufen unter 54 Sekunden, konnte aber seinen eigenen Bahnrekord von 53,08 Sekunden nie gefährden.

Auch die Eisschnellläuferinnen traten zu ihrer letzten Meisterschaft vor Olympia an. Karin Enke aus der „DDR“ wurde in Deventer (Holland) zum zweiten Mal nach 1982 Weltmeisterin im Großen Vierkampf. Die 22 Jahre alte Athletin aus Karl-Marx-Stadt stand schon vor dem abschließenden 5000-m-Lauf als Titelträgerin fest, da sie nach den Siegen über 500 und 3000 m und 1500 m nicht einzuholen war.

Vom Reporter zum Bestsellerautor: Gerald Seymour

Hautnahe Erfahrung in Ulster

In England war man sich rasch einig: „Das tödliche Patt“ (Originaltitel: „Harry's Game“) ist einer der besten Fernsehfilme über den Nordirland-Konflikt, den es je gegeben hat. Die Produktion der kommerziellen TV-Anstalt Yorkshire Television rief Millionen von Zuschauern aus ihrer Lethargie angesichts des seit 1969 andauernden blutigen Konflikts mit fast täglichen Terrormeldungen in den Medien. Der ursprüngliche Dreiteiler, den wir an zwei Abenden zu sehen bekommen, wurde in England als zweieinhalb Stunden langer TV-Film wiederholt, wurde für einen „Emmy“ nominiert und erzielte mehrere internationale Preise.

Dieser Erfolg ist nicht zuletzt das Verdienst von Gerald Seymour, einem der besten Krisen-Reporter des britischen Fernsehens. Der Sohn der Romanschriftstellerin Rosalind Wade und des Dichters William Seymour stieß gleich nach dem Geschichtsstudium zur besten TV-Nachrichtentruppe Englands: dem Nachrichtensstudio von Gerald Seymour, einem der besten Krisen-Reporter des britischen Fernsehens. Der Sohn der Romanschriftstellerin Rosalind Wade und des Dichters William Seymour stieß gleich nach dem Geschichtsstudium zur besten TV-Nachrichtentruppe Englands: dem Nachrichtensstudio von Gerald Seymour, einem der besten Krisen-Reporter des britischen Fernsehens.

Das tödliche Patt - ZDF, 22.05 Uhr

truppe Englands: dem Nachrichtensstudio von Gerald Seymour, einem der besten Krisen-Reporter des britischen Fernsehens. Der Sohn der Romanschriftstellerin Rosalind Wade und des Dichters William Seymour stieß gleich nach dem Geschichtsstudium zur besten TV-Nachrichtentruppe Englands: dem Nachrichtensstudio von Gerald Seymour, einem der besten Krisen-Reporter des britischen Fernsehens.

Seine hautnahen Erfahrungen verliehen seinem Roman-Erstling „Das tödliche Patt“ Authentizität. Der Roman wurde zu einem internationalen Bestseller. Yorkshire Television tat das Selbstverständliche und ließ Seymour sein erstes Drehbuch schreiben. Eine gute Wahl, denn er wurde als bester Nachwuchs-Drehbuchautor ausgezeichnet.

„Das tödliche Patt“ ist in Ulster das bekannteste Buch über die Unruhen. Seymour, der inzwischen vom Journalisten zum erfolgreichen Autor von Polit-Thrillern avancierte und im Künstler-Steuerparadies der irischen Republik lebt, sagte uns in einem Gespräch: „In Dublin wird mein Buch sogar in Klosterschulen als Pflichtlektüre gelesen.“ Aber nicht nur Klosterschülerinnen, sondern auch hritische Soldaten waren fasziniert.

„Ich weiß, daß mein Buch schon lange wie eine Art Lehrbuch von den Soldaten in Ulster studiert wird.“

Das TV-Team versuchte, sich der Mitwirkung der britischen Armee bei den Dreharbeiten zu verschern, aber daraus wurde nichts. Seymour: „Die Armee versuchte, eine lange Liste von Änderungen am Drehbuch als Gegenleistung für ihre Mitwirkung durchzuboxen, auch aus Image-Gründen. Darauf ließen wir uns nicht ein. Da behielten wir uns eben ohne richtige Soldaten. Aber kaum war die Fernsehproduktion fertig, da ließ die Armee auch schon das „Tödliche Patt“ durch ihr Fernsehen für die Rheinarmee ausstrahlen. Die müssen doch wohl mächtig beeindruckt gewesen sein.“ Die Außenaufnahmen machte man in den sicheren nordenglischen Städten Leeds und Bradford, da die TV-Arbeit in Belfast äußerst riskoreich ist. Beim Filmen in Belfast geschah es, daß ein echter Chirurg einem Schauspieler mit einer „Film“-Halswunde im festen Glauben zu Hilfe eilte, ein neues Terroropfer werde eingeliefert.

Seymour über die Jahre '71 bis '73 in Belfast: „Es war die Zeit der rasanten Eskalation der Gewalt, man mußte hellhörig aufpassen, um nicht im Räderwerk der Gewalt zermalmt zu werden. Da konnte man nur bestehen, wenn man absolut unbestechlich, unparteiisch, ganz als kühler Beobachter registrierte und die Realität zeigte.“

Seymour über seine in England unvergessene Reporterzeit: „Da gab es Journalisten, die auf Schleichwegen Kontakt zu Terroristen der katholischen IRA und den paramilitärischen Protestgruppen suchten, um Interviews zu bekommen. So ein Mann kann natürlich nach der Sendung in Belfast nicht mehr auf die Straße gehen. Ich ging anders an die Arbeit. Ich baute mich mit meinem Kameratam möglichst unauffällig im Häuserschatten einer Straße auf und legte mich auf die Lauer. Wir warteten diskret mit der Kamera im Anschlag. So sollte das Fernsehen an Krisenschauplätzen arbeiten. Dabei



Als Schriftsteller inzwischen ein gemachter Mann: Gerald Seymour. FOTO: CAMERA PRESS

fängt man Atmosphäre ein. Es hrennt ja oft genug in nächster Nähe. Man will doch keine gestellten Bilder bringen, sondern lebendige Wirklichkeit.“

Er, der inzwischen mit sechs Polit-Thrillern ein gemachter Mann ist, verriet uns, daß er während der Arbeit an seinem Erstling versucht hat, seinem mit der gleichen Masche zum Multimillionär gewordenen Landsmann Frederick Forsyth Handwerklisches abzugucken: „Ich las seinen „Schakal“, bevor ich mich zum Schreiben hinsetzte. Als ich zur Hälfte fertig war, vertiefte ich mich noch einmal in seinen Thriller.“

Bevor Seymour als Buchautor in Deutschland bekannt wurde, erlangte er hier als Reporter schlagartig Berühmtheit mit einem journalistischen Handstreich, für den er noch heute von seinen ehemaligen Kollegen bewundert wird. Es war bei dem Blutbad des palästinensischen Killerkommandos unter israelischen Sportlern bei der Münchner Olympiade. Seymour schaltete sofort, chartete einen Jet und flog den Terroristen nach Libyen hinterher, ohne Landeerlaubnis, ohne Visum. Er ließ seine Maschine so lange über Tripolis kreisen, bis man ihn landen ließ, und konnte die Killer also erst sprechen. Doch das Interview fand ein jähes Ende, als der Top-Reporter fragte: „Wissen Sie, daß Sie vor aller Welt als kaltblütige Mörder gelten?“ SIEGFRIED HELM

KRITIK

Kleine Riesen, große Zwerge

Das Staunen gehört zu uns wie das Fürchten, und so haben wir uns die Sehnsucht nach dem Wunder auch von raffinierten Weltraumexeditionen und Gen-Manipulationen nicht verpatzen lassen. Noch immer lieben wir die herrlichen Ersatzwunder der Tricks und der Gaukeleien, der Träumereien und der (fast) unglaublichen Fertigkeiten.

Aber gibt es ein noch weniger geeignetes Medium, uns all dies zu schenken, als das Fernsehen? Jenseits aller Gründe, die gewiß dafür gesprochen haben, André Helliers berühmtes poetisches Varieté „Flic-Flac“ (ZDF) nun auch in Millionen Wohnzimmer zu funkeln, bleibt festzustellen: Aus der Perlenkette wurde eine endlose Wurst, aus dem Feuerwerk der Phantasie der Abklatsch einer Revue, aus der Zaubershow mit all ihren abenteuerlichen Gerüchten aus dem Orient und Fernen Osten ein gemixtes Ballett mit manchem – von Komik entschärften – Kitsch.

Das Varieté nämlich, gerade ein solches, lebt von der Stimmung des Ganzen, lebt von den Tricks der Regie und der Bühnentechnik, von plötzlich aufstehenden Wunderbildern, von der großen Verblüffung, von den leibhaftig beugenden Körperverrenkungen der Artisten, vom Temperament der Tänzer und Sänger. Auf dem noch weit trickreicheren Bildschirm jedoch werden die Bühnengaukeleien und Lichteffekte matt, die Riesen klein, die Zwerge groß, und was sich da an Jongleuren, Schattenspielern, Muskelmännern tummelt – alles schon mal (und oftmals perfekt) dagewesen im vier-eckigen Heimzirkus.

Ja, gerade die „Poesie“ dieses Varietés entläßt sich nicht im Wort oder im Bild allein, sondern in jenem unbeschreibbaren Fluidum, das sich der Mattscheibe entzieht, sich ihm standhaft verweigert. Wie gut für „Flic-Flac“! Und wie gut für uns, die wir wiederum erfahren dürfen, daß sich das Wunderbare nicht per Knopfdruck heranzubefehlen läßt.

HERMANN A. GRIESSER



ARD/ZDF-Vormittagsprogramm

10.00 heute
10.05 Cassidy, der Rebell
11.55 Tagebuch

12.10 Terra X
12.55 Presseschau
13.00 heute

14.00 Tagesschau
14.10 Dein Vater kann dir die Welt nicht in einer Stunde erklären
14.15 Wolfgang Liebeneiner, Schauspieler und Regisseur, im Gespräch mit seiner Tochter Johanna

14.30 heute
14.35 Einführung in das Erbrecht
5. Teil – Der Inhalt der Verfügung von Todes wegen
Anschl.: heute-Schlagzeilen

17.20 Die Besucher
Von Ota Hofman und Jindrich Polack
5. Nur nicht auffallen

14.35 Der Vagabond
17.00 heute / Aus dem Ländern
17.15 Tele-Messiasse
Zu Gast: Käthi Nowak und Ludwig Güttler

17.50 Tagesschau
davon: Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Sendungs-Lette

17.50 Die Stunden von San Francisco
Wer ist Doktor Hofffeld?
Dazu: heute-Schlagzeilen

21.15 Die Washington Post
Portrait eines Weltblattes
Von Paul Maurner

19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Helden oder Spinner?
Über Greenpeace berichtet Wolfgang Büngen

22.00 Souvenirs, Souvenirs
Letzte Folge
Ausgesucht von Cris Howland

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

22.30 Legit des Gefühls
TV-Spiel von Jutta Sartory, Ingo Kratisch
Mit Rüdiger Vogler, Daphne Moore u. a.

20.15 Die Rache des Herkules
Italien-franz. Spielfilm, 1940
Mit Mark Forrest, Gaby Andre u. a.
Regie: Vittorio Cottafavi

Wer Was Wo

Ein Wegweiser für WELT-Leser

ADRESSEN

6300 Bad Homburg, RMA Dienstleistungen, PF 21 44, Tel. 0 61 72/2 50 25

AIR TAXI

4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE-CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11/4 21 08 08 oder 0 40/5 00 02 33

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSDIENST, DEPOTVERWALTUNG

Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20, 8080 Erlangen, Tel. 0 91 31/3 10 01, und 136 Pfaffenst. Road, Sheller Park Qld. 4123, Australien

AUTOLEASING

2000 Hamburg 66, Hars-Automobil-Leasing GmbH, Ruhrstr. 93, Tel. 0 40/5 03 02 02

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG

CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchtwagen-Alternative, Tel. 0 23 65/1 79 42

BRIEFMARKEN - ANKAUF - VERKAUF

ANKAUF-ZENTRALE FASER, 53 Bonn 3, Johannstr. 35, Tel. 02 28/4 87 03

ELEKTROL. LADEN- / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ

Trif. Alarm- und Sicherungstechnik, 2 Hf 00, Dornstr. 151-153, Tel. 0 40/43 70 07, Tel. 2 173 440

EISKREIM

CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werra, Götterstr. 3, Tel. 0 23 05/80 23

FACHSCHULEN

5282 Alsdorf/Obb., Postfach 225, STAATL. ANERK. HOTELBERUFSPACHSCHULE, Tel. 0 22 71/7 00 10

GESUNDHEIT

GISELA SCHÜTZ, NATURHEILMITTEL, PF 60, 6001 Kienheim, Tel. 0 69 98/3 27 24, Katalog und Informationen gratis

HAARANFALL

4000 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haarprobleme, Wismarstr. 20, Tel. 02 31/52 74 74

INTERNATSBERATUNG

Information, Beratung u. Broschüre 5284 (Schutzgebühr DM 20,-) über die besten deutschen und Schweizer Internats erhalten Eltern von der Euro-Internatsberatung, Tel. 0 89/4 48 72 92

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN

5423 Bad Soden, Internats-Gymnasium Pädagogikum, ständ. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0 55 23/10 01

Intemat. Schloß Herdringen, Internat f. Jungen u. Mädchen, 5760 Arnsberg 1-Herdringen, Tel. 0 23 32/41 18-0

Internat. Fredeburg, Hochzeiter, Jungen u. Mädchen, Gymnasium-Realtech.-Hauptsch., 5946 Schmalenberg 2, Tel. 0 23 74-3 48

4025 Kollert, Schloß Varenholz, Grenzgenossenschaft Internat., Tel. 0 57 55/4 21

621500 St. Gallen, Int. Rosenberg 1, Mädchen u. Jungen, Albtur im Haus

2225 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realochule, Tel. 0 45 63/4 00

4031 Werra, Private Schuller Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04/20 24-25

KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGENROLLTORE

5054 Hoffmannsthal, TD + W. Griebmann GmbH, Notruf 0 22 95/52 25, Tel. 0 22 05/9 40 37-38, Telex 5 67 557

Technische Überwachung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und Arbeitsschutz, Einbaunahme von Toranlagen. „Ihr neutraler Partner“

LEASING

905 Dechen, München 55, AMSR Leasing-Factoring u. Kreditwirtschaft, 4100 Krefeld, GGA Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51/5 80 40-48

4100 Krefeld, DTL Deutsche Tischer-Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51/5 90 40

LEBENSMITTEL-NOTVORRAT BIS 15 J. HALTBAR

ORAF-Handelsverteilung, Kongenstr. 2870 Dornheimstr., Tel. 0 42 21/29 27

MOTORCARAVANS

7102 Weinberg, Karosseriewerk Weinberg GmbH, Postf. 11 00, Tel. 0 71 34-60 31

NATURGEMÄSSES LEBEN

Naturheilmitel - Ernährung - Biotop. Gefirgung - Naturkosmetik, NATURLICH LEBEN, Postf. 2112 Jettburg, Tel. 0 40/34 30 02, Katalog gratis.

ORIENTTEPPICHE

STAR-ORIENTTEPPICH-LEASING KG, 4300 Essen, Haysenallee 58-64, Tel. 0 20 1/22 34-44-45

SEESTATTUNGEN

2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REISEN, A. d. Alster 11, Tel. 0 40/2 80 20 80

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU

2100 Hamburg 95, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40/77 27 45-46

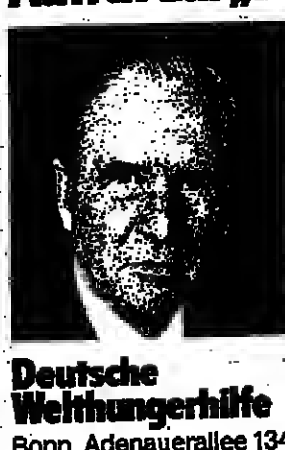
erscheint wöchentlich

Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe“

„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Mitmenschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen.“

Bundespräsident Karl Carstens
Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe

111 Spendenkonto
Postcheckamt Köln - Sparkasse Bonn
Volksbank Bonn - Commerzbank Bonn
Einzahlungen sind überall möglich.



Deutsche Welthungerhilfe
Bonn, Adenauerallee 134

Jetzt gibt's das aktuelle hobby magazin der technik.

Ein faszinierendes Heft voller Neuheiten und Entwicklungen

hobby magazin der technik

Nr. 2 30. 1. 1984 3,80 DM € 4903

- Warum Zweitakter stärker sind
- Wie Computer Autos planen
- So sehen die Raumfahrzeuge in Zukunft aus

Rekordjäger im Eiskanal

Hifi im Auto

Holen Sie sich das neue hobby magazin der technik bei Ihrem Zeitschriften-Händler. Es kostet nur DM 3,80.

hobby magazin der technik

AUTO-HIFI EXTRA

Hifi-Tests in einer englischen Fanz.

Wird mit dem Auto beschallt?

Musik für jedes Geld.

AKTUELL

Neuer deutscher Bob für Olympia?

COMPUTER

Vari der Konstruktion bis zum Test: eine neue Fahrzeugentwicklung per Computer.

LUFT- UND RAUMFAHRT

Wie ein Flugzeug für die Antarktis gebaut wird.

Raumfahrt: Zeichen der Zukunft.

MOTOR

Die Vorteile des Zweitakters für Motorräder.

Neuer Motor: er verbrennt seine Kraft 100% effizient.

HEIMWERKER-TECHNIK

Mini-Werkzeuge für Do-it-yourself-Leute.

ENTWICKLUNGEN

Esper-Motor: ein Test.

Pankraz, Hans Thoma und der Schweinehirt

Unerwarteter Trost angesichts des so gräßlichen von allen Seiten beklagten Waldsterbens kommt von einer originellen kunsthistorischen Edition, mit der der Münchner Klinker-Verlag aufwartet. Es handelt sich um einen prächtigen Bildband über west- und mitteleuropäische Landschaftsmalerei von den Anfängen bis zur Gegenwart, dem zwei verschiedene, parallel laufende Texte beigegeben sind. Während der Kunsthistoriker Bernhard Buderath in der herkömmlichen Weise seines Fachs kommentiert und analysiert, gilt der Text des Naturforschers Henry Makowski allein dem, was man aus den Bildern im Hinblick auf die Ökologie der jeweils dargestellten Szenerie herauslesen kann. Makowskis Text ist fettgedruckt, wird also als der wichtigere markiert, und er rechtfertigt den etwas unständlichen Titel des Buches: „Die Natur dem Menschen untertan. Ökologie im Spiegel der Landschaftsmalerei.“

Worin liegt der Trost? Nun, die von Buderath und Makowski gezeigten Bilder weisen aus, daß es in Deutschland während der letzten tausend Jahre schon mehrmals ökologisch extreme, hochgefährliche Situationen gegeben hat, daß sie aber stets gemeistert wurden, besonders vor dem Waldsterben betroffen. Die Deutschen hatten immer ein ungemein inniges, sentimentales Verhältnis zu ihrem Wald. Natürlich waren sie nicht weniger gierig und egoistisch als etwa die Venezianer oder die Iberer und haben wie diese ihre Wälder mehrmals total abgeholzt oder sonstige kaputtgemacht. Während bei den Venezianern und Iberern aber, als der Wald weg war, nichts mehr geschah, so daß viele einst waldtragende Berge verkarsteten, haben die Deutschen unablässig „rekultiviert“, mit einer Konsequenz und einem Bienenfleiß, die Hoffnungen für die Gegenwart wecken.

Es gibt verblüffende Ansichten bei Buderath/Makowski: ein Gemälde von Hans Thoma zum Beispiel, das die - heute längst wieder voll bewaldeten - Taumhöhen nakt und bloß zeigt, oder eine Ölskizze von Adalbert Stifter vom Königsee, die die Watzmann-Region ohne alle Hochwald erscheinen läßt, rabiat geplündert wegen des unersättlichen Holzbedarfs der Bergeshandelsleute. Solche Bilder haben schon damals die Naturfreunde entsetzt und zu frühem Bürgerprotest geführt. Als Wilhelm Turner den Drachenfels am Rhein malte, hatten sich gerade die Steinmetzen in den Besitz des Berges gesetzt. Sie waren drauf und dran, den berühmten Prospekt ganz und gar auszusprengen und abzutragen, doch „romantische Heimatfreunde“ aus Köln und Bonn hinderten sie daran. Sie zogen mit Prügel und Harken an und vertrieben die Zunftmeister zur Flucht.

Auch das Moor war früher keineswegs jene Naturidylle, als die es heute so gern hingestellt wird. Es wurde intensiv genutzt und verursachte dadurch die wohl erste flächendeckende Luftverschmutzung, die es in Deutschland gegeben hat. Auf einem Gemälde von Fritz Makowsky erkennen wir es: Das bei den Moorbauern so sehr beliebte Abbrennen der Moore machte den Tag zur Dämmerung Tagelang, so

berichten auch Chroniken, war während dieses Abbrennens in Bremen die Sonne nicht mehr zu sehen. Die Schwaden zogen, je nach Windrichtung, bis nach Lissabon oder St. Petersburg und waren dort als sogenannter „Haarrauch“ bekannt. Man gründete einen Bürgerverein gegen das Abbrennen der Moore.

Sehr interessante ökologische Aufschlüsse für das Mittelalter geben die Jahreszeitenminiaturen, die die Brüder von Limburg um 1400 für den Herzog von Berry anfertigten. Schon die Karolinger hatten administrative Maßnahmen gegen allzu exzessives Abbrennen der Wälder ergriffen; die Erhaltung des Soonwaldes, des Frankfurter Stadt- und des Nürnberger Reichswaldes geht auf ihre Initiative zurück. Aber wie sahen diese Wälder aus? Es waren über Tausende von Quadratmetern hinweg nur noch lichte, unterholzlose Waldsteppen, übernutzt und ausgepowert durch Holzaufschlag, Parforcejagden, Vieheintrieb. Die „Waldmatt“ der Schweine war einer der dominierenden Wirtschaftszweige und brachte beste Rendite.

Auf einem Blatt der Brüder von Limburg tritt denn auch der Schweinehirt als stolzer Herr auf, der die Eichen und Bucheckern mit seiner Peitsche mit der Eleganz eines Torero vom Baume schlägt. Die Schweinehirten, seit Homers „Odyssee“ und dem biblischen Gleichnis vom verlorenen Sohn der Inbegriff des Niedrigen und sozial Deklassierten, wurden im Zeichen ökologischen Raubbaus in ungeheurer Weise aufgewertet. Ludwig der Fromme verlieh ihnen den Titel „Meister der Beschöpfung“. Gleich drei Heilige, Sankt Blasius, Sankt Leonhard und Sankt Wendelinus, kümmerten sich um ihre Belange, und wenn einmal ein ungebärdiger Keiler einen von ihnen zur Strecke brachte, wurde das Tier feierlich zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet.

Wer die heutigen „Schweinehirten des Waldes“ sind, ist leider gar nicht so leicht auszumachen. Einer der bedrückendsten Aspekte des Waldsterbens ist, daß man seine genaue „biologischen“ Ursachen noch nicht kennt und deshalb bei den Rettungsmaßnahmen auf Experimentieren und Improvisieren angewiesen ist. Fest steht, daß das im vorigen Jahrhundert aus ökonomischer Gier forcierte Zurückdrängen der Laubwälder zugunsten der Nadelwälder (das bei Buderath/Makowski durch einige sehr schöne Bilder von Caspar David Friedrich dokumentiert wird) den Ausbruch der Krise sehr erleichtert hat. Eine späte Rache der Natur!

Der deutsche Wald, sagt Makowski, ist etwa alle zweihundert Jahre ersetzt und in seinem Gesamtbild tiefgreifend verändert worden. Was wir jetzt durchmachen, ist wahrscheinlich wieder einmal eine solche Veränderung. An ihrem Ende wird kein öder Karst, sondern ein neuer Wald stehen, verändert zwar, doch jung und gegenüber den Bedingungen der Gegenwart resistent. Jedenfalls hofft dies Pankraz - zusammen mit dem Naturforscher Makowski.

Pankraz

Neue Schallplatten: „Jenufa“ von Leos Janáček

Fensterchen in die Seele

Jede neue „Jenufa“-Aufnahme muß sich an den ausgezeichneten Aufnahmen von Bohumil Gregor mit Solisten, Chor und Orchester des Prager Nationaltheaters (EMI) und der betagten des Janáček-Spezialisten und -Biographen Jaroslav Vogel, der eine andere, gleichfalls kompetente Nationaltheater-Crew leitet (Supraphon).

Beide Prager Aufnahmen teilen die starken Emotionen der Mixtur aus märchenhafter Folklore und dem künstlerischen Profil eines avantgardistischen, von keiner Richtung beeinflussten Einzelgängers ohne Verlust mit. Auch die Striche und Reuschen, die der Prager Theaterdirektor Kováček einst dem Komponisten aufzwang - und die dem theatralischen Effekt der Musik außerordentlich nützlich waren - sind in beiden Editionen noch enthalten.

Die neue Aufnahme (Decca 635825-1) ist nach „Katja Kabanova“, „Aus einem Totenhaus“, „Die Sache Makropoulos“ und „Das schlaue Fuchslein“ die fünfte einer Janáček-Reihe, die Charles Mackerras dirigiert. Der englische Dirigent studierte 1947/48 in Prag bei Vaclav Talich, einem der bedeutendsten Dirigenten seiner Zeit. Dessen Einfluß muß groß gewesen sein, denn der Britische Mackerras läßt - wie in den früheren Janáček-Produktionen - spüren, daß er ein sensibles Gespür für das rhapsodische Element der märchenhaften Folklore hat, für das unverkennbare Baladato der weit ausschweifenden Baladen, für das, was den Begriff der Sprachmelodie bei Janáček (Sprach-

melodien - das sind meine Fensterchen in die Seele) ausmacht.

Sir Charles dirigiert eine Partitur, die die alten, von Kováček veranlaßten Striche aufweist und die Reuschen durch das Original ersetzt. Das mag musikalischwissenschaftlich interessant sein, ändert jedoch wenig an Substanz und ursprünglicher Kraft der Musik. Die Wiener Philharmoniker spielen mit dem unumwundenen, weichen Schmelz eines samtenen, vielfach abgestuften Klangs, der gegenüber der direkteren, härteren Tongebung des Orchesters des Prager Nationaltheaters eleganter, moderner klingt. Und virtuoser, denn auch die instrumentale Meisterschaft der Wiener Musiker ist denn doch einige Grade höher einzustufen.

Technisch perfekt, musikalisch profiliert singt der von Norbert Balatsch glänzend einstudierte Wiener Staatsopernchor. Er assistiert einem Solistenensemble, gestützt auf das Fundament hochmusikalischer, meist tschechischer Sänger, deren Profil und Ensemblegeist schon die früheren Janáček-Einspielungen prägten. Ihre Stimmen werden instrumentell geführt, bruchlos integriert ins Gesamtgefüge. Stimmphänomene sind also nicht zu entdecken. Die Protagonisten Elisabeth Söderström (Jenufa), Eva Randová (Küsterin), Wieslaw Ochman (Laca) und Petr Dvorsky (Siva) führen mit so kraftvollen wie schönen Stimmen und erfüllter Musikalität die Soli an, die bis zur kleinsten Partie tadellos besetzt sind. Eine rundum gelungene Produktion.

HANS OTTO SPINGEL



Wie sich die Wirklichkeit in den Köpfen der Intellektuellen abbildet: Szenen aus „Furcht und Hoffnung der BRD“ von Franz Xaver Kroetz in Düsseldorf mit Michael Praetorius (r.) und in Bochum mit Anselme Bömer und Gert Konert.

Uraufführung in Bochum und Düsseldorf: „Furcht und Hoffnung der BRD“ von Franz Xaver Kroetz

Einen Arbeitslosen streiken gesehen

Die Gegenwart der Bundesrepublik. Arbeitslosigkeit. Einsamkeit. Deformationen. Vorstellungen. Ein 56-jähriger Buchhalter will sich zu Weihnachten mit Benzin übergeben. Ein Arbeiter, der auf einer Parkbank sitzt, tarnt sich der Banknachbarin gegenüber als Polizist mit Observierungsaufgaben. Ein junger Mensch hat sich für seine einsamen Stunden mit einer Kleiderpuppe zusammengetan.

„Szenen aus dem deutschen Alltag des Jahres 1983“? Jedenfalls sieht der nimmermüde Volksbeschauer Franz Xaver Kroetz so die Lage. Ziemlich mies das Ganze. Eine Art Kiste. In einer der 15 Szenen, die jetzt unter dem (bei Brecht entlehnten) Titel „Furcht und Hoffnung der BRD“ in Bochum und Düsseldorf uraufgeführt wurden, träumt eine Frau, sie habe einen blutigen Eiszipfen zwischen den Beinen. Interpretiert das ihr Mann: „Die Träume gegen die Kälte.“ Fragt die Frau dagegen: „Weiterleben? Zwischen Eis und Benzin?“ Und schließlich: „Will nicht verbrennen und nicht erfrieren.“ Das ist der Grundtenor des Stückes, sein Lebensgefühl, seine Wirklichkeitserfahrung.

Wer andere Erfahrungen hat, tut sich naturgemäß schwer mit dem Stück. Und es bleibt auch die grundsätzlichere Frage, ob das Theater wirklich der rechte Ort ist, um solche aktuellen Gebrauchsdeformationen an den Mann zu bringen. Ich neige dazu, diese Frage zu verneinen. Das

Medium Fernsehen kann viel direktere Wirklichkeit anbieten. Auf dem Theater bekommt das leicht einen noch angehobenen Lehrcharakter. Meinung und Agitation schieben sich in den Vordergrund. Zumal Kroetz wieder alle Klischees eingesammelt hat, mit denen man gemeinhin die „BRD“ kritisch darstellen pflegt. Der Türke fehlt ebenso wenig wie die Bild-Zeitung. Das Faschistoide ist ebenso wirksam wie die Unterdrückung der Frauen. Kroetz verkörpert genau jenes Lebensgefühl, das intellektuell in der Bundesrepublik zum guten Ton gehört.

Dabei ist Kroetz ja durchaus ein begabter Dramatiker. In der Beobachtung des Kleinbürgerlichen gelingt ihm immer wieder Szenen voll explosiver Ambivalenz. Kroetz weiß genau, daß in der Kleinbürgerseele durchaus zwei extrem gegensätzliche Grundanschauungen unvermittelt nebeneinander existieren können. Einerseits: „Man kann den andern ned im Regen stehn lassen.“ Andererseits: „Ein Mann hat seinen Stolz, da geht er über Leichen.“ Die gleiche Person in der gleichen Minute. Das Bewußtsein richtet sich nach den momentanen Bedürfnissen. Kroetz kennt seine Pappenhäuser. Er weiß, wie auswechselbar das vieles ist. Und das sollte ihm eigentlich mißtrauischer gegen die eigenen Schlusfolgerungen machen.

Kroetz ist auch nicht Brecht. Er ist viel naturalistischer, weniger ideologisch. Auch weniger anarchisch in

seiner Grundstimmung. Aber das hat Nachteile. Bei Brecht hat auch die schlimme Lage immer noch einen Hauch von innerem Schwung, die Verneinung bewegt die Menschen. Und die Ideologie tut so, als könne sie etwas bewegen. Kroetz hat demgegenüber etwas Trübseligeres. Aufforderung einer Frau an ihren schriftstellenden Mann, der „aus Angst“ seit Monaten keine Zeile mehr aufs Papier gebracht hat: „Schreib doch wenigstens darüber, daß du Angst vor der Angst hast.“ Antwort: „Damit ich mich verächtlich mache?“ Trübsinniger kann Theater eigentlich nicht mehr werden. Schade, denn Kroetz trifft mit trockener Ironie viel besser: „Eine Gewerkschaft hat nur einen Sinn, wenn jemand eine Arbeit hat. Hast du schon einmal einen Arbeitslosen streiken gesehen?“

An diese Stärke von Kroetz hat sich offenbar auch Horst Siede gehalten, der Regisseur der Bochumer Aufführung. Er hat die Depressionen und Ängste nicht noch zusätzlich verdeutlicht, wie Peter Palitzsch das in Düsseldorf tat. Siede hat sich von Michel G. Peter ein klares, übersichtliches, praktisches Bühnenbild bauen lassen, in dem die einzelnen Szenen Luft zum Atmen haben. Hochgezogene Wände, kahl, ein Fenster, sehr, sehr hoch angesetzt - das bekommt, ohne zu beugen. Und die Spielszenen sind immer auf kleine Segmente des großen Raumes begrenzt - das macht Isolation deutlich, ohne einzusperren. Und Siede inszenierte auch so: ohne

Mätzchen, klar, pointiert. Er verleitet sein Publikum zum lauten Lachen, um ihm dann ungehinderter eins um die Ohren schlagen zu können. Seine Bilder sind komisch und bitter zugleich. Zum Beispiel dieses: Ein Arbeitsloser sitzt im Schlafanzug, aber mit Wanderschuh und Jägerbüchse an einem schiefen Tisch auf einem schiefen Stuhl. Aber das ist kein Tisch, kein Stuhl, der aus Altersschwäche schief wäre. Das Schiefe ist die Perspektive. Da stimmt etwas an Grundriss nicht. Die Bochumer Inszenierung kann man sich anschauen, auch wenn man kein Kroetz-Fan ist.

Ganz anders Peter Palitzsch in Düsseldorf. Die Bühne sieht aus wie ein Trübeladen (Ausstattung: Herbert Kapplmüller). Vollgestopft. Verbaut. Alles im Wege stehend. Palitzsch hat Mühe, die Leute auf die Bühne und wieder runterzukriegen. Er verwurscht alles. Er verschränkt die Szenen ineinander, den Umpausen spielen. Palitzsch, der ja ein erfahrener Brecht-Regisseur ist, muß von allen guten Geistern verlassen worden sein. Unangemessene Mittel (eigens ein Chor muß auf überfüllter Bühne ein Weihnachtslied singen und ist anschließend kaum mehr von der Bühne zu kriegen), verknüpfte, verblüffte Darstellung (niemand lacht), eine Atmosphäre von neurotischer Selbstverunsicherung: Hier wird Kroetz unentgeltlich.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Caravaggios „Nativität“ unter Erdbebenrütteln?

Watsons Erzählungen

In England liest man das eben bei Doubleday erschienene Buch „The Caravaggio Conspiracy“ wie eine faszinierende Kriminalstory. Der Autor Peter Watson berichtet darin von seinen Abenteuern auf der Suche nach einem berühmten, im Dezember 1969 spurlos aus Palermo verschwundenen Bild: der „Nativität“ von Michelangelo Merisi, genannt Il Caravaggio. Als Kunsthändler getarnt und von Scotland-Yard-Spezialisten beraten, gelang es ihm, mit der internationalen Unterwelt der Kunststrolche und den Dieben des Caravaggio in Verbindung zu treten. Demenbrannte das auf dem Kunstmarkt unverkäufliche Bild auf den Fingern und so verabschiedete sich 1980 mit Watson an einem Novembermorgen in Laviato, einem abgelegenen Ort in den Hügeln der Ippia, Provinz Salerno, um die Echtheit des Bildes zu prüfen und den Preis auszuhandeln.

Am Abend zuvor erschütterte ein schweres Erdbeben die Campania. Laviato wurde total zerstört. Caravaggios „Nativität“, so schließt der Bericht, liegt unter seinen Trümmern begraben. Italien, gewohnt, daß die Realität im Guten wie im Bösen auch die fantastischsten Erfindungen übersteigen kann, hat Watsons Buch so ernst genommen, daß seit Tagen Beamte der Denkmalspflege, der Kunstspezialtrupp der Carabinieri,

Detektive und Scharen von Freiwilligen das tote Laviato und den neuen Ort zu seinen Füßen von oben bis unten durchstöbern.

Plötzlich weiß man von sicheren Indizien, daß das Bild in den Händen der Mafia war. Und jetzt erinnern sich der Bürgermeister und andere Bewohner von Laviato, kurz vor dem Erdbeben drei Fremde in einem Mercedes auf der Piazza gesehen zu haben, die später verzweifelt zwischen den zerstörten Häusern herumirten. In jener Nacht hatte keiner zwischen Toten, Trümmern und den Klagen der Verschütteten von den Fremden Notiz genommen. Jetzt nehmen nicht nur Laviato und die Campania leidenschaftlich Anteil an der Suche. Auch wenn jeder weiß, wie gering die Aussicht ist, nach über drei Jahren eine Leinwand unter dem von Bauplanen zerstörten Ort wiederzufinden, hofft ganz Italien auf ein Wunder.

Ahnt Peter Watson, daß womöglich nicht die Mafia und das Erdbeben, sondern er für den Verlust des Caravaggio verantwortlich gemacht wird? Schon werfen ihm italienische Zeitungen vor: „Warum hat er nicht so früh gesagt, was er wusste? Dann hätte man gleich suchen und behutsamer mit den Bagern umgehen können, die alles zermalmt haben.“

MONIKA VON ZITZEWITZ

Karlsruhe: P. Cornelius' „Der Barbier von Bagdad“

Mit lautstarker Komik

Gleich zum zweiten Mal in dieser Spielzeit hat das Badische Staatstheater in Karlsruhe der Münchner Oper eine Überraschung weggeschminkt. Vor kurzem war es „Adriana Lecouvreur“, jetzt ist es „Der Barbier von Bagdad“ von Peter Cornelius, mit dem die bayerische Metropole im Juli ihre Festspiele eröffnete.

Karlsruhes Vorpellen läßt sich immerhin historisch legitimieren. Genau vor hundert Jahren wagte sich Felix Motil hier wieder an diese Oper, die bei ihrer Uraufführung (1858) unter Liszt eklatant durchgefallen war. Es war allerdings erst die Münchner Aufführung ein Jahr später unter Levi, die das Werk endgültig durchsetzen konnte. Heute interessiert uns diese komische Oper als ein musikalisches Zeugnis aus einer Epoche, die so ganz von Wagner bestimmt war. Trotz der langen und der immigen Beziehung konnte sich Cornelius jedoch von dessen Einfluß freihalten. Diese poetisch-märchenhafte Buffowelt aus „Tausendundeine Nacht“, die sich auf Weber und Schumann besinnt und etwas von der Grazie Mozarts bewahrt, ist das Paradebild einer deutschen Spieloper, an die man sich nur noch selten erinnert. Es ist ein lyrischer Musizierstil mit diskretem Humor wiederkehrender Melodien und ariosen Gesangsdialogen, die

sich zu liebenswerten Szenen weiten. Doch nach der Karlsruher Aufführung möchte man fast meinen, das Werk überschätzt zu haben.

Unter Erich Wächters Leitung mochte sich die schwärmerische Verhaltensweise der jugendlichen Liebhaber nicht recht entfalten, die Delikatessen des orientalischen Milieus wurde mit handfesten Mitteln vergrößert und die durchsichtige Instrumentation kam wenig zum Tragen. Außerdem griff der Hausherr Günter Könnemann bei der Inszenierung tief in die Klamottenkiste. Björn Winblad gelang es wenig bei der Ausstattung, etwas von der Luftigkeit und Leichtigkeit dieser sich dramatischen Situationen so ganz und gar entziehen. Die Oper zu retten.

Den schwatzhaften Barbier, der dem Liebespaar Nureddin und Margiana über alle Hindernisse hilft, stattete Günter von Kannen mit satigen großzügigen Koloraturen und lautstarker Komik aus. Der Nureddin von Julius Best konnte sich mit verknappter Stimmgebung nur schwer behaupten, und auch die Iyogün-Schwärzkopf-Rolle der Margiana geriet durch Francis Ginzler ins Hintertreffen. Die Münchner Aufführung wird hoffentlich wieder etwas von der verlorengegangenen Sympathie für diesen deutschen Barbier retten können.

ROLF FATH

Erinnerungen an Joan Miró - Nürnberg zeigt Gemälde und Kleinplastiken

Ein Mann, der seine Kindheit gewann

Jubiläumsausstellungen erweisen sich mehr und mehr als zwiespältige Ehrung für Kunst und Künstler. Nach dem Kle-Jahr mit seinem Überfluß und anschließender Dürre und den Heckel-Erfahrungen 1983 läßt sich das nun mit Max Beckmann auskosten. Nicht anders ist es derzeit mit Joan Miró, dem verspätet zum 90. Geburtstag Ausstellungen arrangiert wurden; die nun nach seinem Tode zu Manifestationen der Erinnerung werden. So ergibt es einen Werkübersicht über die Jahre 1960 bis 1980, die zu erst in Wien gezeigt wurde und nun in Nürnberg zu sehen ist.

Man glaubt, Miró zu kennen. Und der erste Eindruck der Nürnberger Kunstszene scheint zu bestätigen, daß da eigentlich nur eine Wiederholung des Immer Gleichen an den Wänden hängt. Es sind die großen bunten Tafelbilder mit den scheinbar kindli-

chen Linien und Farbflecken, die die Ausdeutung der Phantasie anheimstellen. Auch die Gemäldetitel - Frau, Vogel, Kopf, Frau mit Vogel, Frau mit Vogel unter Sternen usw. - scheinen das nahelegen. Aber wer sich ein wenig Zeit gönnt, die Bilder in Ruhe betrachtet, wird von ihrem Spiel mit der Einbildungskraft, ihren Andeutungen, die nicht auf Realität, sondern auf unvollendete Geschichten und seltsame Begegnungen verweisen, gefangen genommen. Vor allem, weil sie eine Heiterkeit ausstrahlen, die der selbst Paul Klee, der strenge Komiker deutscher Kunst, nicht konkurrieren kann.

Dasselbe gilt für die Kleinplastiken, eigenartigen Figuren aus Fundstücken, die in Bronze gegossen und künstlich patiniert oder gelegentlich knallbunt bemalt wurden. Das sind nicht nur zufällige Zusammen-

stellungen aus Gegenständen, die dem Künstler in die Hände fielen. Es sind vielmehr Gestalten, die schnell ein plastisches Eigenleben entwickeln. Auch bei ihnen ist der Titel nicht komische Zutat, sondern die Beschwörungsformel der Imagination. Diese „Köpfe“ und „Frauen“ sind alle verschieden, obwohl sie denselben Ursprung verraten. Es sind Spielereien mit dem Objekt und mit dem Vorstellungsvermögen des Betrachters, geprägt vom Humor eines Mannes, der seine Kindheit nie verloren zu haben scheint, obwohl er sie erst, weil sie sehr hart war, als Künstler nachgeholt hat.

Angesichts dieser Ausstellung ist man geneigt, depressiven Charaktere eine Stunde Miró als Therapie zu verordnen (18. März, Journal 2 Mark; Katalog: 30 Mark).

PETER JOVISHOFF



Fundstücke: Miró „Vogel auf den Fingern einer Blume“ FOTO: KATALOG

JOURNAL

I. DREWITZ kandidiert für den VS-Vorsitz

dpa, München Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz wird auf der vorgezogenen Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) Ende März in Saarbrücken für den Vorsitz kandidieren. Die 61-jährige Autorin will auf diesem Weg eine „Verklammerung der streitenden Parteien“ im VS versuchen. Notwendig sei es vor allem die im Zusammenhang mit früheren „DDR“-Autoren im Verband entstandenen Konflikte aufzulösen, „ohne die Tür zu den sozialistischen Ländern wieder zuzumachen“. Einen arbeitsfähigen, den alten Kurs fortsetzenden Vorstand sieht die Autorin dabei als Voraussetzung an. Der nach langen Auseinandersetzungen zurückgetretene VS-Chef Engelmann hat diesen Entschluss mit „großer Erleichterung“ aufgenommen.

Literaturgeschichte in Polen zurückgerufen

J.G.G. Warschau Im Warschauer „Staatlichen Wissenschaftlichen Verlag“ ist in einer Auflage von 100 000 Exemplaren eine „Geschichte der polnischen Literatur“ erschienen, die kurz darauf aus dem Buchhandel zurückgerufen wurde und jetzt nur an Bibliotheken ausgeliefert wird. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. In den zwei Bänden werden der „sozialistische Realismus“ und seine Repräsentanten, wie Leon Kruczkowski u. a. ausführlich dargestellt. Diese Ära habe „neue Wege“ gewiesen und sei „nahezu von allen“ polnischen Schriftstellern bejaht worden, heißt es in der Literaturgeschichte. Zugleich wird betont, nach 1968 hätten viele Schriftsteller Polen den Rücken gekehrt, die jüdische Herkunft waren. Aufgeführt werden dabei auch Nicht-Juden, wie zum Beispiel Witold Wirsza, der jetzt in West-Berlin lebt.

„Deutsches Festival Japan '84“ begann

dpa, Tokio In Tokio begann das „Deutsche Festival Japan '84“, das das ganze Jahr über dauern wird. Den Auftakt bildeten deutsche Opernfilme sowie zwei Aufführungen mittelalterlicher Musik. Ein wichtiges Ereignis wird vom 23. April bis zum 6. Mai die industrielle „Deutsche Leistungsschau“ in Tokio sein. Insgesamt sind mehr als 70 Großveranstaltungen und knapp tausend Einzelauftritte geplant. Anlaß sind das 25-jährige Bestehen des Goethe-Instituts in Tokio und die sich rasch entwickelnden deutsch-japanischen Beziehungen. Das Gesamtbudget dürfte sich auf 25 Millionen Mark belaufen, von dem der größte Teil durch japanische Beiträge finanziert wird.

Midem-Konferenz über Urheberrecht

dpa, Cannes Im Rahmen des Musikmarktes „Midem“ in Cannes haben Medienfachleute und Urheberrechtsspezialisten eine Arbeitsgruppe für Rechtsangelegenheiten im internationalen Medienverbund gebildet. Ziel ist es, mehr internationale Produktionen zu ermöglichen, in denen die Interessen der Urheber und der Verwerter besser abgestimmt werden. Die Arbeitsgruppe wird auch die Probleme in Betracht ziehen, die durch die Entwicklung von Kabelfernsehen und Satellitenübertragungen entstehen.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Aachen: Meisterwerke der Französischen Malerei von Watteau bis Rembrandt - Städt. Museum (18. Febr. bis 8. April)
Baden-Baden: Seurat/Courbet - Kunsthalle (bis 11. März)
Bielefeld: Picasso - Todesthemem - Kunsthalle (bis 1. April)
Biburg: Suzanne Valadon - Haus Beda (bis 24. Febr.)
Bochum: Isaac Ricardo Stein - Museum (28. Febr. bis 11. März)
Bonn: Signar Polke - Kunstmuseum (15. Febr. bis 25. März)
Bramsche: Helmut Middendorf - Kunstverein (10. Febr. bis 15. April)
Breslau: Malerei aus erster Hand - Ölskizzen von Tintoretto bis Goya - Herzog Anton-Ulrich-Museum (11. Febr. bis 1. April)
Bremen: Bildhauer zeichnen - Kunsthalle (bis 11. März)
Düsseldorf: Tantra - Philosophie und Bildidee - Kunstmuseum (bis 19. Febr.)
Emden: Christian Rohlfis - Ostfriesisches Landesmuseum (5. Febr. bis 4. März)
Erfurt: Meisterwerke russischer Malerei - Kunsthalle (7. Febr. bis 25. März)
Gießen: Ohne Ende - Neujahrsbilder aus China - Museum für Ostasiatische Kunst (3. Febr. bis 29. April)
Krefeld: Exlibris des 18.-20. Jahrhunderts - Kaiser-Wilhelm-Museum (5. Febr. bis 18. März)
Ludwigshafen: Otto Coenen - Wilhelm-Rack-Museum (5. Febr. bis 11. März)
Münchenerlebnis: Arnulf Rainer - Museum Abteiberg (bis 28. Febr.)
Münster: Fernand Léger - Westfälisches Landesmuseum (5. Febr. bis 18. März)
Regensburg: Reiner Schwarz - Ostdeutsche Galerie (5. Febr. bis 4. März)
Stuttgart: Slowenische Impressionisten um 1900 - Forum für Kulturaustausch (bis 28. Febr.)

Europapolitiker bringen Licht ins dunkle Geschäft mit der Abtreibung

Von GISELA SCHÜTTE

Auswüchse des Forschergeistes und mangelnde Hemmungen bei der Verwendung „menschlichen Materials“ haben jetzt zu fieberhaften Recherchen in deutschen Gesundheitsministerien und -behörden bei Bund und Ländern geführt. Es geht um die Frage, ob auch in Deutschland menschliche Embryonen, Föten und sogenannte „Abtreibungsabfälle“ in der Forschung, der kosmetischen und pharmazeutischen Industrie „verwertet“ werden. Anlaß für Nachfragen war die Kleine CDU-Anfrage an die hessische Landesregierung (siehe WELT vom 25. 1. 84), Ursache Untersuchungen darüber, was insgesamt in französischen Labors geschah.

Der Richter Claude Jacquinot aus dem Justizministerium in Paris hat in seinem Lande nicht nur einen schwunghaften Handel mit abgetriebenen Embryonen aufgedeckt, sondern auch Forschungen und Experimente mit lebenden und toten menschlichen Föten. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse erklärte das Bonner Bundesgesundheitsministerium, daß in Absprache mit den Länderministerien umgehend die geltende Praxis der Beseitigung von Abtreibungsabfällen in der Bundesrepublik Deutschland geklärt, gegebenenfalls überwacht oder neu geregelt werden sollte.

Was da in französischen Labors unter dem Deckmantel der Wissenschaft geschah, übersteigt normale Vorstellungskraft. Jacquinot und einige Freunde haben herausgefun-

den, daß zum Beispiel an den medizinischen Fakultäten der Universität von Paris, Lyon, Straßburg, Montpellier und Bordeaux seit Jahren Versuche mit bis zu fünf Monate alten, lebenden menschlichen Föten gemacht wurden. Das „Forschungsmaterial“ soll von seinen Müttern gegen Entgelt und mit Kaiserschnitt „geliefert“ worden sein.

Therapie mit Fötuszellen

Da publizierte der Lyoner Professor Tureme in einer medizinischen Fachzeitschrift seine erfolgreiche Behandlung stark infektionsgefährdeter Babys mit Einspritzungen aus dem Gewebe lebender Embryonen, während sein Pariser Kollege Giscelli denselben Behandlungserfolg mit Injektionen aus normalem menschlichem Knochenmark erzielte.

Die Abtreibung in Frankreich ist seit 1980 bis zur zehnten Woche erlaubt. Die Verwendung lebender Föten allerdings ist auch nach dem französischen Strafrecht (Paragraphen 211 und 212) illegal. Unter dem Vorwand der kommunistischen Gesundheitsminister Balite vor zwei Monaten einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nach dem die Verwendung lebender Föten für die Forschung erlaubt werden soll. Die Nationalversammlung soll noch in der laufenden Legislaturperiode über das Gesetz entscheiden. Angesichts der herrschenden Mehrheitsverhältnisse wird damit gerechnet, daß der Entwurf das Parlament passiert. Die Befürworter des Gesetzes berufen sich

auf laufende Diskussionen in England und Deutschland über die Frage, von welchem Zeitpunkt an der Fötus als Lebewesen zu gelten habe, dem der Schutz des Gesetzes zukommt. Das habe in England zu der grotesken Regelung geführt, erklärt Jacquinot, daß ein Gewicht von 300 Gramm als Maß für das Menschsein gelte.

Der französische Richter bezeichnet solche Erörterungen als Weg in die nazistische Doktrin vom unwerten Leben und damit zur möglichen Eliminierung durch Euthanasie, letzten Endes auch für Alte, Kranke und Schwache. Jacquinot und seine Gesinnungsgenossen wollen den makabren Geschäften und Versuchen durch die Gründung eines „Internationalen Vereins gegen die Ausbeutung des menschlichen Fötus“ ein Ende setzen. Der Richter hofft darüber hinaus, daß das Bekanntwerden der Fälle zu raschen Reaktionen und Regelungen in Deutschland führt, durch die andere europäische Länder auf den rechten Weg gebracht würden.

Derweil befaßt sich das Europäische Parlament bereits seit einem Jahr mit dem Thema. Der christdemokratische Abgeordnete Otto von Habsburg hatte einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht, in dem die wachsende Zahl von Experimenten mit menschlichen Embryos als „Verstoß gegen die Menschenwürde und als Mißbrauch des Rechtes auf Leben“ bezeichnet wird. Die Abgeordneten des Europaparlamentes drängen darauf, daß die EG-Kommission bei ihren Mitgliedstaaten

„Das Recht auf Leben und körperliche Integrität der geborenen und ungeborenen Kinder“ durchsetzt und den Ländern nahelegt, die Verwendung lebender Embryonen für kommerzielle und wissenschaftliche Zwecke zu verbieten. Der Entschließungsantrag wird derzeit im Rechtsausschuß des europäischen Parlamentes beraten.

Auch der italienische Abgeordnete des Parlaments, Alberto Ghergo, hat herausgefunden, daß offenbar Banken für fötales Gewebe bestehen, die Laboratorien beliefern. Der Berichterstatter im Forschungsausschuß des Parlamentes empfiehlt deshalb drei Forderungen, die von der „Harmonisierung der Rechtsvorschriften“ über die Verwendung von Föten, das Verbot jeglicher kommerzieller Nutzung lebender Föten bis zur Untersuchung gemeinsamer Rechtsvorschriften geht, die ethische Grundsätze umfassen.

Kein Mißbrauch

Angesehene deutsche Gynäkologen halten die Vorstellung, daß solche „Versuche“ auch an deutschen Universitäten geschehen, für undenkbar. Der Hamburger Professor Ernst-Joachim Fieck, Chef der staatlichen Frauenklinik Finkenau, versichert, daß sogenannte „Abtreibungsabfälle“ wie anderes Operationsmaterial auch beseitigt werden. Ältere Föten aus Fehl- und Frühgeburten müßten von einem bestimmten Alter an beseitigt werden, nachdem sie in der Pathologie untersucht worden seien.

In der pharmazeutischen Industrie weiterverwendet werden auch nach Auskunft der Gesundheitsbehörde der Hansestadt lediglich die „Entblutungsabfälle“. So werden aus der Plazenta zum Beispiel Immunglobuline gewonnen, für deren Herstellung man sonst Blutspender bitten müßte.

Der hessische CDU-Abgeordnete Roland Rösel versichert dennoch, daß seinen Informationen nach auch in Deutschland der Handel mit embryonalem Gewebe stattfindet, zum Beispiel aus den „Abtreibungsabfällen“. Ein Indiz sieht Rösel darin, daß offizielle Abtreibungszahlen und die über die Kassenärztlichen Vereinigungen abgerechneten Fälle nicht übereinstimmen.

Der Hamburger Gynäkologe Hans-Harald Bräutigam hält es für „vollständig ausgeschlossen“, daß in Deutschland Mütter der Forschung „auf Bestellung“ Föten liefern könnten. Nach jüngsten Statistiken liege der Anteil der Schwangerschaftsunterbrechungen per Kaiserschnitt an der Gesamtzahl bei nur 0,4 Prozent.

Der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmor, fordert umgehende Aufklärung darüber, wie „Abtreibungsabfälle“ in deutschen Kliniken und Praxen beseitigt werden und gegebenenfalls eine Bestrafung „schwarzer Schafe“. „Was da angeblich in französischen Labors geschah, ist unfähig“, der Kammerpräsident meint aber auch, daß solche Vorkommnisse „Folge des Mißbrauchs von Gesetzen“ sei, nach dem in Deutschland bei 90 000 Schwangerschaftsabbrüchen im Jahr

in zwei Dritteln der Fälle die soziale Indikation angegeben wurde.

Daß immer neue Möglichkeiten der Forschung und Medizin neue Regelungen und Gesetze erfordern und auch bei Ärzten Ratlosigkeit erzeugen, zeigt das Thema eines Kongresses, zu dem am Wochenende die Ärztekammer Schleswig-Holstein in Bad Segeberg bat. Es ging um die „Altmacht des Arztes“ und dabei um ethische Probleme, die zum Beispiel im Zusammenhang mit Retortenbabys entstehen.

Ethische Fragen klären

Aus medizinischen Gründen ist es erforderlich, für die Zeugung im Reagenzglas mehrere menschliche Eizellen zu entnehmen, denn nicht aus jedem befruchteten Ei entsteht auch ein Schwangerschaft. Was aber soll mit dem „Überschuß“ geschehen. Ist er frei für Experimente?

Im Staat New York beschäftigt sich mit solchen Fragen unter anderem das „Institut Hastings“ für „Society, Ethics and Life Science“, ein Zusammenschluß von Ärzten, Juristen, Theologen und Soziologen und damit eine „wissenschaftliche Gewissensprüfung“, die auch beim Abfassen von Gesetzestexten hilft. Der Hamburger Hans-Harald Bräutigam ist Mitglied des amerikanischen Institutes und möchte auch in Deutschland eine vergleichbare Vereinigung ins Leben rufen, die bei der Lösung ethischer und moralischer Probleme in der Wissenschaft helfen kann.

Aus Paris: A. GRAF KÄRSTEN/ANSA
Straßburg: ULRICH LÜCKE

Herstatt wurde aus dem Krankenhaus entlassen

AP, Köln

Der Ärztestreit um den Gesundheitszustand des wegen betrügerischen Bankrotts und Untreue beim Zusammenbruch seiner Bank im Jahre 1974 vor dem Kölner Landgericht angeklagten früheren Bankiers Iwan David Herstatt ging am Wochenende weiter. Der 70-jährige Angeklagte war am Freitag, nach mehr als sechswöchiger stationärer Behandlung, überraschend aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Vor seiner Entlassung aus der Klinik in Köln-Merheim hatte Herstatt auf Vorschlag des Kölner juristischen Fakultäts der Kölner Universität, Professor Günther Köhlmann, zwei weitere Medizinprofessoren untersucht. Die beiden Professoren aus Berlin und Freiburg waren dabei nach Angaben der Kölner Universität zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Klinikaufenthalt nicht länger notwendig sei. Die beiden Mediziner hatten nach Durchsicht der Krankenunterlagen dem Herstatt-Arzt Professor Werner Kaufmann, der seinen Patienten für verhandlungsunfähig hält, jedoch in der Einschätzung beipflichtet, daß eine stationäre Behandlung des früheren Bankiers im Krankenhaus richtig gewesen sei.

Die Sechste Große Strafkammer des Kölner Landgerichts sowie der vom Gericht bestellte Gutachter, der Bonner Professor Adalbert Schaefer, hatten dagegen insbesondere die medizinische Notwendigkeit der Implantation des Schrittmachers bezweifelt. Das Gericht war zu der Überzeugung gelangt, daß Herstatt vielmehr seinen Gesundheitszustand bewußt verschlechtert habe, um sich der Ende Juni dieses Jahres von der Verjährungsfrist bedrohten Verhandlung zu entziehen. Deshalb entschied die Kammer, in Abwesenheit des Angeklagten weiterzuverhandeln. Gegen diesen Beschluß haben Herstatt's Anwälte Beschwerde beim Kölner Oberlandesgericht erhoben, über die noch nicht entschieden wurde. Gegen den Herstatt-Arzt Kaufmann hat die Kölner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der versuchten Strafreuehung und der Falschaussage eingeleitet.

„Rache“ der US-Mafia?

dpa, Palermo

Die Verhaftung von sieben Freunden Angehörigen einer Mafia-Bande in den USA hat in Italien Aufsehen erregt. Einer der Verhafteten soll einem in die Bande eingeschleusten V-Mann gesagt haben, seine Organisation habe den Richter Rocco Chinnici ermordet. Chinnici war am 29. Juli 1983 in Palermo durch eine Autobombe getötet worden. Chinnici habe bei seinen Ermittlungen die Verbindungen zwischen den Drogenbanden in Sizilien und den USA entdeckt.

Röntgenbilder auf Waldweg

dpa, Nienburg

Auf einem Waldweg bei Nienburg hat ein Spaziergänger rund 200 vertrauliche Röntgenaufnahmen der Landesversicherungsanstalt (LVA) Westfalen mit persönlichen Daten gefunden. Die Röntgenbilder sollen nach zehnjähriger Aufbewahrung bereits an eine Verwertungsgesellschaft bei Frankfurt verkauft worden sein.

Überschwemmung

AP, Invercargill

Mehrtägige starke Regenfälle haben im Süden Neuseelands zu einer Überschwemmungskatastrophe geführt, die mehr als tausend Menschen gezwungen hat, ihre Häuser zu verlassen.

Feuersturm

AP, Los Angeles

Ein orkanartiger Wüstenturm und ausgedehnte Buschbrände haben am Wochenende in Kalifornien nördlich von Los Angeles schwere Verwüstungen angerichtet. Mindestens drei Menschen kamen ums Leben. Der aus der Wüste kommende Sturmwind, der Geschwindigkeiten bis zu 180 Kilometer in der Stunde erreichte, entwurzelte Bäume, stürzte auf den Straßen Lastwagen um und zerriss Stromleitungen.

„Day After“ in Japan

AP, Tokio

Der amerikanische Atomkriegsfilm „Der Tag danach“ (The Day After) läuft seit Samstag auch in Hiroshima. Dort war am 6. August 1945 die erste Atombombe abgeworfen worden. Mehr als 120 000 Menschen kamen sofort ums Leben. Zehntausende starben später. Überlebende der Atomkatastrophe von Hiroshima hätten sich nach dem Film entsetzt gezeigt, ließ es die Filmemacher entsprechend nicht der grauenhaften Wirklichkeit.

Ätna vor Ausbruch?

AP, Catania

Der sizilianische Vulkan Ätna steht wieder 24 Stunden am Tag unter Beobachtung der Fachleute. Wie am Wochenende aus Catania berichtet wurde, treten aus dem Berg Rauchschwaden aus. An einigen Stellen ist eine Anhebung der Erde zu beobachten, die auf ansteigende Magma-Massen im Inneren des Vulkans hindeuten.

ZU GÜTER LETZT

„Schon wieder Montag“. Sprühschrift an einer Berliner Baubude.

7 Menschen kamen bei Feuer um

AP, Frankfurt

Sieben Menschen sind am Wochenende bei zwei Brandkatastrophen ums Leben gekommen. Der Großbrand in der Klinik des hessischen Landeswohlfahrtsverbandes entstand am späten Freitagabend in den Frauenstationen 1 und 2 und griff rasch auf den gesamten Gebäudekomplex über.

Drei Frauen im Alter von 26, 42 und 50 Jahren konnten von den Feuerwehren nur noch tot geborgen werden. Etwa 50 Krankenzimmer brannten völlig aus. Der Sachschaden wurde als „sehr hoch“ angegeben. Gestern war nach Angaben der Kriminalpolizei Bad Homburg noch nicht geklärt, wie es zu dem Brand kommen konnte.

Vier Menschen fanden den Tod und sechs wurden verletzt, als in der Nacht zum Samstag in Essen ein „Nachtschlaf“ brannte. Nach Meinung der Kripo und eines Sachverständigen ist das Feuer vermutlich durch einen Defekt der elektrischen Anlage in der Parterrehaltung entstanden. Vorsitzende Brandstiftung scheide aus. Über Berge von Müll mußten sich die Feuerwehrleute in dem zweigeschossigen Essener Haus vorarbeiten, in dem vom Sozialamt Betreute Unterkunft gefunden hatten. Ein Treppendurchbruch, so schilderte ein Sprecher der Feuerwehr, war so zugestellt, daß nur ein schmaler Spalt von 30 Zentimetern blieb. In jedem der zum Schlafen hergerichteten Räume hätten neben Mengen von Urat viele leere Bier- und Schnapsflaschen gelegen.

Nachdem das nur in der Parterrehaltung wütende Feuer gelöscht worden war, fand die Feuerwehrleute an einer Küche im ersten Stock die bewußtlose Hausbesitzerin, eine 83-jährige Frau. Auf derselben Etage und im zweiten Stock bargen die Retter den 42 Jahre alten Sohn der Hausbesitzerin, der als Heilpraktiker gearbeitet hatte, sowie zwei 45 und 23 Jahre alte Männer. Sie alle starben an Rauchvergiftung, obwohl drei Notärzte und ein Arzt aus der Nachbarschaft in fünf Rettungswagen sofort mit Wiederbelebungsversuchen begonnen hatten.

„Aktion Notanwälte“ will rund um die Uhr helfen

Initiative des „Komitees Notärzte“ gegen Ausländerfeindlichkeit

MONIKA ENGELS, Hamburg

Ein elfjähriges jugoslawisches Mädchen wird in Berlin auf offener Straße tätlich angegriffen, doch Passanten kümmern sich nicht darum. In Dortmund, am Borsigplatz, schlägt die Aggressivität von Fußballfans, die hier ihr Vereinslokal haben, um in Gewalttätigkeit gegen die Ausländer im Viertel. Ausbrüche von Gewalt in den letzten Wochen, die noch Schlagzeilen machten – im Gegensatz zu den vielen kleinen Fällen von Diskriminierung, die Ausländer im täglichen Leben zu erdulden haben. Das „Deutsche Komitee Notärzte“, das sich seit vier Jahren aktiv für Flüchtlingshilfe in Übersee einsetzt, will solchen Beispielen zunehmender Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht länger tatenlos zusehen. In einem „Appell für eine Gesellschaft, die hilft und die aufräumt, Menschen zu verfolgen“, haben die Mitglieder des Komitees – unter ihnen die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt, der Hamburger SPD-Bundesabgeordnete Freimut Düve und der Schriftsteller Heinrich Böll – jetzt die „Aktion Notanwälte für Ausländer“ ins Leben gerufen.

Auf ein Jahr befristet

Sie fordern Anwälte, Richter und in Rechtsfragen geschulte Stadtverordnete oder Angestellte im öffentlichen und privaten Bereich dazu auf, sich als Rechtsberater und Ombudsmänner und -frauen für die Aktion zu engagieren und im Notfall unmittelbare Rechtshilfe zu leisten.

Mit dieser zunächst auf ein Jahr befristeten Aktion will das Komitee in allen Städten und Gemeinden nicht nur für einen Tag und Nacht zu erreichenden Rechtsbeistand sorgen, sondern auch Gruppen aus allen Bevölkerungsklassen für einen aktiven Einsatz gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der eige-

nen Nachbarschaft oder im größeren Umfeld gewinnen. Sie sollen Mißtrauen abbauen helfen, in Gesprächen mit einheimischen und ausländischen Mitbürgern Vorurteile gegen die „Andersartigkeit der Fremden“ bekämpfen und eine Basis schaffen, auf der sich Ausländer und Deutsche wieder ohne Ressentiments von beiden Seiten begegnen können.

Notliefenetz spannen

In Zusammenarbeit mit dem Anwalt soll – so die Absicht des Komitees – ein „Notliefenetz“ über die Bundesrepublik gespannt werden, das sofort da eingreift und Schlimmeres verhindert, wo die behördliche Hilfe wissenschaftlich oder unwissenschaftlich versagt. Rupert Neudeck, Vorsitzender des Komitees: „Wir wollen denen, die über Nacht in Gefahr geraten, erste Hilfe geben können; aber auch langfristig dazu beitragen, Feindseligkeiten gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern abzubauen.“

Die „Aktion Notanwälte“ hat ihr Vorbild im ehrenamtlichen Einsatz des Komitees für die vietnamesischen Flüchtlinge. Dem Aufruf im Juli 1979 folgten Tausende von Ärzten, Krankenschwestern und Krankenpflegern, die bis heute immer wieder in Hilfsprojekten in Asien und auch in Afrika eingesetzt werden. „Und wir können nicht guten Gewissens draußen den Menschen in Hungersnöten und Bürgerkriegen helfen“, begründet Neudeck die zweite große Aktion des Komitees, „wenn nicht hier allmählich das Klima von physischer und psychischer Bedrohung und Gewalt bekämpft wird.“

Nur mit Hilfe der Bevölkerung – das Komitee hofft wie im Falle „Cap Anzumer / Ein Schiff für Vietnam“ auf breite Unterstützung – könne die neue Aktion denen helfen, die Opfer dieser Feindseligkeit und aufkeimenden Hasses sind.

LEUTE HEUTE

Schwächeanfall

Der bekannte französische Schauspieler und Chansonsänger Serge Reggiani (61), erlitt am Wochenende in seiner Pariser Wohnung einen sehr schweren Schwächeanfall. Reggiani, einst mit Romy Schneider gut befreundet, brach nach dem Mittagessen am Tisch zusammen. „Wahrscheinlich Herzschwäche“, stellte ein zu Hilfe gerufener Arzt fest. Er verordnete dem Sänger strikte Ruhe.

„Superman“ steigt aus

Christopher Reeve (31), durch drei „Superman“-Filme zum Millionär geworden, hat eine angeblich endgültige Entscheidung getroffen: „Ich werde nie wieder den „Superman“ spielen.“



Der englische Schauspieler hat keine besonderen Gründe für seinen „Superman“-Abschied: „Es ist einfach das Ende einer Lebensphase, so wie man eines Tages auch von der Schule gehen muß.“

Feuer-Prob

US-Sänger Michael Jackson, der am Wochenende bei Dreharbeiten für einen Werbespot Verbrennungen zweiten Grades erlitten hatte, konnte gestern das Krankenhaus verlassen. Der 25 Jahre alte Superstar der amerikanischen Popszene hatte im Shrine Auditorium in Los Angeles für einen Werbefilm geprobt, als eine offensichtlich zur falschen Zeit gezündete Rauchbombe sein mit Pomade in Färbespray getränktes Haar in Brand setzte. Jackson riß sich sein Jackett vom Leib und konnte das Feuer damit selbst erstickten.

In den Staaten haben auch die Wölfe Freunde

Tierschützer scheinen sich gegen Farmer durchzusetzen

TOM TRYAN, Washington

Nordamerika – bevor der weiße Mann kam: Da kontrollierte der Wolf die ungeheure Weite des Kontinents, heftete sich an die Fersen von Hirsch, Elch und Bison. Die Ureinwohner, die Indianer, waren von dem grauen Räuber dermaßen fasziniert, daß sie ihn anbeteten und seinen schleichen Gang im Tanz imitierten.

Mit der Besiedelung des Landes änderte sich das schnell – der Wolf wurde vom Jäger zum Gejagten. Heute ist der canis lupus aus 48 Bundesstaaten der USA verdrängt: Es gibt ihn nur noch in Alaska und in der Einsamkeit von Minnotas Norden, wo nach jüngerer, wenn auch umstrittener, Zählung noch 1200 Exemplare in freier Wildbahn leben sollen. Um diesen Restbestand ist seit einigen Monaten eine erbitterte Kontroverse entstanden.

Den heimischen Viehzüchtern und Farmern, die um ihren Viehbestand fürchten, ist diese Zahl schon wieder zu hoch. Sie sprechen bereits von einer „Wolfsplage“. Die Gemäßigten unter ihnen fordern höhere Abschlägquoten, die Radikalen beginnen auf eigene Faust mit der Dezimierung.

Verbindliche Regelung

Die Tierschützer versuchen, dieser noch einzelstaatlich geregelten Frage des Abschusses ganz auszuweichen, indem sie dem Problem eine grundsätzliche Bedeutung beimessen, dessen Lösung ihrer Meinung nach dann verbindlich in Washington geregelt werden müßte.

„Sollte die Kontrolle wildlebender Tiere“, fragen sie, „wirklich denen überlassen bleiben, die wie Farmer und Viehzüchter, unter Umständen den Schaden haben, oder wäre es nicht sinnvoller, die ganze Problematik des bedrohten Wildbestandes als nationale Angelegenheit zentral regeln zu lassen?“

Das Problem drängt und wird mit großer Leidenschaft behandelt. Für

die einen – Wissenschaftler, Tierschützer und Großstädter, denen allen freilich gemein ist, daß sie mit Wölfen nur eher theoretischen Kontakt haben – hat sich nach jüngster Umfrage das Wolfs-Image gewandelt. Für sie ist aus dem „bösen Wolf“ ein guter geworden, ein hochintelligentes, in geordneter Gemeinschaft lebendes, monogam veranlagtes Tier.

Marodierende Killer

Anders sieht das die Landbevölkerung Minnotas, vor allen Dingen auf einsamen, entlegenen Gehöften. Für diese Menschen ist der Wolf der marodierende Killer geblieben, der Urängste in ihnen auslöst. Hier, wo die Wölfsjagd denn auch selbstverständlich wie ein Naturrecht ist, fürchtet Karyl Atkinson Berg von Bovey, droht dem nach Alaska letzten Freigehege Amerikas das Ende, um so mehr als sich die Behörden im vergangenen Sommer dem Druck der Anti-Wolfs-Lobby gebeugt und für dieses Jahr 160 Wölfe zum Abschuss freigegeben haben. Und das, obwohl die „Wolfs-Lady“, wie die 68-jährige Forscherin Atkinson Berg von Bovey genannt wird, nachweisen konnte, daß nicht vom Wolf, sondern von Kojoten und wildernden Hunden die größere Gefahr für die Viehbestände ausgeht.

Umweltschützer haben das Innenministerium daraufhin umgehend verklagt und auch schon einen ersten Erfolg erzielt. Richter Miles Lord verwarf die Argumentation der Behörde. Diese hatte behauptet, daß der Wolf um so mehr geschützt und gehegt werde, je wertvoller er von Jägern als nur begrenzt abschussfähiges „Trophäentier“ eingeschätzt werde.

Eine Auffassung, der offenbar auch der Kongreß skeptisch gegenüberstand. Jedenfalls empfahl er dieser Tage ein generelles Abschussverbot. Eine Ausnahme solle nur gelten für den Fall einer nachzuweisenden Notwehrsituation.

„Day After“ in Japan

Der amerikanische Atomkriegsfilm „Der Tag danach“ (The Day After) läuft seit Samstag auch in Hiroshima. Dort war am 6. August 1945 die erste Atombombe abgeworfen worden. Mehr als 120 000 Menschen kamen sofort ums Leben. Zehntausende starben später. Überlebende der Atomkatastrophe von Hiroshima hätten sich nach dem Film entsetzt gezeigt, ließ es die Filmemacher entsprechend nicht der grauenhaften Wirklichkeit.

Aber Meteorologie und Ozeanographie sind nicht die einzigen möglichen Anwendungsgebiete für Radar. Ein Gerät der US-Weltraumfähre „Columbia“ übermittelte im November 1981 verblüffende Bilder von bisher unbekannten Tälern und Spalten prähistorischer Siedlungen in der Sahara, die unter einer fünf bis zehn Meter dicken Sandschicht plötzlich „sichtbar“ wurden. Die Amerikaner wollen im August, bei einem weiteren Flug der Weltraumfähre, weite Wüstengebiete der Sahara mit Radar abtasten.

WETTER: Mild und unbeständig

Wetterlage: Eine Schlechtwetterfront über dem östlichen Bundesgebiet zieht ostwärts weiter. In der Nacht Deutschland einfließenden milden Meeresluft folgen heute weitere atlantische Tiefausläufer von Westen her.



Temperatur am Freitag, 12 Uhr:
Berlin 2°
Bonn 2°
Dresden 4°
Essen 4°
Frankfurt 5°
Hamburg 5°
List/Sylt 2°
München 5°
Stuttgart 8°
Augsburg 12°
Amsterdam 4°
Athen 13°
Barcelona 9°
Brüssel 5°
Budapest 8°
Helsinki 6°
Wien 12°
Zürich 5°

Vorhersage für Montag:
Östliches Bundesgebiet und Berlin: Zunächst meist bedeckt, in Bayern auch neblig-trüb und gelegentlich geringer Niederschlag, überwiegend aus Regen. Tags bei plus 3 Grad, nachts um null Grad. Östlich Straßburg: Mäßiger Südwind.
Westliches Bundesgebiet: Wechselnd bewölkt mit gelegentlichen Aufhellungen. Nur vereinzelt Schauer. Nachmittags bei 7 Grad, nachts null bis 4 Grad. Milder, in freien Lagen böiger Wind aus Süd bis Südwest.
Weitere Aussichten:
Wetter wechselhaft und mild.

Temperatur am Freitag, 12 Uhr:
Berlin 2°
Bonn 2°
Dresden 4°
Essen 4°
Frankfurt 5°
Hamburg 5°
List/Sylt 2°
München 5°
Stuttgart 8°
Augsburg 12°
Amsterdam 4°
Athen 13°
Barcelona 9°
Brüssel 5°
Budapest 8°
Helsinki 6°
Wien 12°
Zürich 5°

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.03 Uhr, Untergang: 17.08 Uhr, Mondanfang: 7.40 Uhr, Untergang: 15.18 Uhr.
in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Radar macht Vorhersagen bald „wetterfest“

AFF, Toulouse

Langfristige Wettervorhersagen sollen in der nächsten Dekade durch den Einsatz von Radargeräten, die auf Wetterstationen installiert sind, in einem Ausmaß und mit einer Präzision möglich werden, die heute noch kaum vorstellbar sind. Diese Ansicht haben 120 Wissenschaftler aus 16 Ländern – darunter die USA und die UdSSR – auf einer Tagung vertreten, zu der vom 16. bis 20. Januar in der südfranzösischen Stadt Toulouse das französische Luft- und Raumfahrtzentrum CNS (Centre National d'Etudes Spatiales) eingeladen hatte.

Das Treffen diente dem Erfahrungsaustausch über den Einsatz von Radar (Radio Detecting and Ranging – Entfernungsmessung und Objektdarstellung durch kurzwellige Funkstrahlen) im zivilen Bereich – der Meteorologie und der Ozeanographie – wo die Anwendung dieser im militärischen Bereich weitgehend erprobten Technik noch relativ begrenzt ist. In zahlreichen Ländern laufen derzeit Experimente mit Radar – eine der spektakulärsten ist die Erforschung der Ozeane, die besonders großen Einfluß auf das Klima haben. Auf diesem Gebiet können

derart viele und präzise Forschungsergebnisse erzielt werden, daß für die 90er Jahre endlich „wetterfeste“ Vorhersagen auf lange Zeit und mit absoluter Genauigkeit möglich sind. Die Toulouse Tagung war denn auch überwiegend der Ozeanographie gewidmet.

Selbst mit Hilfe der leistungsstärksten Computer sind heute genaue Wettervorhersagen nur für fünf, höchstens für zehn Tage möglich. Das soll sich mit Radar ändern. Die ersten Versuche in der Meteorologie begannen vor zehn Jahren mit Experimenten rund um die Wolkenbildung. Für die Wissenschaftler wurde der Einsatz von Radargeräten auf Satelliten und Flugzeugen zur Verbesserung der Kartographie und Ozeanographie vor allem interessant, weil Radar – im Gegensatz zu optischen Geräten oder Infrarot (Ultraschall) – nicht durch Wolken behindert wird und so unvergleichlich genauere Ergebnisse liefert.

Nach den ersten verblüffenden Versuchen mit dem amerikanischen ozeanographischen Satelliten „Seasat“ eröffnete die Anwendung der Fernabtastung durch Mikrowellen ungeheure Möglichkeiten. Der Satel-

lit funktionierte nur 100 Tage nach seinem Start am 26. Juni 1978, konnte jedoch eine Ummenge von Daten liefern, die nach fünfjähriger Forschung jetzt im ganzen Ausmaß ausgewertet sind. Radar erwies sich als die erste wissenschaftliche Methode, deren Daten und Wettervorhersagen mit absoluter Zuverlässigkeit stimmten, was die erstaunlichen Ergebnisse der „Tiro“-Serie 1 bis 7 in den Schatten stellt. (Der erste Wetterstation, „Tiro“-1, hatte zwischen dem 1.4. und dem 1.7. 1960 bereits fast 23 000 Wolkenaufnahmen gemacht und zur Erde gefunkt.)

Die auf Satelliten installierten Radarsysteme sind beispielsweise in der Lage, sofort und über große Entfernungen hinweg die Höhe der Wellen der Ozeane bis fast auf den Zentimeter genau zu bestimmen. Zahlreiche weitere Phänomene können mit bisher unerreichter Präzision erforscht werden, wie Winde und Strömungen, welche die Höhe der Wellen beeinflussen: so ist der Golfstrom etwa 1,5 Meter „höher“ als der Atlantik. Sobald genaue Satelliten mit Radar in der Erdumlaufbahn gebracht worden sind, können die Geschwindigkeit und die Richtung der Winde über

den Ozeanen, die Meeresströmungen und deren eventuelle Richtungsänderungen mit größter Genauigkeit bestimmt werden. Zugleich kann die Größe der Eisberge an den Polen und deren Wanderungen gemessen und vorausgesagt werden.

Da die Ozeane die Rolle eines „Wärmeschilds“ für den Planeten Erde darstellen, sind die genannten Phänomene von großer und langfristiger Bedeutung für das Klima auf der Erde – ganz im Gegensatz zu den zeitlich begrenzten atmosphärischen Störungen, die trotz vorhandener Daten noch immer schwer voraussehbar sind.

Aber Meteorologie und Ozeanographie sind nicht die einzigen möglichen Anwendungsgebiete für Radar. Ein Gerät der US-Weltraumfähre „Columbia“ übermittelte im November 1981 verblüffende Bilder von bisher unbekannten Tälern und Spalten prähistorischer Siedlungen in der Sahara, die unter einer fünf bis zehn Meter dicken Sandschicht plötzlich „sichtbar“ wurden. Die Amerikaner wollen im August, bei einem weiteren Flug der Weltraumfähre, weite Wüstengebiete der Sahara mit Radar abtasten.